

„Free Palestine from German guilt“?

Israelbezogener Antisemitismus
in Bayern nach dem 7. Oktober



Impressum

Herausgeber VAD – Verein für Aufklärung und Demokratie e.V. und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern), Postfach 33 08 42, 80068 München, Telefon: 089 1222340 60, info@rias-bayern.de

München, 1. Auflage 2024

Dieser Bericht kann auf rias-bayern.de heruntergeladen und unter info@rias-bayern.de als Printexemplar bestellt werden.

V.i.S.d.P. ist Dr. Annette Seidel-Arpaci, VAD – Verein für Aufklärung und Demokratie e.V., Schellingstr. 109 a, 80798 München, Telefon: 089 12223 40 50, info@vfaud.de, Steuer-ID: 143/223/51330

Konzept, Redaktion, Layout & Grafik Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern)

Lektorat Nikolai Schreiter

Übersetzungen Hayder Al-Badrani, Alexander Steder

Druck Printpool, Taunusstein

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben bei RIAS Bayern bzw. dem VAD e.V. sowie auf Seite 7 bei Marco Einfeldt und auf Seite 54 bei privat.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2024 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.

Schutzgebühr Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Wenn Sie den Bericht per Post zugeschickt bekommen möchten, bitten wir Sie um Erstattung der Portokosten.

„Free Palestine from German guilt“?

Israelbezogener Antisemitismus
in Bayern nach dem 7. Oktober



RIAS Bayern
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern

Inhalt

6 Einleitung

8

Israelbezogener Antisemitismus vom 7. Oktober 2023 bis zum 7. April 2024

9 Klassifikation antisemitischer Vorfälle
als israelbezogener Antisemitismus durch RIAS
10 Statistische Auswertung israelbezogener
antisemitischer Vorfälle

14

Schwerpunkte

15 Israelbezogener Antisemitismus an Hochschulen
17 Israelbezogener Antisemitismus mit
islamischem/islamistischem Hintergrund
21 Israelfeindliche Mobilisierungen auf der Straße
34 Der 7. Oktober und Angriffe auf die Erinnerung
42 Der 7. Oktober und seine Auswirkungen auf Schulen
45 Israelfeindliche Protestcamps

50

Einschätzungen und Erfahrungen bayerischer Jüdinnen und Juden

- 52 Ron Dekel
- 54 Talya Lador-Fresher
- 56 Guy Katz
- 58 Michael Wolffsohn
- 62 Josef Schuster
- 65 Alexandra Dratva
- 68 Sandra Simovich
- 70 Michael Movchin
- 72 Ilse Danziger und Dorina Kuzenko

74

Was ist israelbezogener Antisemitismus?

- 75 Historisches und Theoretisches
- 79 Israel und Zionismus als antisemitische Feindbilder
- 81 Israelbezogener Antisemitismus von rechts
- 82 Arabischer und islamischer Antisemitismus mit Israelbezug
- 84 Linker und postmoderner israelbezogener Antisemitismus
- 87 Israelfeindlichkeit als milieuübergreifendes Phänomen

92

Glossar: Begriffe, Parolen und Symbole

Einleitung



Am Morgen des 7. Oktober 2023, dem jüdischen Feiertag Simchat Torah und gleichzeitig Schabbat, fielen schwer bewaffnete Terroristen der islamistischen Hamas mit verbündeten palästinensischen Milizen und zivilen Mittäter:innen aus dem Gazastreifen in Südisrael ein. Sie massakrierten ganze Familien, darunter Babies, vergewaltigten Frauen und auch Männer und schändeten deren Leichen. Mehr als 1200 Menschen wurden ermordet, einige Opfer enthauptet oder bei lebendigem Leib verbrannt. Die Terroristen entführten Frauen, Männer, alte Menschen und Kinder, die jüngste der 251 Geiseln war zu dem Zeitpunkt zehn Monate alt.

An keinem Tag seit der Schoah sind so viele Jüdinnen und Juden ermordet worden wie am 7. Oktober 2023. Den ungeheuer brutalen Gewaltakten lag der antisemitische Vernichtungswunsch zugrunde, der Hass auf Israel und alles Jüdische, den die Hamas schon in ihrer Gründungscharta festgeschrieben hat. Der 7. Oktober wurde zum „Schwarzen Schabbat“, der bis heute andauert: in der Trauer der Angehörigen, im Trauma der Überlebenden, in der furchtbaren Situation der immer noch verschleppten Geiseln und in der Sorge um sie. Und in der Frage „Wie weiter?“ angesichts der

sich zuspitzenden Bedrohung durch verschiedene Terrororganisationen und das iranische Regime, die zu geschätzt 200.000 Binnengeflüchtete geführt hat. Das barbarische Pogrom markiert einen tiefen Einschnitt.

Seit dem 7. Oktober werden weltweit – und auch in Bayern – deutlich mehr antisemitische Vorfälle dokumentiert. Viele Jüdinnen und Juden, in Israel wie auch hierzulande, fühlen sich in ihrer Heimat nicht mehr sicher. Hinzu kommen Kälte, Empathielosigkeit und nicht selten die Entsolidarisierung bisher Verbündeter. Die Betroffenen von Antisemitismus werden regelrecht verhöhnt.

Gleichzeitig finden Solidaritäts- und Gedenkveranstaltungen statt, die zur Freilassung der Geiseln aufrufen und sich gegen Antisemitismus richten. Sie sind vielfach jedoch von jüdischen Organisationen und wenigen nicht-jüdischen Gruppen bzw. staatlichen Akteuren getragen und stellen keinen breit sichtbaren gesellschaftlichen Solidarisierungsprozess dar.

Der Anstieg der von uns dokumentierten antisemitischen Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 ist maßgeblich auf die gestiegene

Anzahl der uns bekannt gewordenen israel-bezogen-antisemitischen Vorfälle zurückzuführen. Diese Entwicklung begann sich binnen Stunden nach Bekanntwerden des grauenhaften Pogroms im Süden Israels abzuzeichnen, etwa, als israelische Restaurants und Juden und Jüdinnen in Bayern mit Bezug auf die Massaker bedroht wurden. Dies macht erneut deutlich, dass es keinen Unterschied für das Ausleben des Antisemitismus macht, wie Israel handelt oder sich verteidigt. Israel war zum Zeitpunkt der ersten Vorfälle mit Bezug auf die Massaker noch längst nicht dabei, dem von Gaza ausgehenden Terrorangriff auf das eigene Staatsgebiet eine militärische Antwort folgen zu lassen.

Im Kontext des 7. Oktober tritt Schuldumkehr am häufigsten in Form des Genozidvorwurfs auf. Anstatt diesen Vorwurf an die Hamas zu richten, deren Gräueltaten eliminatorische und genozidale Züge tragen, wird die Intention und Durchführung eines Völkermords auf Israel und dessen militärisches Vorgehen in Gaza projiziert. Der Hinweis auf das Leid der palästinensischen Bevölkerung dient dabei oft als Vorwand für die scheinbar legitime, im Grunde jedoch antisemitische „Kritik“. Die tatsächliche Ursache, der Terrorangriff der Hamas auf Israel, wurde und wird ignoriert. Auch in Teilen von Medien und Politik wird selten erwähnt, dass die Hamas die Zivilist:innen in Gaza als menschliche Schutzschilde missbraucht und deshalb sie die Verantwortung für die zivilen Opfer trägt.

Zusätzlich zu unseren Auswertungen und Analysen enthält diese Veröffentlichung

auch Erfahrungsberichte und Einschätzungen von Jüdinnen und Juden in Bayern, die beschreiben, wie es sich für sie anfühlt, heute als jüdischer Mensch im Freistaat zu leben. Darüber hinaus widmen wir uns in einer tieferen theoretischen Abhandlung der Frage, was israelbezogener Antisemitismus eigentlich ist. Außerdem haben wir ein umfassendes Glossar gängiger Parolen und Begriffe im israelfeindlichen Kontext erstellt, das als Nachschlagewerk gedacht ist.

Diese Broschüre baut zum Teil auf unserer Veröffentlichung „*From the River to the sea*“ – *Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021* auf und ist eine umfassend erweiterte und aktualisierte Version dieser.



Dr. Annette Seidel-Arpaci ist Leiterin
der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern



**Israelbezogener
Antisemitismus
vom 7. Oktober 2023
bis zum 7. April 2024
in Bayern**

Klassifikation antisemitischer Vorfälle als israelbezogener Antisemitismus

RIAS hat für die konkrete Erfassung antisemitischer Vorfälle die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) wie folgt operationalisiert:

„Der Antisemitismus beschreibt gesellschaftlich tradierte Wahrnehmungen eines als fremd konstruierten jüdischen Kollektivs. Die Wirkmächtigkeit dieser Fiktionen zeigt sich in der Verbreitung antisemitischer Einstellungen in öffentlichen Debatten und kann sich als Hass gegenüber Jüdinnen_Juden ausdrücken. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum +sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Jüdinnen_Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.“

Der israelbezogene Antisemitismus, eine von fünf Formen des Antisemitismus, die RIAS hilfsweise zur Einordnung und Erfassung unterscheidet, wird dabei wie folgt charakterisiert:

- Der Vorwurf gegenüber Jüdinnen und Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches/koloniales Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.

- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik des Nationalsozialismus.
- Das Bestreben, Juden und Jüdinnen kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.

Werden solche Inhalte festgestellt, nimmt RIAS die betreffende Äußerung als antisemitischen Vorfall mit der Klassifikation „israelbezogener Antisemitismus“ auf. Dabei können für einen Vorfall mehrere Formen des Antisemitismus zutreffen. Werden auf einer öffentlichen Versammlung, etwa einer Kundgebung oder Demonstration, oder bei einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung entsprechende Inhalte in Reden, Schriften oder Bildern, auf Kleidungsstücken, in Aufrufertexten, in Parolen oder Ähnlichem geäußert, dann wird die Versammlung als ein antisemitischer Vorfall aufgenommen, auch wenn mehrere unterschiedliche antisemitische Inhalte dokumentiert wurden.

Statistische Auswertung israelbezogener antisemitischer Vorfälle

RIAS Bayern sind in den **ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober 2023** insgesamt **527 antisemitische Vorfälle** bekannt geworden, die (auch) als „israelbezogener Antisemitismus“ kategorisiert wurden. Dies stellt einen massiven Anstieg dar: In den sechs Monaten vor dem antisemitischen Überfall der Hamas auf den Süden Israels wurden 43 derartige Vorfälle bekannt, im Schnitt sieben pro Monat. Ab dem 7. Oktober waren es 88 pro Monat.

RIAS Bayern dokumentierte unter den Fällen mit israelbezogenem Antisemitismus seit dem 7. Oktober fünf Angriffe, zwölf gezielte Sachbeschädigungen, 19 Bedrohungen, elf Massenzuschriften und 480 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 127 Versammlungen.

Bis zum 7. Oktober waren die Zahlen deutlich niedriger: Zwischen dem 1. Januar und dem 7. Oktober 2023 wurden beispielsweise nur eine gezielte Sachbeschädigung, zwei Bedrohungen und 25 Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus bekannt.

München, 29. Dezember 2023

Am späten Abend warteten der Melder und seine Partnerin am Münchner Ostbahnhof auf ihren Zug. Sie hörten, wie ein Jugendlicher

ständig einen Satz wiederholte, verstanden ihn aber zunächst nicht und dachten sich nichts dabei. Rund zehn Minuten später lief der Jugendliche wieder an ihnen vorbei, diesmal verstanden sie, was er sagte: „Alle Juden sollen vergast werden“.

Der Melder sprach ihn daraufhin an und fragte, was er damit meine. Der Jugendliche antwortete: „Alle Juden und Israelis gehören vergast.“ Auf den Widerspruch des Melders, dass dies vor 80 Jahren hier in Deutschland versucht wurde und die Äußerung eine Straftat sei, antwortete der Jugendliche, dass er das sagen dürfe, weil sein Onkel in der libanesischen Armee sei und in Deutschland Meinungsfreiheit herrsche. Auf seinem Handy war die libanesische Flagge zu sehen.

Der Melder wies ihn nochmals auf die Strafbarkeit der Aussage hin und sagte, dass es auch arabische Israelis gäbe. Daraufhin sagte der Jugendliche, dass es kein Israel gäbe, sondern nur Palästina und dass die Juden „Teufel und Monster“ und Juden und Israelis das gleiche seien. Der Melder verständigte daraufhin die Polizei und meldete den Vorfall an RIAS Bayern.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antijudaistischer Antisemitismus, antisemitisches Othing, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Insbesondere im öffentlichen Raum wurden mehr israelbezogen-antisemitische Vorfälle verzeichnet: Hier stieg die Zahl der Vorfälle etwa mit Tatort Straße in den **ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober** auf 243, verglichen mit 26 Vorfällen zwischen dem **1. Januar und dem 6. Oktober 2023**. Im ÖPNV stiegen die Zahlen von drei auf 39. Auch im Internet wurde mit 136 Vorfällen seit dem 7. Oktober deutlich mehr dokumentiert als im Restjahr 2023 (zwölf Vorfälle). Auffallend sind zudem vermehrt dokumentierte Vorfälle im Wohnumfeld und am Arbeitsplatz: Hier stiegen die Zahlen von eins bzw. null auf jeweils 14.

299 der dokumentierten 527 Vorfälle nach dem 7. Oktober ereigneten sich in Oberbayern, 80 in Mittelfranken, 69 in Niederbayern, 28 in der Oberpfalz, 22 in Schwaben, 17 in Oberfranken und 12 in Unterfranken.

Allein in München wurden 284 Vorfälle dokumentiert. Da RIAS Bayern ihren Sitz in München hat, ist die Einrichtung hier am bekanntesten und die Vernetzung mit lokalen Akteur:innen weiter vorangeschritten als in anderen bayerischen Städten und Regionen. Das führt zu mehr Meldungen. Gleichzeitig ist München die größte Stadt Bayerns, fast die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt in der Metropolregion München.

RIAS Bayern unterscheidet fünf verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus, welche sich bei einem antisemitischen Vorfall auch überschneiden können: Wenn etwa Israel auf einem Plakat als Wiedergänger des Nationalsozialismus bezeichnet wird, handelt es sich sowohl um israelbezogenen als auch Post-Schoah-Antisemitismus. Israelbezogen-antisemitische Vorfälle überschneiden sich insbesondere mit dem Post-Schoah-Antisemitismus und dem antijudaistischen Antisemitismus. Letztere Kombination trifft häufig dann zu, wenn Israel mit der mittelalterlichen Ritualmordlegende („Kindermörder Israel“) in Verbindung gebracht wird. Knapp 22 Prozent aller israelbezogen-antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober überschneiden sich mit dem Antijudaismus, 29 Prozent mit dem Post-Schoah-Antisemitismus.

RIAS Bayern klassifiziert, soweit möglich, den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Person(en) oder Organisation(en) oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen.

Positionen des israelbezogenen Antisemitismus werden von ganz unterschiedlichen Personen und Gruppen aus dem gesamten politischen Spektrum vertreten. Dies führt dazu, dass selbst Fälle ausführlicher und explizit antisemitischer Äußerungen politisch häufig nicht eindeutig zuzuordnen sind. Zudem ist RIAS Bayern keine Ermittlungsbehörde und kann auch aus Kapazitätsgründen nur begrenzt Recherchen zu Täter:innen anstellen.

Aus diesen Gründen blieb in 65 Prozent aller israelbezogen-antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober der politische Hintergrund unbekannt. Mit knapp 22 Prozent aller Vorfälle kamen die meisten aus dem antiisraelischen Aktivismus. Hierbei handelt es sich um politische Auffassungen und Handlungen, Personen oder Gruppen, bei denen die israelfeindliche Motivation eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt. 87 der 127 dokumentierten Versammlungen wurden diesem politischen Hintergrund zugeordnet.

Passau, 17. November 2023

In Passau wurden Plakate für die israelischen Geiseln und Opfer mit den Aufschriften „End Apartheid“, „Stop Genocide“ und „End the Occupation“ beschmiert und beschädigt. Bei den darüber klebenden Papier-Israelfahnen wurden die Davidsterne herausgerissen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus



Passau, 17. November 2023 ▷



Dem antiisraelischen Aktivismus folgte mit jeweils gut vier Prozent das islamisch-islamistische und das linke Milieu. Bis zum 6. Oktober wurden diese Hintergründe 2023 nur drei- bzw. einmal zugeordnet. Zwischen dem 7. Oktober und Jahresende wurden sie 16- bzw. 23-mal zugeordnet.

In 85 Fällen des israelbezogenen Antisemitismus seit dem 7. Oktober waren Institutionen betroffen. In 32 Fällen handelte es sich (auch) um jüdische, israelische oder jüdisch-israelische Institutionen.¹ In 125 Fällen waren Einzelpersonen betroffen, bei 71 Fällen handelte es sich (auch) um jüdische, israelische oder jüdisch-israelische Personen. Ein Großteil der Vorfälle hatte keine Betroffenen. Das bedeutet, dass der geäußerte Antisemitismus nicht direkt an bestimmte Personen oder Institutionen gerichtet war. Ein Beispiel hierfür sind häufig israelfeindliche Kundgebungen. Auch wenn es nach RIAS-Kriterien dort oft keine Betroffenen gibt, können diese Ereignisse beispielsweise für Jüdinnen und Juden, die von diesen Kundgebungen erfahren oder sie erleben, sehr verletzend sein.

¹ Etwa im Fall von Massenzuschriften gibt es oft gleichzeitig jüdische wie nichtjüdische Betroffene, eine Massenzuschrift wird jedoch als ein Vorfall dokumentiert.

Schwerpunkte

Israelbezogener Antisemitismus an Hochschulen

Im Zuge des 7. Oktobers 2023 und der darauffolgenden Intervention des israelischen Militärs kam es weltweit zu israelfeindlichen Protesten an Hochschulen. Für Aufmerksamkeit sorgten wochenlange Protestcamps insbesondere an US-amerikanischen Universitäten, in deren Folge der Betrieb teilweise behindert oder lahmgelegt wurde und in deren Umfeld es zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen kam.

Auch in Deutschland war Antisemitismus an Hochschulen und Universitäten ein präsent Thema, insbesondere, nachdem in Berlin ein jüdischer Student angegriffen und schwer verletzt wurde. Auch jüdische Hochschullehrende werden antisemitisch bedroht und belästigt, einige nahmen deshalb Personenschutz in Anspruch. Eine derartige Eskalation wurde RIAS in Bayern zwar nicht bekannt, doch auch an bayerischen Universitäten war und ist das Thema hochaktuell.

Erlangen, 31. Januar 2024

Ein Vortrag zu israelbezogenem Antisemitismus an der Universität Erlangen-Nürnberg wurde mehrfach gestört, dabei wurde Israel als Apartheidsstaat und Kindermörder bezeichnet. Laut mehreren Zwischenrufen und Wortmeldungen der Störer:innen würden israelische Soldaten in Gaza „ganz gezielt“ Kinder suchen und ermorden. Es wäre zudem das einzige Land, das so etwas mache. Das sähe man „überall auf der Welt [...], nur nicht in Deutschland“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

RIAS Bayern dokumentierte in den ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober neun antisemitische Vorfälle auf dem Gelände von bayerischen Hochschulen. Dabei handelte es sich um sechs Versammlungen und drei weitere Fälle verletzenden Verhaltens: antisemitische Aufschriften und eine Störaktion. Fünf der Vorfälle sind dem antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen, ein Vorfall hat einen links-antiimperialistischen Hintergrund. Bei drei Vorfällen war ein spezifischer politischer Hintergrund nicht sicher feststellbar.

Hinzu kommen antisemitische Vorfälle im Rahmen von Protestcamps in bzw. vor Hochschulen, die jedoch nicht in den Auswertungszeitraum fallen. Hierzu findet sich auf den Seiten 47 bis 49 ein eigener Schwerpunktartikel.

Mittelfranken, 17. Oktober 2023

An einer mittelfränkischen höheren Bildungsanstalt wurde das Gesicht einer Person, die bekannt für ihr Engagement gegen Antisemitismus ist, auf einem ausgehängten Gruppenfoto markiert und mit den Worten „س يلبا Jew, Murderer“ versehen. Die Person hatte am 9. Oktober in einer E-Mail zur Solidarität mit Israel aufgerufen, die antisemitische Markierung geschah nach dieser E-Mail und wurde am Morgen des 17. Oktober entdeckt. Das arabische Wort „س يلبا“ bedeutet „Teufel“ oder „der von der Gnade Allahs ausgeschlossen wurde“. Die Person wurde also als Teufel, Jude und Mörder bezeichnet.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antijudaistischer Antisemitismus, antisemitisches Otherring, israelbezogener Antisemitismus

Für jüdische Studierende ist diese Entwicklung besonders belastend. So schreibt Ron Dekel vom Verband Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB) in seinem Artikel für diese Veröffentlichung auf Seite 54: „Ich greife mir jetzt nicht mehr nur nachts in der U-Bahn an die Brust, um sicherzustellen, dass meine Davidsternkette weiterhin unsichtbar unter meinem Shirt versteckt ist, sondern auch montags in der Vorlesung.“

München, 15. Februar 2024

Die jüdische CEO eines US-amerikanischen Softwareunternehmens hielt an der Technischen Universität München eine Rede. Zuhörer:innen unterbrachen den Vortrag und warfen der Firma indirekt Beihilfe zum Genozid vor. Daraufhin wurden Pamphlete des „Unikomitees Palästina München“ von den oberen Rängen des Audimax geworfen. In dem Pamphlet wurde Israel ein „apartheid, genocidal regime“ genannt und somit der israelische Staat delegitimiert.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus

Bayreuth, 8. Februar 2024

Auf einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Bayreuth hieß es, Israel würde zwischen „Obermenschen“ und „Untermenschen“ – Begriffe aus dem NS-Sprachgebrauch – unterscheiden und in der Westbank „Pogrome“ durchführen. „Siedler“ würden das Wasser stehlen oder vergiften, eine Erzählung, die ihre Wurzeln in dem mittelalterlichen Vorwurf der „den Juden“ zugeschriebenen Brunnenvergiftung hat. Als „Siedler“ verstand ein Redner alle, die nicht „indigen“ seien. Diese betrieben „Siedlerkolonialismus“, Israel sei deshalb ein „siedlerkolonialistischer Staat.“ Dieser „Siedlerkolonialismus“ müsse laut dem Redner

„zwischen dem Meer und dem Fluss“ beendet werden. Damit rief er zur Vernichtung Israels auf. Der Zionismus sei zudem „eine antisemitische und rassistische Bewegung“, die Ereignisse des 7. Oktober „ein Akt des Widerstandes“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Israelbezogener Antisemitismus mit islamischem/islamistischem Hintergrund

Im Rahmen einer Untersuchung der European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) aus dem Jahre 2018 wurden Jüdinnen und Juden in Deutschland gefragt, welchem Spektrum sie den schlimmsten antisemitischen Vorfall, der ihnen in den letzten fünf Jahren widerfahren ist, zuordnen. 41 Prozent beschrieben die Täterinnen und Täter als „Someone with a Muslim extremist view“.¹

Laut einer Untersuchung der Technischen Universität Berlin² sind antisemitische Einstellungen, die unter die Kategorien „klassischer Antisemitismus“ und „israelbezogener Antisemitismus“ fallen, unter Muslim:innen in Deutschland teils erheblich weiter verbreitet als unter der Restbevölkerung. 45 Prozent der befragten Muslim:innen in Deutschland stimmten etwa der Aussage zu, Juden hätten zu viel Macht in der Politik. Bei den nicht-muslimischen Befragten waren es 18 Prozent.

München, 13. Oktober 2023

Bei der Kundgebung der rechten „Bürgerbewegung Pax Europa“ mit dem Titel „Solidarität mit Israel – Gegen den politischen Islam“ auf dem Münchner Stachus wurden aus dem Publikum, das der Kundgebung zum großen Teil feindlich und konfrontativ gegenüberstand, auch antisemitische Parolen gerufen.

Darunter war „Khaybar khaybar ya yahud“ zu hören. Die Parole bezieht sich auf eine islamische Legende, nach der Khaybar, eine von Juden besiedelte Oase auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, im Jahr 628 von Mohammed und seiner Armee erobert wurde. Viele der Bewohner:innen wurden massakriert, viele Frauen und Kinder versklavt. Die Überlebenden mussten als Schutzgeld die Hälfte dessen, was sie produzierten, an die Muslime abgeben.



△ München, 13. Oktober 2023

Neben häufigen „Allahu Akbar“-Rufen war auf Arabisch zu hören: „Es gibt keinen Gott außer Allah, der Märtyrer ist Allahs Liebling“. Auf Arabisch reimt sich der zweite Teil auf den ersten, das islamische Glaubensbekenntnis. Diese Huldigung an Märtyrer wird auch von islamistischen Bewegungen, darunter der Hamas, genutzt.

Vereinzelt waren erhobene Zeigefinger zu sehen, sogenannte Tawhid-Finger, die auf die Einheit und Einzigartigkeit Allahs verweisen sollen und von einem breiten Spektrum im Islam, nicht zuletzt Fundamentalisten und Jihadisten, als Handzeichen verwendet werden. Auch der sogenannte Wolfsgruß der türkisch-nationalistischen Bewegung wurde

gezeigt, in der sich Rechtsextremismus und Islamismus überlappen. Zudem wurde versucht eine Israelfahne zu entwenden.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

RIAS Bayern kategorisiert, soweit ausreichende Informationen vorliegen, antisemitische Vorfälle auch nach dem politischen Hintergrund. Die Kategorie erfasst, ob und wenn ja, welchem politischen und gesellschaftlichen Spektrum bzw. welcher Gruppe der:die Täter:in oder die Tat zugeordnet werden kann. Ob bei einem Vorfall der Hintergrund „islamisch/islamistisch“ zutrifft, hängt etwa davon ab, ob eine Kundgebung von einer bekannten islamistischen Organisation durchgeführt wird oder antisemitische Äußerungen mit Rückgriff auf islamische Inhalte und Symbolik getätigt werden.

In den ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober hat RIAS Bayern 25 israelbezogen-antisemitische Vorfälle mit einem islamischen/islamistischen Hintergrund dokumentiert. Bis zum 6. Oktober wurde dieser Hintergrund 2023 nur dreimal zugeordnet. Bei den seit dem 7. Oktober dokumentierten Vorfällen handelte es sich um einen Angriff, eine gezielte Sachbeschädigung, zwei Bedrohungen sowie 21 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter zwölf Versammlungen. Fast alle dokumentierten antisemitischen Vorfälle mit einem islamischen/islamistischen Hintergrund zeichneten sich (auch) durch israelbezogenen Antisemitismus aus.

München, 28. Oktober 2023

Auf dem Odeonsplatz fand eine israelfeindliche Kundgebung mit dem Titel „Palästina Friedensdemo“ mit einem „Friedensgebet“ statt, bei der unter anderem mehrfach und vom Versammlungsleiter vorgegeben die antisemitische Parole „Kindermörder Israel“ gerufen wurde. Organisator war ein bekannter Münchner Imam, auf der Ankündigung war der Felsendom abgebildet.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Für Bestürzung sorgte in Bayern auch der Fall eines Imams einer unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehenden Münchner Moschee. Der Mann schrieb am 7. Oktober auf Facebook: „Jeder hat seine eigene Art, den Oktober zu feiern“ und setzte dahinter einen Smiley. Der Imam wurde zunächst von der Moschee suspendiert, dies wurde jedoch wenige Wochen später wieder zurückgenommen. Der Mann, der behauptete, sein Post war auf den ägyptischen Nationalfeiertag am 6. Oktober bezogen, wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.³

Am 13. Oktober veröffentlichte die „Islamisch-Bosnische Gemeinschaft Würzburg“ auf Facebook einen Post, in dem es unter anderem hieß: „Gott lass in Al-Quds keine Fahne der Juden hissen“. Außerdem wurde Gott angerufen, „die feindlichen Zionisten und ihre Helfer und Komplizen zu bestrafen“. Weiter hieß es: „Gott zähle sie und töte sie und lass niemanden davon freikommen.“

Diese Beispiele zeigen auf, dass Antisemitismus auch in muslimischen Gemeinschaften in Bayern ein ernstzunehmendes Problem ist. Das Dunkelfeld zu erhellen ist für RIAS Bayern jedoch schwierig. Als Meldestelle für antisemitische Vorfälle sind wir darauf angewiesen, dass sich neben Betroffenen von Antisemitismus auch Zeug:innen an uns wenden. Die Bereitschaft von Teilnehmenden etwa einer islamistischen Freitagspredigt, über antisemitische Inhalte zu berichten, dürfte gering sein.

Israelfeindliche Mobilisierungen auf der Straße

In den ersten sechs Monaten nach dem Pogrom am 7. Oktober 2023 gab es im Freistaat 127 Versammlungen, auf denen RIAS Bayern israelbezogenen Antisemitismus dokumentierte. 87 Versammlungen hatten einen antiisraelischen, 15 einen links/antiimperialistischen, zwölf einen islamisch/islamistischen und vier einen verschwörungsideologischen Hintergrund. 65 Vorfälle zeichneten sich neben dem israelbezogenen Antisemitismus auch durch Post-Schoah-Antisemitismus, 49 auch durch antijudaistischen Antisemitismus und neun auch durch antisemitisches Othering aus.

Eine quantitative Darstellung der Vorfälle verbleibt notwendigerweise auf einer abstrakten Ebene, bei der vom jeweiligen spezifischen Charakter abstrahiert wird. Im Folgenden werden Vorfälle beschrieben und ausgewertet, gegliedert nach den Regierungsbezirken, in denen sie sich ereignet haben. In Klammern ist jeweils die Anzahl der Versammlungen angegeben, auf denen es zu Vorfällen mit israelbezogenen Antisemitismus gekommen ist.

Oberbayern (58 Vorfälle)

München, 9. Oktober 2023

Zwei Tage nach dem beispiellosen terroristischen Angriff der Hamas gegen Israel fand auf dem Marienplatz eine israelfeindliche Kundgebung der lokalen Gruppe der Organisation „Palästina spricht“ statt. Auch die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) München hatte dazu aufgerufen, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verteilte vor Ort Flyer. Während der Kundgebung kam es zu verschiedenen antisemitischen Äußerungen, darunter Vernichtungsfantasien. Zu diesem Zeitpunkt hatte das israelische Militär seine Militäroffensive im Gazastreifen noch nicht gestartet.

So wurde ein großes Banner mit der Aufschrift „From the river to the sea/Palestine will be free“ gezeigt. Der Satz fordert ein Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer, negiert also die Existenzberechtigung Israels. Gezeigt wurde außerdem ein Plakat mit der Aufschrift „75 Jahre Unterdrückungs-, Apartheids- und Siedlungskolonialismus durch Israel“. Mit der Anspielung auf die Staatsgründung Israels 1948 wird hier Israel als Ganzes dämonisiert und delegitimiert. Ein weiteres Plakat mit der

Aufschrift „Die Besatzung begann 1948“ sprach Israel ebenfalls die Legitimität ab.

Auch in Reden wurde Israel dämonisiert und delegitimiert, die Massenmorde der Hamas hingegen mit keinem Wort verurteilt. Ein Redner sagte, „die Verantwortung für die aktuelle Situation“, also auch für den präzedenzlosen Terror, trage „einzig und allein Israel“. Seit 75 Jahren erlitten die Palästinenser:innen „Apartheid“, Israel wurden außerdem ethnische Säuberungen und Kolonialismus vorgeworfen.

Es sei „das Ziel des Staates Israel“, dass die Palästinenser:innen „stillschweigend sterben“, sich „vertreiben“, „unterdrücken“ und „ermorden“ lassen sollten. Es sei deshalb „nicht überraschend“, dass sich die Palästinenser:innen dagegen „wehren“ würden und „Widerstand“ leisteten. Ein Redner sagte: „Wir stehen daher heute hier in voller Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand in seiner kompletten Vielfalt: [...] Und auch dem bewaffneten Widerstand.“

Ein weiterer Redner sagte: „Viele Medien kommen auf uns zu: ‚Was haltet ihr denn vom bewaffneten Widerstand?‘ Ich sage euch, hier in Deutschland führen wir einen anderen Widerstand.“ Aber „wenn unsere Geschwister vor Ort es als nötig halten, nicht mit Blumen gegen Unterdrücker zu kämpfen, dann stehen wir hinter ihnen!“ Solch Unterstützung von „bewaffnetem Widerstand“ ist eine Legitimation des Terrors der Hamas. Hamas ist ein arabisches Akronym für „islamische Widerstandsbewegung“.

Die Kundgebung war deutlich religiöser geprägt als bei „Palästina Spricht München“ bisher üblich. Mehrfach wurde lautstark „Takbir – Allahu Akbar“ gerufen und das islamische Glaubensbekenntnis war zu hören. Eine Rednerin rief: „Sieg der Umma!“. Umma bezeichnet die weltweite Gemeinschaft der Muslime.

Auch gab es positive Bezüge auf das Märtyrertum, etwa in einer auf Arabisch gerufenen Parole, die in etwa „Oh Märtyrer, ruhe nur, wir werden den Kampf weiterführen“ bedeutet. Es wurde beschworen, die Al-Aqsa-Moschee zu befreien und „mit Blut und Seele“ für Palästina zu kämpfen. Zwischendurch wurde das Lied „Ounadikom“ abgespielt, in dem auf Arabisch dazu aufgerufen wird, bereit zu sein für das Land zu sterben.



△ München, 9. Oktober 2023

Wie aus einem Polizeibericht zusätzlich hervorging, soll ein Teilnehmer geschrien haben, alle Israelis seien Terroristen. Er soll außerdem dazu aufgerufen haben, alle Juden zu töten. Der Mann sei vorläufig festgenommen worden.

Am Rande einer parallel stattfindenden Kundgebung in Solidarität mit Israel rief ein Passant auf abschätzig Weise „Israel“ und zeigte den Hitlergruß. Auch weitere, kleinere Störaktionen wurden beobachtet.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus,

Ingolstadt, 18. Februar 2024

Während einer Demonstration, zu der „Ingolstadt/Eichstätt 4 Palestine“ aufgerufen hatte, skandierten Teilnehmende in der Ingolstädter Innenstadt: „Deutschland, Deutschland, warum kein Wort? Kindermord ist Kindermord!“ Der Kindermordvorwurf spielt auf die antijudaistische Ritualmordlegende an, wonach Juden christliche Kinder entführen und ermorden würden, um ihr Blut für rituelle Zwecke zu verwenden.

Zwei Teilnehmerinnen trugen Plakate bei sich, auf denen jeweils eine stilisierte Landkarte eines Palästinas abgebildet war, das das israelische Kernland beinhaltet. Dadurch wurde dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen. Im ersten Fall wurde die Landfläche mit der Flagge der palästinensischen Autonomiegebiete, im zweiten mit dem traditionellen Muster einer → *Kufiya* hinterlegt. Gesichtet wurde auch ein Schild mit der Aufschrift „Nie wieder ist jetzt – und für alle!!“, was eine Verbindung zwischen der aktuellen Situation in Gaza und der Schoah suggeriert und damit letztere relativiert.

Ein Redner behauptete, getöteten Zivilist:innen in Gaza seien Organe entnommen worden: „Viele von ihnen wurden lebendig begraben. Ihren Leichen wurden Organe entnommen, wie üblich“. Die Unterstellung entspringt der antijudaistischen Ritualmordlegende.

Ein weiterer Redner bezeichnete Gaza in seiner Rede Schoah-verharmlosend als „Konzentrationslager“: „Es ist Tag 135 des Genozids. [...] Und es ist auch das 17. Jahr der Belagerung und Besetzung des Gazastreifens und dessen Verwandlung in einem [sic] Konzentrationslager.“

Eine Frau warf in ihrem Redebeitrag Israel Genozid vor und parallelisierte die aktuelle Situation in Gaza ebenfalls mit dem Nationalsozialismus und der Shoah: „Es ist ein Genozid. Und Deutschland: Wir haben die Möglichkeit, uns diesmal auf die richtige Seite zu stellen. Wir müssen, vor allem in Anbetracht des Verhaltens unserer Politiker, beweisen, dass wir Deutsche bzw. in Deutschland Lebende aus der Geschichte gelernt haben. [...] Wenn wir heute nicht aktiv werden und einem weiteren Genozid stillschweigend zustimmen, was wollen wir der nächsten Generation in zehn, 15, 20 Jahren erzählen? [...] Nein, wir wissen alles, wir sehen alles. Bitte: Nie wieder ist jetzt. Schweigt nicht, boykottiert für ein freies Palästina!“

Während der Demonstration und der Zwischenkundgebung kam es wiederholt zu „Allahu Akbar“-Rufen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus



△ München, 18. Februar 2024

Niederbayern (fünf Vorfälle)

Landshut, 14. Oktober 2023

Auf der verschwörungsideologischen Demonstration „Für die Freilassung aller politischen Gefangenen“ wurde unter anderem suggeriert, dass Israel den Angriff der Hamas am 7. Oktober bewusst zugelassen bzw. gewollt habe. Die Demonstration galt insbesondere der Unterstützung eines rechtsextremen ehemaligen Offiziers der Bundeswehr, der sich zu diesem Zeitpunkt wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Untersuchungshaft befand. Zudem wurde das World Economic Forum (WEF) als verantwortliche Macht im Hintergrund genannt. Wörtlich hieß es: „Aber wenn wir hören, dass der Geheimdienst des Staates Israel in der Lage war, alle Vorgänge im Gazastreifen zu verhindern. Und wenn der Geheimdienst von Israel dies nicht getan hat, dann müssen wir davon ausgehen, dass die Regierung in Israel einen solchen schlimmen Vorfall, der jetzt zu einem ganz großen Krieg werden soll, gezielt geduldet oder gar gewollt hat. Und wenn das so wäre, dann wäre das ein Skandal!“

Später sagte der Redner, er wolle mit einem Lied zum Ausdruck bringen, dass nicht „irgendwelche dunklen Eliten mit irgendwelchen satanischen Plänen über uns zu bestimmen“ hätten, sondern allein „unser Schöpfer, der über uns wacht und der uns beschützt.“ Diese Vorstellung knüpft an die antisemitische Fantasie von der allmächtigen jüdischen Weltverschwörung an.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Landshut, 1. April 2024

Am traditionellen Ostermarsch der „Friedensinitiative Landshut“ beteiligten sich 2024 die Gruppen „SDAJ Landshut“ und „Viva Palästina Landshut“. In einem Flyer von „Viva Palästina Landshut“ hieß es: „Eine realistische Chance auf Frieden kann es erst geben, wenn die Besatzung, die Apartheid und die systematische Gewalt durch den israelischen Staat beendet werden. Denn Gewalt gibt es nicht erst seit dem 7. Oktober, das palästinensische Volk blutet seit der Nakba“. Außerdem wurde der Film „Roadmap to Apartheid“ beworben. Der Vorwurf der Apartheid soll Israel dämonisieren und stellt eine Form des israelbezogenen Antisemitismus dar.

In einem Flugblatt der SDAJ wurde zudem der antisemitische Terror der Hamas am 7. Oktober relativiert. Darin hieß es: „Als Antwort auf die Reaktion der Hamas und den Widerstand breiter Teile der Bevölkerung gegen diese [Anm.: israelischen] Aggressionen, geht Israel nun seit Wochen mit aller Macht gegen die Palästinenser vor“. Das antisemitische Pogrom wird hier als Widerstandsakt und reine Reaktion legitimiert.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus



Oberpfalz (neun Vorfälle)

Regensburg, 10. November 2023

Bei einer Kundgebung auf dem Regensburger Domplatz dämonisierte eine Rednerin Israel, indem sie behauptete, dass es sich bei Israel um ein „System der → *Apartheid* gegen die palästinensische Bevölkerung“ handle. Zudem bezichtigte sie Israel der Landnahme (→ *Landraub*) und der systematischen Ermordung von Palästinenser:innen, die sie mit dem Nationalsozialismus gleichsetzte, indem sie sagte: „Besonders deutsche Geschichte, die Geschichte unseres Landes, unseres Volkes, zu dem wir dazugehören, lehrt uns allen, [...] dass wir als Zeugen der systematischen Vertreibung und Ermordung einer Bevölkerung nicht schweigen dürfen“ (→ *Gleichsetzungen der israelischen Politik mit der Schoah und dem Nationalsozialismus*).

In diese Kerbe schlug auch ein weiterer Redner, indem er sagte, dass der Holocaust keine Rechtfertigung für weiteres Unrecht sei, „die deutsche Geschichte“ müsse eine Lehre gegen „systematische Vertreibung und Ermordung“ sein. Einzelne Personen versuchten, die Parole „Mein Blut opfere ich für Al-Aqsa“ auf Arabisch anzustimmen, die Versammlungsleitung unterband dies.

Auf „#neveragain is happening now!“-Schildern wurde die Lage in Gaza mit der Schoah gleichgesetzt. Außereuropäischer Antisemitismus wurde mit dem Schild „Antisemitismus ist und bleibt ein europäisches Phänomen! Wir lassen uns keinen Judenhass aufschwätzen“ gelehnet.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Regensburg, 2. März 2024

Auf der Demonstration „Ceasefire now March4Peace“ wurde Israel mehrfach als „faschistisch“ und Zionismus als „kranke Ideologie“ bezeichnet. Ein „Genozid“ gegen die Palästinenser:innen gehe „seit 76 Jahren“ vor sich. Ein Redner leugnete die Vergewaltigungen israelischer Frauen beim Hamas-Überfall vom 7. Oktober und bezog sich positiv auf die islamistische Huthi-Miliz im Jemen. Auch eine für den Post-Schoah-charakteristische Täter-Opfer-Umkehr ließ ein Redner nicht aus: „Schafft es Deutschland nicht einmal in seiner Geschichte auf der richtigen Seite zu stehen? Ihr bereut den Holocaust und nehmt das als Begründung für die Unterstützung und Komplizenschaft eines Völkermordes an den Palästinensern?“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Schwaben (13 Vorfälle)

Augsburg, 27. Oktober 2023

Auf der Demonstration „Freiheit für Palästina! Stoppt den Krieg!“ des Offenen Antifaschistischen Treffens beschuldigte die Kommunistische Organisation Augsburg in einer Rede die israelische Armee des Terrors gegen Zivilist:innen und verharmloste die Hamas-Massaker: „Am 7. Oktober hat eine Koalition aus palästinensischen Widerstandsgruppen die Absperrungszäune des Gazastreifens gesprengt, hat mit starken Einheiten die Außenposten der israelischen Armee überrannt und die umliegenden Siedlungen eingenommen.“

Das Fronttransparent des anschließenden Demonstrationzuges trug die Aufschrift „Freiheit für Palästina“ und zeigte eine Karte des Staates Israel und der palästinensischen Gebiete in rot – Symbol für ein „sozialistisches Palästina“. Damit wird dem Wunsch nach dem Ende Israels als jüdischer Staat Ausdruck verliehen. Außerdem waren auf Schildern die Parolen „Free Gaza from German guilt“ und „Der Holocaust an den Juden rechtfertigt nicht den Genocid [sic!] an den Palästinensern!“ zu lesen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Augsburg, 18. November 2023

Bei der Demonstration „Freiheit für Palästina! Stoppt den Krieg!“ rief eine teilnehmende Gruppe mehrfach die Parole „Kindermörder Israel“. Das Fronttransparent zeigte das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer in einheitlichem Rot mit einer zur Faust geballten Hand, daneben war zu lesen „Freiheit für Palästina!“, womit der Wunsch nach dem Ende Israels ausgedrückt wird. Auf einem Schild stand die Parole „Free Palestine from German Guilt“, die den verbreiteten Wunsch nach einem „Schlusstrich“ unter die NS-Vergangenheit widerspiegelt. Demnach unterstützte Deutschland aus Schuldgefühlen wegen der Schoah Israel, was beendet werden müsse. Auf einem anderen Schild stand: „Israel kritisieren ist nicht Antisemitismus! Lasst euch von der zionistischen Lobby nicht blenden!“ Die Vorstellung einer „zionistischen Lobby“ bedient das klassische antisemitische Motiv der „jüdischen Allmacht“.

Auf der Demonstration mischten sich linke und islamische Inhalte. Beispielsweise wurde sowohl vom Kampf „gegen Zionismus“ und für „sozialistischen Frieden“ gesprochen als auch für die Befreiung Jerusalems (Al-Quds) gebetet. Es ist ein verbreitetes Motiv, dass

Jerusalem arabisch oder islamisch, aber von „den Zionisten“ besetzt sei und deshalb „befreit“ werden müsse. Auch wurden mehrere weiße Stoffbündel gezeigt, die mit roter Farbe befleckt worden waren. Sie sollten von Israel getötete Kinder symbolisieren und wurden auf der Demonstration von sehr kleinen Kindern getragen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus



Oberfranken (fünf Vorfälle)

Bamberg, 3. Dezember 2023

Auf der Kundgebung „Bamberg for a free Palestine“ auf dem Markusplatz wurde auf einem Schild Israel das Existenzrecht abgesprochen, indem eine Karte Israels inklusive der palästinensischen Gebiete, hinterlegt mit der palästinensischen Fahne, gezeigt wurde. Ein Redner dämonisierte Israel in seinem Beitrag durchgehend, delegitierte es als faschistischen und rassistischen Staat und verbreitete die Verschwörungserzählung von einer angeblichen False-Flag-Aktion durch Israel am 7. Oktober. Er sagte, bezogen auf das Massaker vom Nova-Musikfestival, dass es „die israelische IDF selbst war mit einem Apache-Hubschrauber, die [die] eigene Bevölkerung umgebracht“ habe. Die Kundgebung war von der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) angemeldet und beworben worden.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Download der Publikation »Multidirektionale Angriffe auf die Erinnerung – Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern« unter:

https://report-antisemitism.de/documents/2022-09-07_Post-Schoah-Antisemitismus_in_Bayern.pdf



Mittelfranken (33 Vorfälle)

Nürnberg, 17. Januar 2024

Bei einem öffentlichen Vortrag sprach der Referent in Bezug auf den Krieg in Israel und Gaza von einer angeblichen „Mauer von Schweigen in Deutschland“. Er fragte, ob „die Deutschen den Holocaust komplett vergessen“ hätten und imaginierte als „worst case scenario“ nach Beendigung des Krieges, „dass [der] ganze Gazastreifen wie ein großes KZ gemacht wird“. Damit wurde die Shoah relativiert und das Vorgehen Israels mit dem Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden gleichgesetzt.

Mehrfach geäußert wurde auch der an Israel gerichtete Vorwurf des Kolonialismus. Israel sei eine kolonialistische Gesellschaft, „das weiß jeder, der Hebräisch kann“. Zudem wurde Israel als „Diktatur“ und „Terrorstaat“ bezeichnet. Für eine Teilnehmende „gibt’s nur eine Lösung: Gebt den Palästinensern endlich ihr Land zurück und alle, die diesen DNA-Test, den ihr nicht machen dürft, machen und dann zurück nach Polen, England und sonst wo, wo die Großväter waren.“ Für diese Aussage erntete sie Beifall.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Erlangen, 6. April 2024

Am Hugenottenplatz wurde unter dem Motto „Palästina & ‚Nie wieder?‘“ ein Infostand aufgestellt, im Rahmen einer Kundgebung wurden später auch Redebeiträge gehalten. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Gruppierungen „Olivemovement Erlangen“ und „Mission Watermelon“ (→ *Wassermelone*). Im Rahmen eines Redebeitrages fiel unter anderem der Satz „Zionisten sind der Krebs unserer Gesellschaft“ Außerdem hieß es: „Zionisten dürfen eigentlich nicht an unserer Uni sprechen [...], das ist, als würde man Nazis zulassen.“ Zudem war auf einem ausgelegten Flyer eine Karte „Palästinas“ abgebildet, das vom Jordan bis zum Mittelmeer reichte und das heutige israelische Staatsgebiet einschloss.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Unterfranken (vier Vorfälle)

Würzburg, 10. Dezember 2023

Auf einer „Solidaritätsdemo für Palästina“ war auf Schildern zu lesen: „don't be on the wrong side of history again“, „Google. German Silence. Holocaust 1933. Gas chambers 1939. Gaza Genozide 2023“ (Anm.: Bei dem Begriff „Genozide“ wurde „nozide“ mit Tape überklebt) und „Befreit Palästina von deutschem Schuldbewusstsein“. Auf einem Plakat hieß es: „Verurteilen Sie die Ermordung von Kindern? Oder ist es kompliziert, wenn sie aus dem Nahen Osten sind? Free Palestine!“ Zudem wurde zum Boykott von Unternehmen mit Verbindungen nach Israel aufgerufen und der Verschwörungsmythos von angeblich kontrollierten Medien durch ein nicht näher definiertes „they“ verbreitet: „They may control the media but we control our minds“. Das Schild spielt auf das antisemitische Motiv von angeblich jüdisch kontrollierten Medien an.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Würzburg, 9. März 2024

Unter dem Motto „Frieden statt Angst für Palästinas Kinder“ versammelten sich ca. 500 Menschen zu einer Demonstration. Hierbei wurde unter anderem ein Schild mit der Aufschrift „Gegen: Apartheidstaat; Gegen: Zionist. Kapitalismus; Gegen Antisemitismus; Free Palestine! Intifada!“ gezeigt. Die Ablehnung eines „zionistischen Kapitalismus“ kann mehrere Bedeutungen haben, ist aber jedenfalls antisemitisch: Entweder wird der Kapitalismus per se als ‚zionistisch‘, eine Chiffre für jüdisch, angesehen und ‚den Juden‘ so die Schuld daran gegeben, oder dem abgelehnten „zionistischen Kapitalismus“ steht in dieser Weltsicht ein vermeintlich ‚nicht-zionistischer Kapitalismus‘ gegenüber, der positiv gesehen wird. Das entspräche der antisemitischen Spaltung in vermeintlich böses, jüdisch konnotiertes „raffendes Kapital“ und vermeintlich gutes, nicht-jüdisches „schaffendes Kapital“. Ein Teilnehmer zeigte zudem den faschistischen Wolfsgruß.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus



Der 7. Oktober und Angriffe auf die Erinnerung

Der 7. Oktober 2023 teilt nicht nur in Israel die Zeit in ein „Davor“ und ein „Danach“ ein, er markiert auch eine Zeitenwende für die jüdischen Menschen in der Diaspora. Die Bilder des Terrors riefen bei vielen Jüdinnen und Juden kollektive Traumata hervor und rissen alte Wunden auf, was von der Hamas wohl auch beabsichtigt war. Der 7. Oktober und die darauffolgenden israelischen Militäroperationen gegen die Hamas im Gazastreifen lösten weltweit eine massive antisemitische Welle aus – auch in Deutschland. Der teils unverhohlene Jubel über den Terrorangriff auf deutschen Straßen, die Relativierungen der genozidalen Gewalt und der erschreckende Mangel an Solidarität und Mitgefühl haben viele Jüdinnen und Juden hierzulande tief verunsichert und ihr Vertrauen in Deutschland weiter erschüttert. Mit der erschütternden Erfahrung jüdischen Lebens als einer „Existenz auf Wider-ruf“ stehen sie, wieder einmal, allein da.

In den ersten sechs Monaten nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober dokumentierte RIAS Bayern eine sprunghaft gestiegene Zahl von antisemitischen Vorfällen. Davon wurden 527 Vorfälle (auch) als israelbezogener Antisemitismus kategorisiert. In 155 von diesen Vorfällen trat israelbezogener Antisemitismus zusammen mit dem Post-Schoah-Antisemitismus auf, etwa bei Angriffen auf das Gedenken und die Erinnerung an die Schoah. Auf Demonstrationen skandierten Teilnehmer:innen Israel delegitimierende und dämonisierende Parolen, die Israels Militäroffensive mit der nationalsozialistischen Vernichtungspraxis gleichsetzten. Vielfach wurde dabei die antisemitische Täter-Opfer-Umkehr betrieben, die in alten judenfeindlichen Denkfiguren wurzelt. Demnach seien „die Juden“ an allem schuld, auch am Juden Hass und den daraus resultierenden Verbrechen, die an ihnen begangen worden sind.

Bei der Gleichsetzung des militärischen Vorgehens Israels in Gaza mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik wird „den Juden“ der Vorwurf gemacht, dass sie aus dieser doch hätten lernen müssen, statt sie zu „wiederholen“. Der Vorwurf relativiert die Schoah und dämonisiert und delegitimiert den Staat Israel: Wenn er so ist wie Nazideutschland, darf er nicht existieren. Der Vorwurf ist besonders perfide, da den Nachkommen der Schoah-Überlebenden gleich zweifach die Schuld zugewiesen wird. Zum einen, so eine verbreitete Denkweise, müssten Jüdinnen und Juden „ja etwas falsch machen“, da sie seit Jahrtausenden immer wieder verfolgt und ermordet werden.

Zum anderen wird ihnen vorgeworfen, nicht einmal durch die Schoah „zur Einsicht“ gekommen zu sein. Angesichts der Schuld NS-Deutschlands und seiner Verbündeten an der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden dienen solche Vorwürfe auch der Entlastung. Die Erinnerung an die Schoah, die tatsächliche oder vermutete Beteiligung von Vorfahren am nationalsozialistischen Genozid, werden durch die Schuldumkehr abgewehrt.

Nürnberg, 12. Oktober 2023

Ein User kommentierte ein Video einer Nürnberger Jüdin auf Instagram, das ihren Redebeitrag auf einer Solidaritätskundgebung mit Israel zeigte, mit folgenden Worten: „Sind Juden so sehr traumatisiert, verbittert und hasserfüllt, dass ihr nun den Palästinensern kaltblütig das antun wollt, was man euch vor 80 Jahren antat? Dass dieser Genozid von Israel ausgeht, ist auf diesem Hintergrund umso perverser und verabschiedungswürdiger! Cease fire and free Palestine!“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus, antisemitisches Othering

Nürnberg, 22. März 2024

Der Melder entdeckte auf einer Toilette der Friedrich-Alexander-Universität eine Hakenkreuz-Ritzerei, um die jemand einen Davidstern gezeichnet hatte. Die Botschaft dahinter: Israel – bzw. das jüdische Volk – verhalte sich wie früher die deutschen Nationalsozialisten.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Auch bayerische NS-Gedenkorte und Mahnmale für Jüdinnen und Juden wurden nach dem 7. Oktober vermehrt zu Projektionsflächen für den Israelhass. Im ersten halben Jahr nach dem Terrorangriff der Hamas dokumentierte RIAS Bayern an Gedenk- und Erinnerungsorten zehn Vorfälle mit einem Bezug zu Israel. In der gesamten bayerischen Gedenkstättenlandschaft ist dabei von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Betroffen waren auch die KZ-Gedenkstätten Flossenbürg und Dachau, etwa in Form von antisemitischen Einträgen im Gästebuch oder Kommentaren in sozialen Medien.

Dachau, 12. Oktober 2023

Die KZ-Gedenkstätte Dachau postete als Zeichen ihrer Solidarität mit Israel als Titelbild auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild mit der Israelflagge. Unter dem Foto wurden mehrere Kommentare hinterlassen, die dem Post-Schoah und dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind. Der Grundtenor: Israelis bzw. die Juden würden sich wie Nazis früher

verhalten,⁴ die Gedenkstätte solle sich lieber zum „Zionismus“ äußern.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Aschaffenburg, 7. Februar 2024

Auf einer Tafel, die über die Geschichte der ehemaligen Synagoge am Wolfsthalplatz in Aschaffenburg informiert, wurde ein Aufkleber mit der palästinensischen Flagge und den Worten „Free Palestine“ entdeckt. Die Synagoge brannte im Novemberpogrom 1938 völlig aus. Die Parole „Free Palestine“ stellt nach RIAS-Kriterien keinen antisemitischen Vorfall dar. Wenn der Schriftzug jedoch an einem Gedenkort, der an die NS-Verfolgung von Jüdinnen und Juden erinnert, hinterlassen wird, setzt er diese mit der Situation der Palästinenser:innen in Gaza gleich. Dadurch wird der Staat Israel dämonisiert, der Wunsch nach seiner Vernichtung artikuliert und die Schoah bagatellisiert. Zugleich werden Jüdinnen und Juden kollektiv, lebende wie tote, für tatsächliche oder vermeintliche Handlungen des Staates Israels verantwortlich gemacht.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus, antisemitisches Othering

RIAS Bayern dokumentierte weitere antisemitische Slogans in Bezug auf die Schoah und den Nationalsozialismus in den ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober, etwa die Aussage „Nürnberg damals, heute – Den Haag“. Außerdem wurde das Leid der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen mit dem Leid der Bevölkerung Leningrads während der deutschen Blockade im Zweiten Weltkrieg parallelisiert. In dieser Logik ist die israelische Armee eine Wiedergängerin der deutschen Wehrmacht. Auch Gleichsetzungen des Gazastreifens mit einem Ghetto wurden dokumentiert.⁵

Würzburg, 9. Oktober 2023

Ein Mann zeigte am Rande einer Solidaritätskundgebung für Israel in Richtung der Teilnehmenden ein Plakat mit der Aufschrift „1 Million Children in Gaza Ghetto.“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Bei antiisraelischen Demonstrationen, auf Aufklebern wie auch im Netz tauchte wiederholt die Schoah-verharmlosende Parole „Nie wieder gilt für alle“ auf. Sie setzt sich bewusst von dem Slogan „Nie wieder ist jetzt!“ ab, der nach dem 7. Oktober wiederholt in politischen Statements, im

Aschaffenburg, 7. Februar 2024 ▽



München, 15. Februar 2024 ▲

Würzburg, 9. Oktober 2023 ▽



Netz, auf Plakaten und Schildern bei den (wenigen) israelsolidarischen Kundgebungen zu hören und zu lesen war. Beide Parolen greifen den antifaschistischen Nachkriegslogan „Nie wieder“ auf, der, so floskelhaft er mittlerweile verwendet wird, eine ernsthafte Warnung von KZ-Überlebenden darstellte, die NS-Verbrechen nicht zu wiederholen.

Während „Nie wieder ist jetzt!“ in Bezug auf den 7. Oktober ein aktives Eintreten für Demokratie und gegen Antisemitismus meint, wird der Slogan zunehmend auch in der antisemitischen Agitation gegen Israel verwendet. Juden und Jüdinnen werden von Opfern zu Tätern gemacht, die den Palästinenser:innen angeblich das antun, was ihnen selbst widerfahren ist.

Landshut, 31. März 2024

In der Papiererstraße wurde ein Aufkleber mit dem Schoah-verharmlosenden Slogan „Nie wieder gilt für alle. Stoppt den Massenmord in Gaza“ entdeckt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus



△ Landshut, 31. März 2024

In einer geschichtsverfälschenden Lesart, die aus der postkolonialen Theorieströmung stammt und nicht zuletzt zu Allianzen zwischen Linken und Islamist:innen führt, handelt es sich bei Israel um einen weißen, rassistischen Siedlerkolonialstaat, der die → „indigene“ palästinensische Bevölkerung unterdrücke, deren Land raube und in genozidaler Absicht töte. Solche Israel dämonisierenden und delegitimierenden Vorwürfe dokumentierte RIAS Bayern auch schon vor dem 7. Oktober. Oft traten sie gemeinsam mit der Forderung auf, Deutschland solle seine Unterstützung des „kolonialen Apartheidstaates“ aufgeben und sich stattdessen auf die Seite der Palästinenser:innen stellen.

Was hier gefordert wird, steht dem entgegen, was auch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede in der Knesset 2008 als „niemals verhandelbar“ und als „Teil der Staatsräson“ bezeichnete: die Sicherheit Israels.⁶

Nürnberg, 26. Januar 2024

Auf einer Kundgebung wurde ein Schild mit der Aufschrift „77 Jahre koloniale Gewalt und Gegengewalt“ gezeigt. Auch in Redebeiträgen wurde Israel delegitimiert und dämonisiert. So hieß es, Israel würde „seit 75 Jahren [...] einen Massenmord am palästinensischen Volk“ begehen. Der deutschen Regierung wurde vorgeworfen, sich „mit diesem kolonialistischen Staat“ zu solidarisieren. Sie solle den „grausamen Vernichtungskrieg“ verurteilen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Keine zwei Wochen nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel skandierten junge Aktivist:innen vor dem Auswärtigen Amt in Berlin die Parole „Free Palestine from German Guilt!“ In die Schlagzeilen geriet der Slogan bereits 2022, während der Weltkunstschau *documenta 15*.⁷ In Reaktion auf Kritik an dort gezeigten antisemitischen Filmen, die antiisraelischen Terror verherrlichten, verbreitete die indonesische Kurator:innengruppe *ruangrupa* am 22. September in Kassel Protestplakate mit dieser Losung. Nach dem 7. Oktober wurde sie von RIAS Bayern auch im Freistaat dokumentiert.

München, 21. Januar 2024

Bei der Demonstration „München gegen rechts“ war auch ein antiisraelischer Block anwesend. Dort wurden mehrere Schilder mit der Aufschrift „Free Palestine from German guilt“ bzw. „Free Palestine from German guilt racism“ gezeigt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus



Die Parole hat ihre Wurzeln im postkolonialen, israelfeindlichen Milieu, dessen Vertreter:innen die Präzedenzlosigkeit der Schoah mitunter bestreiten und den nationalsozialistischen Massenmord an Juden und Jüdinnen unter das Paradigma kolonialer Verbrechen stellen wollen. Das wäre eine mit Blick auf die historischen Fakten völlig unhaltbare Abkehr vom hart erkämpften erinnerungspolitischen Konsens, der die Schoah ins Zentrum stellt und auch eine Grundlage der notwendigen staatlichen Unterstützung Israels ist. Die Parole ist die straßentaugliche Übersetzung etwa der These vom „Katechismus der Deutschen“, mit der der australische Genozidforscher Dirk Moses 2021 im Onlinemagazin „Geschichte der Gegenwart“ gegen die deutsche Erinnerung an die Schoah als Zivilisationsbruch und der daraus abgeleiteten Verantwortung für Israel polemisierte.⁸ Der Schuldparole zufolge übernimmt Deutschland aus Scham über die eigene historische Schuld an der Schoah keine Verantwortung für das Elend des palästinensischen Volkes, sieht kritiklos dem israelischen „Genozid“ an Palästinenser:innen zu und unterstützt ihn letztendlich gar durch Waffenlieferungen.⁹

Die Forderung, Palästina müsse von „deutscher Schuld befreit“ werden, hat unter radikalen Linken in der BRD historische Vorläufer, die bis in die Zeit der Studentenproteste Ende der 1960er Jahre zurückreichen. 1969 forderte der Terrorist und Antisemit Dieter Kunzelmann westdeutsche Linke auf, ihren „Judenknax“ zu überwinden, „die faschistische Ideologie Zionismus“ zu begreifen und die palästinensische Terrororganisation Al Fatah zu unterstützen, die in ihrer Verfassung von 1964 als eines ihrer Ziele „die komplette Befreiung Palästinas“ angab und damit zur Vernichtung Israels aufrief.¹⁰

Die Parole „Free Palestine from German guilt“ geht in mehrfacher Hinsicht an der Realität vorbei. Sie spricht Palästinenser:innen Eigenverantwortung komplett ab, indem sie zum reinen Objekt der Geschichte gemacht werden. Zudem ignoriert sie den Terror der Hamas und anderer Gruppen, die Korruption der Hamas- und Fatah-Anführer, den Antisemitismus in der arabischen Welt und die vielen (Selbst)Mordanschläge auf israelische Zivilist:innen. Sie missachtet auch die historischen Fakten, wonach auch ausländische Freiwillige und „Hilfswillige“ sich an den deutschen Verbrechen beteiligten und somit eine Mitverantwortung an der Schoah haben. Unerwähnt bleibt dabei etwa die Rolle des Großmuftis von Jerusalem, des Palästinenserführers Amin al-Husseini, der als Kollaborateur der Nationalsozialisten ab 1941 von Deutschland aus aktiv für die Schoah geworben hatte und dabei half, muslimische SS-Divisionen auszubilden.¹¹

→ „Free Palestine from German Guilt!“ stellt eine weitere Variante der Forderung nach einem Schlussstrich unter die Beschäftigung mit der Schoah dar und ist als Aufforderung zu verstehen, sich dem „antikolonialen Befreiungskampf“ der Palästinenser:innen gegen Israel anzuschließen und die deutsche Unterstützung Israels einzustellen. In letzter Konsequenz würde diese Befreiung von „deutscher Schuld“ dazu beitragen, dass Israel, und damit der Schutzraum für Jüdinnen und Juden weltweit, dem Antisemitismus seiner Feinde ausgeliefert wäre. Mit ihrer Forderung eines Schlussstrichs tragen linke Aktivist:innen dazu bei, dass die Erinnerung an die Schoah weitere Risse bekommt. Dabei geraten sie in nächste Nähe zu rechten Akteur:innen, die seit Jahrzehnten gegen einen vermeintlichen „Schuldskult“ in Deutschland ankämpfen. Nicht umsonst sind Dirk Moses' Thesen von Martin Sellner, einem der Vordenker der rechtsextremen Identitären Bewegung, in der Zeitschrift „Sezession“ als „absolut lesenswert“ gepriesen worden.¹²

Der 7. Oktober und seine Auswirkungen auf Schulen in Bayern

Israelbezogener Antisemitismus war an vielen Schulen in Deutschland schon lange vor dem 7. Oktober Teil des schulischen Alltags.¹³ Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel und der darauffolgenden israelischen Militäroperation im Gazastreifen nahmen antisemitische Anfeindungen, Parolen und Verschwörungserzählungen, die einen Israelbezug aufweisen, in deutschen Klassenzimmern und Schulhöfen jedoch deutlich zu.¹⁴ Auch wenn die Lage regional unterschiedlich ist und entsprechende Studien noch fehlen, lässt sich dieser Trend auch für Bayern feststellen. Der israelbezogene Antisemitismus ist dabei sowohl unter Schülerinnen und Schülern als auch in der Lehrerschaft verbreitet.

In den ersten sechs Monaten nach dem Hamas-Angriff auf Israel dokumentierte RIAS Bayern 27 Vorfälle, die sich an Schulen in Bayern ereignet hatten. 15 von ihnen fielen in die Kategorie israelbezogener Antisemitismus. Auch wenn diese Zahlen nicht einmal annähernd die Realität abbilden, sind sie dreimal so hoch wie die fünf aus dem schulischen Bereich bekanntgewordenen Vorfälle mit Israelbezug in den Jahren 2019-2022 insgesamt. Was die Statistik nicht abbildet, sind die vielen Anfragen von ratsuchenden Eltern sowie Lehrkräften aus Sorge um Antisemitismus, die RIAS Bayern nach dem 7. Oktober erreichten, ohne dass es einen konkreten Vorfall gegeben haben muss. Nach wie vor sieht sich RIAS Bayern jedoch mit dem Problem konfrontiert, dass nur sehr wenige Schulen antisemitische Vorfälle melden, sei es aus Angst um den eigenen Ruf oder weil die Meldestelle nicht überall bekannt ist. Auch die allgemeine Arbeitsüberlastung, begünstigt durch den Lehrkräftemangel, mag eine Rolle spielen. Hinzu kommt, dass viele Lehrkräfte insbesondere israelbezogenen Antisemitismus, nicht erkennen oder ihn als „freie Meinungsäußerung“ oder „berechtigte Kritik“ bagatellisieren. Das trägt zu seiner gesellschaftlichen Normalisierung bei.

Bei den aktuellen Vorfällen an Schulen im Kontext des 7. Oktobers handelte es sich vor allem um Äußerungen, Parolen und grafische Darstellungen, die Israel sein Existenzrecht absprechen bzw. den Wunsch nach seiner Auslöschung zum Ausdruck brachten. Dazu zählte beispielsweise der Spruch „From the river to the sea, Palestine will be free“ oder die Verbreitung einer Landkarte, auf der das Land Israel als palästinensisches Gebiet gekennzeichnet war. Mehrmals wurde von Schülerinnen und Schüler Täter-Opfer-Umkehr betrieben, etwa, indem Israel der Aggression beschuldigt und gleichzeitig Verständnis für die Hamas geäußert wurde.

Angesichts der Tatsache, dass die meisten Schüler:innen ihr „Wissen“ über den Krieg im Gazastreifen aus den sozialen Medien beziehen, wo Bilder und Fake-Videos der Hamas-Propaganda dominieren, wird es für sie immer schwieriger, die Ursachen der aktuellen Militäroperation Israels gegen den Hamas-Terror zu verstehen und einzuordnen. Bilder von zerbombten Häusern und verletzten oder getöteten Palästinenser:innen, darunter Kinder, werden täglich ungefiltert und faktisch inkorrekt aufbereitet durch entsprechende Algorithmen auf Smartphones von Kindern und Jugendlichen gespült, während israelische Opfer und das Leid der Angehörigen der Geiseln meistens unsichtbar bleiben. Das führt dazu, dass sich viele Schülerinnen und Schüler mit den Palästinenser:innen identifizieren, zumal nicht wenige familiäre Hintergründe in Regionen haben, in denen Hass auf Israel und Juden und Jüdinnen eine lange Tradition hat und mitunter fester Bestandteil schulischer Lehrpläne ist.

Nürnberg, 20. November 2023

Auf einem Flucht- und Rettungsplan in einer Schule wurde ein antisemitischer Flyer gefunden. Darauf waren die Firmenlogos der US-amerikanischen Großkonzerne McDonald's, Starbucks und Coca-Cola sowie der Schriftzug „Stop Child Murderers“ zu sehen. Alle drei Unternehmen stehen im Mittelpunkt von Boykott-Aufrufen des israelfeindlichen Aktivismus, weil sie Israel tatsächlich oder vermeintlich unterstützen, indem sie dort unternehmerisch aktiv sind. Mitunter wähnt man diese Firmen in „jüdischen Händen“. Hier wird ihnen zusätzlich die Schuld am „Mord“ an palästinensischen Kindern gegeben – ein Rekurs auf die antijudaistische Kindermordlegende.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, antijudaistischer Antisemitismus

Viele jüdische Schülerinnen und Schüler in Bayern sind seit dem 7. Oktober einer doppelten emotionalen Belastung ausgesetzt. Einerseits müssen sie den Schock und die Trauer angesichts der mörderischen Gewalttaten der Hamas in Israel, wo sie oft familiäre und freundschaftliche Verbindungen haben, verarbeiten. Andererseits sehen sie sich mit einem zunehmend enthemmten Judenhass zuhause konfrontiert. Dies bestätigen auch Meldungen, die RIAS Bayern erhielt, sowie Gespräche und Interviews mit Eltern, Lehrkräften, Gemeindevertreter:innen und Jugendlichen. So erzählte eine 15-jährige jüdische Schülerin aus Schwaben in einem Interview mit RIAS Bayern, dass sie und ihre ebenfalls jüdische Freundin nach den Hamas-Massakern in Israel aus Vorsicht eine Woche lang nicht in die Schule

gegangen waren. Am Freitag nach dem 7. Oktober, am 13. Oktober 2023, rief die Hamas ihre Sympathisant:innen unter dem Codenamen „Freitag der Al-Aqsa-Flut“ zur weltweiten Gewalt gegen Juden, Jüdinnen und jüdische Einrichtungen auf. Dieser Name spielte auf den Codenamen für den terroristischen Überfall auf Israel an. Auf die Frage, ob sie seit dem 7. Oktober eine Zunahme an Antisemitismus feststelle, antwortete die 15-Jährige: „Ja, definitiv. Aber es wird darüber geschwiegen und Lehrer haben es auch nicht richtig thematisiert.“

Jüdische Kinder und Jugendliche werden auch für die Handlungen Israels verantwortlich gemacht, angefeindet und beschimpft. Hierbei handelt es sich um eine Verschränkung von antisemitischem Othering und israelbezogenem Antisemitismus. Auch davon berichtete die 15-jährige Schülerin in dem Interview:

„Wir haben ein paar muslimische Mitschüler in der Klasse, es gibt gewisse Spannungen zwischen uns, weil beide Seiten wissen, wer welche Meinung hat. Eine deutsch-türkische Mitschülerin ist richtig aggressiv. Nach dem 7. Oktober hat sie angefangen, im Unterricht Israelhetze zu betreiben. Sie meinte, dass das Volk Palästinas die ganze Zeit unterdrückt werde, sich unabhängig machen wolle und Israel Kinder ermorde. Das war an mich gerichtet.“

Als Reaktion auf die steigende Gefahr durch antisemitische Übergriffe und verbale Attacken nach dem 7. Oktober geben sich viele junge Jüdinnen und Juden in Bayern kämpferisch. Andere wiederum verschweigen lieber ihre jüdische Identität, wie eine 21-jährige angehende Lehrerin RIAS Bayern in einem Interview erzählte:

„Ich sag es eigentlich ungern, dass ich jüdisch bin, vor allem nach dem 7. Oktober, aber auch davor, weil ich Angst habe vor den Reaktionen. Wenn ich mich öffne, dann wirklich nur gegenüber Menschen, denen ich vertraue oder mit denen ich schon länger Kontakt habe. [...] Auch meinen Davidstern trage ich gar nicht mehr und habe ihn auch davor immer eher unter meinem Oberteil getragen. Ich bin sehr vorsichtig.“

Israelfeindliche Protestcamps in Bayern

Am 17. April 2024 besetzten antiisraelische Aktivist:innen den Campus der Columbia University in New York City und errichteten ein Protestcamp. Ihre Forderungen umfassten unter anderem den akademischen Boykott israelischer Wissenschaftler:innen und Institutionen sowie den Abzug von Investitionskapital aus Israel. Die Ziele gleichen in Teilen denen der BDS-Bewegung, die sich für einen generellen Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegenüber dem jüdischen Staat einsetzt. Bald folgten weitere Camps an Universitäten in den USA, Kanada, Australien und Europa. Viele Besetzungen bezogen sich dabei explizit auf das Camp an der Columbia University.

Jüdische Studierende wurden bedrängt, beschimpft und beleidigt, mancherorts gar mit offenen Todesdrohungen und Gewalt konfrontiert. In der Folge blieben viele dem Campus fern. Die Verunsicherung und Angst vor körperlichen und verbalen Attacken führte oft dazu, dass jüdische Studierende ihre Identität versteckten.¹⁵ Auch in Bayern wurden in mehreren Städten Protestcamps errichtet, das größte in der Landeshauptstadt. Deshalb liegt der Schwerpunkt der folgenden Betrachtungen auf dem Camp in München.

Oberbayern

Unter dem Motto „Free Palestine: From Columbia to Munich“ solidarisierten sich am 3. Mai 2024 verschiedene politische Gruppen vor der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) mit den Protesten in den USA und forderten eine Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Münchner Universitäten und Bildungseinrichtungen in Israel. Israel wurde mehrfach als Apartheid- bzw. Kolonialstaat bezeichnet, auch „Kindermörder Israel“ wurde skandiert.

Eine Woche später, am 10. Mai, versuchten Aktivist:innen aus dem Umfeld von „Palästina spricht München“, „Klasse gegen Klasse“ bzw. die Universitätsgruppe „Waffen der Kritik“ (beide sind Teil der trotzkistischen Kleinstgruppe „Revolutionäre Internationalistische Organisation“, kurz RIO) und dem „Unikomitee München für Palästina“ erfolglos ein unangemeldetes Protestcamp auf dem Geschwister-Scholl-Platz vor der LMU zu errichten. Die meisten dieser Gruppen haben personelle Überschneidungen. Aufgrund der geringen Anzahl an Personen und dem konsequenten Einschreiten der Polizei mussten die Zelte bereits nach kurzer Zeit wieder abgebaut werden.

Nachdem der Versuch gescheitert war, in München ein Camp in einem Akt zivilen Ungehorsams zu errichten, wurde am 13. Mai ein solches durch eine Anmeldung beim Kreisverwaltungsreferat und einem Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ermöglicht. Letzteres war notwendig, da die Stadt München bis zuletzt versucht hatte, ein Camp in unmittelbarer Nähe zur Universität rechtlich zu unterbinden. Ursprünglich nur für drei Tage angemeldet, besteht die Dauerversammlung am Professor-Huber-Platz vor der LMU bis Redaktionsschluss über zwei Monate.

Das Camp fungiert seitdem als Anlaufstelle für das antiisraelische Protestgeschehen in der Landeshauptstadt. Die zuvor fast wöchentlich stattfindenden Mahnwachen der Gruppe „Palästina Spricht München“, die fünf Monate lang fast jeden Mittwoch abgehalten wurden, gingen in den Campaktivitäten auf. Die auf den Mahnwachen verwendeten Palästinafahnen mit der Aufschrift „End Israeli Apartheid Free Palestine“ gehören zur ständigen Ausstattung des Camps. Seit etwa Mitte Juli werden die Kundgebungen auch wieder in der Innenstadt abgehalten.

Neben den Kundgebungen und Mahnwachen, die nun fast ausschließlich am Professor-Huber-Platz stattfanden, gab es im Laufe des Camps diverse Workshops und Vorträge. Neben lokalen Aktivist:innen referierten dort auch externe Gäste live oder via Videocall, darunter die Autorin Helga Baumgarten und der Autor Norman Finkelstein. Während erstere in ihrer Rede im Camp den Staat Israel wiederholt mit den Attributen „Siederkolonialismus“ und „Apartheid“ delegitimierte, sagte Norman Finkelstein in seiner Live-Zuschaltung: „And however, even as I condemn what was done, the horrors of October 7, I will not condemn those who perpetrated the horror“. Den Gazastreifen bezeichnete er dabei als „concentration camp“.

Ein nennenswerter personeller Zuwachs in der israelfeindlichen Protestszene in München durch das Camp konnte nicht festgestellt werden. Insbesondere der Versuch, ähnliche Mobilisierungserfolge wie an den US-amerikanischen Universitäten zu erzielen, war nicht sehr erfolgreich. Ein Indikator hierfür waren die Wahlen für die Fachschaftsvertretungen an der LMU am 18. Juni 2024. Trotz höherer Wahlbeteiligung entfielen auf die trotzkistische Gruppe „Waffen der Kritik“, die maßgeblich an der Organisation und Durchführung des Camps beteiligt war, weniger Stimmen als noch bei der Wahl 2023. Dadurch verlor die Gruppierung einen Sitz und ist nur noch mit einem Mandat in der Fachschaft Soziologie vertreten.

Auch in anderen Regierungsbezirken fanden israelfeindliche Camps an den Universitäten statt, jedoch kurzlebiger und kleiner als das Camp in München. Im Folgenden ein Überblick:

Mittelfranken

Die Gruppe „Students4Palestine FAU Erlangen-Nürnberg“ errichtete im Juli auf dem Langemarkplatz vor der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen ein temporäres Camp. Das Logo der Initiative, das auf einem Transparent gezeigt wurde, zeigt eine Karte, die Palästina darstellen soll. Neben dem Westjordanland und dem Gazastreifen umfasst das Gebiet auch das israelische Kernland. Der jüdische Staat soll demnach nicht mehr existieren. Auch auf diversen Sharepics in den sozialen Medien, mit denen Veranstaltungen im Camp beworben wurden, wurden ebenfalls solche Kartendarstellungen verwendet.

Unterfranken

Zeitgleich mit dem Camp in Erlangen startete ein solches auch vor der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Es dauerte nur fünf Tage und wurde von den „Students for Palestine Würzburg“ organisiert. Am Infotisch wurde u. a. ein Flugblatt der trotzkistischen Kleinstpartei „Revolutionäre Kommunistische Partei“ ausgelegt, darin hieß es: „Freiheit für Palästina! Globalize the → *Intifada* until victory!“. Zudem wurde Israel Apartheid unterstellt. Ein geplanter Videocall im Camp mit einer Hisbollah-Sympathisantin wurde nach öffentlicher Kritik der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Würzburg abgesagt.

Oberpfalz

Anders als in den anderen Städten fand das Camp in Regensburg nicht in unmittelbarer Umgebung der örtlichen Universität statt. Die Gruppe „Students4Palestine Regensburg“ schlug ihre Zelte vom 7. bis zum 14. Juli am Schwanenplatz auf. Wie auf den meisten israelfeindlichen Veranstaltungen war auch hier der Genozid-Vorwurf allgegenwärtig.

Auch wenn die Camps in Bayern der antiisraelischen Szene wohl keine nennenswerte Zahl neuer Mitstreiter:innen gebracht haben, stellten sie für Jüdinnen und Juden sowie für israelsolidarische Personen eine stete latente Bedrohung dar.

- 1 Vgl. <https://ajcgermany.org/de/broschuere/antisemitismus-deutschland-eine-repraesentativbefragung>
- 2 Vgl. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST-Expertise_Antisemitismus_unter_Menschen_mit_Migrationshintergrund_und_Muslimen.pdf
- 3 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/wegen-hamas-posting-muenchner-imam-muss-geldstrafe-zahlen,UfJFSrR>
- 4 Dem Satz „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ stimmten 2023 in Deutschland in Umfragen 43 Prozent der befragten Personen zu. Der Anteil an Zustimmungen war in Deutschland höher als der Durchschnitt in den sieben untersuchten europäischen Ländern (38 Prozent). <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/religionsmonitor/projekt-nachrichten/antisemitismus-und-rassismus-der-nahost-krieg-offenbart-risse-in-der-deutschen-gesellschaft>
- 5 Die Schoah-verharmlosende Gaza-Ghetto-Gleichsetzung geriet im Dezember 2023 international in die Schlagzeilen, nachdem sie von der US-amerikanischen Journalistin Masha Gessen in ihrem vom New Yorker veröffentlichten Essay unter dem Titel „In the Shadow of the Holocaust“ verwendet wurde. Gessen schrieb dort unter anderem, dass Gaza in den vergangenen Jahren zu einem jüdischen Ghetto in einem von den Nazis besetzten osteuropäischen Land geworden sei. Dieses werde jetzt von Israels Armee liquidiert. Auf die von der Hamas verübten Pogrome ging sie kaum ein. <https://www.newyorker.com/news/the-weekend-essay/in-the-shadow-of-the-holocaust>
- 6 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170>
- 7 RIAS Berlin hat die Parole bereits 2021 dokumentiert: https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Berlin_-_Monitoring_-_Stop_doing_what_Hitler_did_to_you.pdf
- 8 <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>
- 9 Deutschlands Unterstützung ist so festgefügt nicht, wie behauptet wird. Schon Ende Oktober 2023, bei einer Abstimmung über eine UN-Resolution für eine sofortige Waffenruhe in Gaza, die mit keinem Wort den Hamas-Terror als Auslöser des Krieges nannte, enthielt sich Deutschland seiner Stimme. Tschechien, Ungarn und Österreich etwa stimmten dagegen: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/israel-kritik-deutschland-un-resolution-100.html>. Auch warnte das Auswärtige Amt Israel Mitte Juli 2024, dass Israel sich mit dem Beschluss der Knesset gegen einen eigenen palästinensischen Staat in der Weltgemeinschaft isoliere und seine Sicherheit aufs Spiel setze. Die große Gefahr, dass ein palästinensischer Staat von der Hamas als Operationsbasis für weitere Angriffe, die sie bereits angekündigt hat, benutzt werden könnte, erwähnte das Auswärtige Amt nicht. <https://www.n-tv.de/ticker/Auswaertiges-Amt-Israels-isoliert-sich-selbst-article25101367.html>
- 10 Dieter Kunzelmann (1939–2018) war einer der Gründer und Anführer der extrem linken Terrorgruppe Tupamaros-Westberlin, die 1969 einen Bombenanschlag auf die Jüdische Gemeinde in Westberlin verübte. Durch eine fehlerhafte Zündung missglückte das Attentat. Zum Weiterlesen: https://report-antisemitism.de/documents/2022-09-07_Post-Schoah-Antisemitismus_in_Bayern.pdf, S. 78
- 11 Das Argument, Deutsche mit migrantischem Hintergrund hätten kaum Bezug zur deutschen Geschichte, kann ohnehin nicht überzeugen – allein angesichts der Herkunftsländer der sogenannten Gastarbeiter, die in vielen Fällen Erfahrungen von deutscher Besatzung, eigenem Widerstand oder auch antisemitischer Kollaboration mitbrachten. Auch die Verbindung arabischer und islamischer

Vertreter mit dem Naziregime ist ein weitgehend ausgeklammertes Kapitel der Erinnerungskultur. Ebenso wenig bekannt ist die Tatsache, dass auf der Seite der Alliierten auch arabische und muslimische Soldaten kämpften.

12 <https://sezession.de/64268/postkoloniale-angriffe-auf-den-auschwitz-mythos>

13 Zu diesem Befund kam eine 2017 und 2019 durchgeführte Studie an 171 Schulen in Deutschland. Nachzulesen in Julia Bernstein: *Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde-Analysen-Handlungsoptionen* (Beltz-Juventa Verlag), 2020

14 <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/lehrer-chef-warnt-vor-wachsendem-antisemitismus-an-schulen-45666382>

15 An der Northeastern University in Boston riefen antiisraelische Demonstrierende im April 2024 unter anderem „tötet die Juden“. An der Yale University in New Haven wurde einer jüdischen Studentin ins Auge gestochen. Allein in den USA ist die Zahl der antisemitischen Vorfälle auf über 1000 angestiegen. Der traurige Höhepunkt der antisemitischen Campusproteste in Deutschland war der Fall Lahav Shapira: Im Februar 2023 wurde der jüdische Student der Freien Universität (FU) von einem Kommilitonen krankenhaushausreif geschlagen. <https://www.deutschlandfunk.de/rund-100-festnahmen-bei-raeumung-von-pro-palaestinensischem-protestcamp-an-bostoner-uni-100.html>; <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/wie-ein-boeser-traum/>; <https://jungle.world/artikel/2023/48/juedische-studierende-verstecken-ihre-identitaet-wiederhaeufiger>; <https://www.deutschlandfunk.de/rund-100-festnahmen-bei-raeumung-von-pro-palaestinensischem-protestcamp-an-bostoner-uni-100.html>

Einschätzungen und Erfahrungen bayerischer Jüdinnen und Juden

Jedes Mal, wenn es im Nahen Osten zu Kampfhandlungen mit israelischer Beteiligung kommt, hat dies konkrete Auswirkungen auf das Leben von Jüdinnen und Juden weltweit, auch in Bayern. Sie werden oft für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht oder dazu gedrängt, „Stellung zu beziehen“. Antisraelische Berichterstattung und aggressive Kundgebungen verschärfen die ohnehin angespannte Sicherheitslage jüdischer Gemeinden, denen dieser Kreislauf bereits wohlbekannt ist. Der 7. Oktober 2023 stellt jedoch eine Zäsur dar: Die israelfeindliche und antisemitische Stimmung hat eine neue Qualität erreicht, die die jüdische Gemeinschaft erschüttert.

An dieser Stelle berichten bayerische Jüdinnen und Juden, wie sie die Situation seit dem 7. Oktober wahrnehmen, welche positiven wie negativen Erfahrungen sie gemacht haben und welche Strategien gegen Antisemitismus sie für sinnvoll erachten.¹ Zusätzlich haben wir zu Dokumentationszwecken die Beiträge von bayerischen Jüdinnen und Juden aus der Broschüre *„From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021* erneut abgedruckt. Im Vergleich wird deutlich, wie sich die Situation weiter verschärft hat.

1 Bei den Gastbeiträgen handelt es sich um Meinungsäußerungen der jeweiligen Autor:Innen, die nicht notwendigerweise Positionen von RIAS Bayern darstellen.

Ron Dekel ist Vorstand für
Öffentlichkeitsarbeit des Verbands
jüdischer Studenten in Bayern
(VJSB)



In ganz Deutschland sprießen die „palästinensischen“ Camps vor Universitäten aus dem Boden. Auch Bayern bleibt von diesem Phänomen nicht verschont. Mittlerweile gibt es sie in München, Erlangen, Regensburg und Würzburg. Für mich und viele andere jüdische Studierende ist es eine beängstigende Situation. Die meisten von uns haben Freunde und Familie in Israel und kennen Menschen, die von dem Terror der Hamas direkt betroffen waren und sind. Oft wird übersehen, dass der Krieg auch viele israelische Opfer fordert und immer noch über 120 Menschen von der Hamas als Geiseln gehalten werden.

Die Camps in Deutschland haben ähnliche, wenn nicht sogar identische Forderungen, wie das Ende aller Kooperationen mit israelischen Universitäten. Forderungen, die klar machen, dass es hierbei um mehr als

Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung geht. Oft wird der „Protest“ an der Columbia University als Vorbild genommen. Einer Universität, an der sich jüdische Studierende nicht sicher fühlen können und ihnen deshalb geraten wird, an Vorlesungen online teilzunehmen. Nach genau diesem Vorbild werden jetzt auch an bayerischen Universitäten Hörsäle besetzt, antisemitische Slogans skandiert, das Existenzrecht Israels negiert und zur „Intifada“ aufgerufen, also zu Terror gegen Jüdinnen und Juden. Eine Distanzierung von der Hamas findet in den meisten Fällen nicht statt. Im Gegenteil: Die Hamas und deren Taten werden als legitimer Widerstand betitelt.

Selbstredend löst das in uns ein Unsicherheitsgefühl aus. Vor allem, weil viele Universitäten es versäumt haben, sich nach dem 7. Oktober klar mit jüdischen Studierenden

zu solidarisieren. Derartige Bekundungen wurden oftmals erst veröffentlicht, nachdem antisemitische Vorfälle im Universitätskontext bekannt wurden. Dieses Unsicherheitsgefühl mündet darin, dass einige jüdische Studierende auch in Bayern keine Vorlesungen mehr besuchen oder ihre jüdische Identität am Campus verstecken. Ich greife mir jetzt nicht mehr nur nachts in der U-Bahn an die Brust, um sicherzustellen, dass meine Davidsternkette weiterhin unsichtbar unter meinem Shirt versteckt ist, sondern auch montags in der Vorlesung.

Das Privileg, für die meisten anderen Studierenden selbstverständlich, in Vorlesungen abzuschalten und in Gedanken zu schwelgen, wurde Jüdinnen und Juden an den Universitäten genommen. Immer muss man fürchten, dass der omnipräsente Nahostkonflikt angesprochen wird und eine antisemitische Bemerkung von Mitstudierenden oder gar Lehrbeauftragten fällt. Es ist unter diesen Umständen also kaum möglich, sich ganz auf das Studium zu konzentrieren.

Nicht nur ich habe in und außerhalb der Universität viele Freunde verloren, weil antisemitische Aussagen gefallen sind. Aussagen, die nach dem größten Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa nicht mehr einfach überhört werden können.

Deshalb bin ich maßlos enttäuscht über die Reaktionen vieler Hochschulen und Teile der Zivilgesellschaft, die sich nicht klar an der Seite jüdischer Studierender positionieren. An meiner Universität werden Hochschulgruppen gewählt, die nach dem Blutbad am 7. Oktober von einem Befreiungskampf der Hamas sprechen und gleichzeitig das Protestcamp organisieren. An jenem Camp,

„Es fühlt sich so an, als würden viele Universitäten in Deutschland ihrer historischen Verantwortung nicht gerecht werden.“

an dem man jeden Tag vorbeigehen muss, um in die Uni zu kommen. Vorbei an Landkarten, welche das Existenzrecht Israels und somit die Identität von Studierenden aus Israel negieren. Diese Gruppierung ist demokratisch gewählt und prägt den Diskurs innerhalb der Uni mit. Hier fehlt jegliche Verurteilung und Distanzierung von Unileitung und Studierendenschaft.

An solche und ähnliche Vorfälle wird man täglich durch die „Belagerung der Uni“ erinnert, wenn man Vorlesungen besucht. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, sich sicher zu fühlen und in Ruhe zu studieren.

Es fühlt sich so an, als würden viele Universitäten in Deutschland ihrer historischen Verantwortung nicht gerecht werden.

Deshalb wird es für Politik und Gesellschaft Zeit, aktiv zu werden, damit Jüdinnen und Juden sich sicher fühlen können und ihre Identität und Religion nicht verstecken müssen. Besonders Hochschulen, Institutionen, in denen der Diskurs maßgeblich geprägt wird, sollten alles dafür tun, damit alle Studierenden einschließlich Jüdinnen und Juden in Sicherheit forschen und lernen können. Deshalb ist es besonders hier wichtig, für Vielfalt und Toleranz einzustehen und Antisemitismus verstärkt zu bekämpfen. ▼

Generalkonsulin **Talya Lador-Fresher** leitet seit Anfang September 2023 das Generalkonsulat des Staates Israel für Süddeutschland in München.



Seit dem 7. Oktober 2023 ist für Israelis und Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt nichts mehr, wie es war. An diesem Tag griffen Terroristen der Hamas aus dem Gazastreifen Israel an. Sie ermordeten mehr als 1200 Menschen und entführten über 240 Personen in den Gazastreifen. Tausende Raketen wurden auf Israel abgeschossen.

Während es vor allem kurz nach dem schrecklichen Massaker am 7. Oktober zu Solidaritätsbekundungen mit Israel und Jüdinnen und Juden kam, folgten auch nahezu direkt antisemitische Reaktionen. Bereits in den Tagen nach dem 7. Oktober gab es sogenannte „pro-palästinensische“-Kundgebungen, die vielerorts vielmehr „pro-Terror“-Kundgebungen waren und auf denen zahlreiche antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden.

Viele scheinen den Grund für den israelischen Verteidigungskrieg mittlerweile verdrängt und vergessen zu haben. Stattdessen haben wir es inzwischen mit einer bizarren Täter-Opfer-Umkehr zu tun, die aus einer gefährlichen Mischung aus Naivität, Ignoranz und Judenfeindlichkeit resultiert. Dass sich der Staat Israel gegen Vorwürfe des „Kindermordes“ und „Genozides“ wehren muss ist absurd, verletzend und antisemitisch zugleich.

Europa, Deutschland und Bayern sind von einer Welle antiisraelischer und antisemitischer Ressentiments erfasst worden. Jüdinnen und Juden schlägt ein zunehmend rauer Wind entgegen. Die Zahl antisemitischer Vorfälle ist in den vergangenen Monaten stark angestiegen. Leidtragende ist die jüdische Gemeinschaft hierzulande,

bayerische jüdische Gemeindemitglieder sind ebenfalls von den antisemitischen Anfeindungen nicht verschont geblieben. Auch das Generalkonsulat erhielt in den letzten Monaten hunderte antisemitische Nachrichten und Kommentare in den Sozialen Medien, in denen unter anderem das Massaker des 7. Oktober als „legitimer Akt des Widerstandes“ verklärt wurde und zum Boycott und zur Vernichtung Israels aufgerufen wurde. Im Mai 2024 wurde eine Flasche mit einer Gewehrkugel auf das Gelände des Generalkonsulates geworfen. Am 5. September schoss ein mutmaßlicher Islamist mit einem Gewehr auf das Konsulat und das NS-Dokumentationszentrum.

Diese Aufrufe und Angriffe sind keine legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung. Sie sind purer Hass und ganz eindeutig Antisemitismus. So etwas darf nicht einfach hingenommen werden, sondern muss zu einem öffentlichen Aufschrei in der gesamten Bevölkerung führen.

Was wir stattdessen derzeit erleben, ist, dass Antisemitismus nicht nur, wie lange Zeit von vielen angenommen, aus rechtsextremen Kreisen kommt. Antisemitismus ist aus dem verschwörungsideologischen und dem linken bzw. antikolonialistischen Spektrum ebenfalls steigend und scheinbar salonfähig geworden. Auch aus radikal-islamistischen Kreisen erleben wir steigenden Israelhass und Antisemitismus.

Viele Jüdinnen und Juden, viele Israelis in Europa, Deutschland und in Bayern haben Angst, mit jüdischen Symbolen wie einem Davidstern oder einer Kippa auf die Straße

zu gehen. Sie haben Angst, in der Öffentlichkeit mit ihren Kindern hebräisch zu sprechen. Jüdische Studierende haben Angst, an sogenannten „Palästina-Camps“, wie in München vor der LMU, vorbei in die Universität zu gehen und an ihren Lehrveranstaltungen teilzunehmen.

Diese Entwicklungen bereiten mir Sorge und lassen mich mit einem beklemmenden Gefühl zurück. Insbesondere in dieser schweren Zeit ist es für Israelis und Jüdinnen und Juden in Bayern wichtig, mit RIAS einen zuverlässigen Ansprechpartner zu haben, an den sie sich bei antisemitischen Vorfällen wenden können. Auch wir als Generalkonsulat danken dem Team von RIAS und seiner Leiterin, Annette Seidel-Arpaci, für die wichtige Arbeit und die Unterstützung im Kampf gegen antisemitische Vorfälle, vor allem seit dem 7. Oktober. ▼

„Am 5. September schoss ein mutmaßlicher Islamist mit einem Gewehr auf das Generalkonsulat und das NS-Dokumentationszentrum.“

Guy Katz ist Professor für International Management an der Fakultät für Tourismus der Hochschule München, kommt aus Israel und organisiert den „Run for their Lives“ in München.



Seit dem 7. Oktober haben antisemitische Vorfälle in Bayern signifikant zugenommen. Die Gruppe „Run for their Lives“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, jeden Sonntag für die Freilassung der Geiseln in der Gewalt der Hamas und ihrer Helfer zu laufen und dabei auch gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen.

Wir laufen wöchentlich durch die Straßen Münchens, wobei wir im Durchschnitt ein bis zwei antisemitische Vorfälle erleben. Obwohl die Läufe friedlich und unpolitisch sind, stoßen wir regelmäßig auf Anfeindungen. Besonders häufig werden wir durch laute arabische Musik und aggressive Beschimpfungen belästigt. Diese Feindseligkeiten schlagen uns entgegen, obwohl wir keine politischen Aussagen zum Krieg, Israel oder Palästina machen.

Ein besonders schwieriger Tag war der 8. März, der internationale Weltfrauentag. Wir wollten unsere Solidarität mit Frauen weltweit zeigen und uns der großen Demonstration am Marienplatz anschließen. Trotz intensiver Vorbereitungen stießen wir auf Widerstand. Es wurde uns signalisiert, dass unsere Teilnahme nicht von allen Organisationen gewünscht sei. Um Konflikte zu vermeiden, verzichteten wir auf das Zeigen von Flaggen und beendeten unsere Demonstration offiziell vor dem Marienplatz. Dennoch wurden wir von israelfeindlichen Demonstranten lautstark beschimpft und von der Bühne abgeschirmt, sodass wir schließlich aus Sicherheitsgründen die Veranstaltung verlassen mussten.

Auch nach den Demonstrationen endeten die Anfeindungen nicht. Mehrere Mitglieder

unserer Gruppe, darunter auch ich, wurden in sozialen Netzwerken direkt angegriffen. Israelfeindliche und linksextreme Gruppierungen verbreiteten Fotos der Demonstranten und diffamierten sie. Diese Angriffe fanden trotz der klaren, unpolitischen Ausrichtung unsererseits statt: Wir setzen uns ausschließlich für die Freilassung der Geiseln ein.

Die Polizei zeigt sich bei den Demonstrationen zwar hilfsbereit, nimmt Personalien der Angreifer auf und unterstützt bei der Aufnahme von Anzeigen. Dennoch können sie nicht verhindern, dass die Teilnehmer immer wieder Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen werden. Wir lassen uns jedoch nicht einschüchtern und werden unsere Läufe fortsetzen, bis die Geiseln frei sind. Wir wollen unsere Botschaft friedlich und still vermitteln.

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle in Bayern seit dem 7. Oktober stellt ein ernstes Problem dar. Es betrifft nicht nur die jüdische Gemeinschaft, sondern fordert die gesamte Gesellschaft dazu auf, entschieden gegen Intoleranz und Hass vorzugehen. Die Erfahrungen unserer Gruppe „Run for their Lives“ verdeutlichen die Notwendigkeit eines stärkeren gesellschaftlichen Engagements gegen Antisemitismus und für den Schutz von Minderheiten. ▼

„Ein besonders schwieriger Tag war der 8. März, der internationale Weltfrauentag. Wir wollten unsere Solidarität mit Frauen weltweit zeigen und uns der großen Demonstration am Marienplatz anschließen. Trotz intensiver Vorbereitungen stießen wir auf Widerstand. Es wurde uns signalisiert, dass unsere Teilnahme nicht von allen Organisationen gewünscht sei.“

Michael Wolffsohn ist Historiker und Publizist.

Der folgende Text stammt aus seinem Buch „Nie wieder? Schon wieder! Alter und neuer Antisemitismus.“, erschienen im Verlag Herder, dem wir für seine freundliche Abdruckgenehmigung danken.



Bild: Diskutant1965, CC BY-SA 4.0, wikimedia.org

Seit den späten 1960er Jahren sind Deutschland und Westeuropa Nebenschauplätze der Nahostkonflikte, besonders des arabisch-iranisch-israelischen. Vom islamistischen Terror gefährdet sind dabei alle, doch Juden ganz besonders, im Prinzip alle Juden. Das bedeutet: Gegenwärtiges deutsches Gedenken an Diskriminierung und Liquidierung von Juden ist ohne die muslimische Dimension nicht mehr denkbar. Das gilt erst recht - obwohl nicht nur in Deutschland willentlich ignoriert oder dementiert - für die historische und theologische Dimension.

Zur theologischen Dimension: Im Koran, Sure 5, Vers 60, sowie in der mündlichen Überlieferung, der Sunna, ist der Hass auf das Judentum unbestreitbar. Juden als Affen und Schweine! Ich verzichte auf weitere Belege. Es gibt sie zuhauf, trotz deutlich

sanfterer Aussagen. Wer das bestreitet, kennt die Materie nicht.

Bei der *historischen Dimension* verbinde ich die historisch-politische Makro- mit der familiären Mikroebene. Wie die Wolffsohns konnte meine mütterliche Familie Saalheimer im März 1939, also im letzten Augenblick, Hitlers Deutschland entkommen. Mein Berliner Großvater Karl Wolffsohn war von August 1938 bis Februar 1939 in sogenannter Schutzhaft der Gestapo. In der Pogromnacht 1938 war er tatsächlich vor dem Mob sozusagen „geschützt“ - ausgerechnet von der mörderischen Gestapo. Mein Bamberger Großvater Justus Saalheimer wurde am 9. November 1938 in seinem Heim überfallen, geschlagen, nur mit Unterhosen bekleidet aus der Wohnung gezerrt und dann ins KZ Dachau verschleppt. Es folgte die zwingend

an die Ausreise aus Deutschland verknüpfte Freilassung beider Großväter. Unter Zurücklassung ihres gesamten Vermögens. Versteht sich.

Flucht nach Britisch-Palästina. Dort tobte vom April 1936 bis zum April 1939 der „Arabische Aufstand“, sprich: der Krieg der Palästinenser gegen die britische Mandatsmacht sowie vor allem gegen die Juden in Palästina. Ihr Anführer war Amin al-Husseini, seines Zeichens Großmufti von Jerusalem. Er war geistlicher und zugleich politischer Führer der Palästinenser. Heute würde man ihn einen Islamistenführer nennen.

Die Saalheimers wohnten in unmittelbarer Nähe von Sarona, einer Siedlung der aus Württemberg stammenden pietistischen Templer. Keine angenehme Nachbarschaft, denn 17 Prozent der damals in Palästina lebenden Templer waren NSDAP-Mitglieder. Nicht nur sie, fast alle Templer unterstützten die Palästinenser im Kampf gegen Juden und Briten. Beide hielten Juden und Briten für ihre Feinde.

Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Britisch-Palästina donnerten täglich Bomben auf die Saalheimers und ihre Tel Aviver Nachbarn. Wie für alle Juden in Zion bedeutete auch für die Saalheimers Flucht nicht automatisch Sicherheit. Seit dem 7. Oktober 2023 weiß, wer wissen will: Noch immer ist das Leben der Juden Israels Existenz auf Widerruf.

Die Rolle von Jerusalems Großmufti, dem Palästinenserführer Amin al-Husseini, habe ich erwähnt. Ergänzt sei, dass er im Mai 1941 mit anderen Nationalisten und Islamisten

einen prodeutschen Aufstand gegen die in Palästina stationierten Briten anzettelte. Auf die vielen anderen historischen Belege für die enge Partnerschaft von arabischen und islamischen Akteuren mit NS-Deutschland und -Deutschen bis und lange nach dem Holocaust sei hier verzichtet. Vergessen sollten wir auch nicht die illegale Partnerschaft deutscher Firmen bei der Fastvollendung der Atombombe von Iraks Diktator Saddam Hussein. Den atomaren Holocaust des Jüdischen Staates verhinderten am 6. Juni 1981 israelische Bomber. Sie zerstörten den Atommeiler bei Bagdad. Bonn gab sich „betroffen und bestürzt“. Die illegale Giftgasproduktion deutscher Firmen für den Irak in den folgenden 20 Jahren zu verhindern, gelang selbst der israelfreundlichen Helmut-Kohl-Regierung zunächst nicht. Das schaffte sie erst, nachdem 42 irakische Raketen im Januar und Februar 2001 in Israel eingeschlagen waren.

„Zur Aufarbeitung der deutschen NS-Geschichte gehört also auch die Kollaboration von Muslimen. Eine solche Aufarbeitung bedeutet keine antiislamische Provokation, sondern eine notwendige Reflexion über eine, wohlgemerkt, gemeinsame Aktion.“

Zur Aufarbeitung der deutschen NS-Geschichte gehört also auch die Kollaboration von Muslimen. Eine solche Aufarbeitung bedeutet keine antiislamische Provokation, sondern eine notwendige Reflexion über eine, wohlgemerkt, gemeinsame Aktion. Die bisher in und von Deutschland als rein einheimisch deutsch praktizierte Aufarbeitung der NS-Zeit führt zwangsläufig bei unseren muslimischen Bürgern zu dieser Wahrnehmung: „Geht mich nichts an. Müssen und sollen die Nachfahren der Altdeutschen unter sich ausmachen.“ Eben nicht. Und gerade dieses „Eben nicht“ kann, wenn gemeinsam angepackt, ein gemeinsames Bewusstsein schaffen.

Zur historisch-politischen Dimension arabisch-deutscher Kooperation gehört ebenfalls die Kollaboration der RAF und anderer deutscher Linksterroristen (sowie der Schar ihrer Sympathisanten) mit dem palästinensisch-arabischen und internationalen Terrorismus. Ein geplanter und gottlob missglückter, von den meisten längst vergessener deutsch-palästinensischer Terrorakt führt zum 9. November 1969. Damals versuchten die „Tupamaros Westberlin“ ein Bombenattentat auf Heinz Galinski, den damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Es war der erste sichtbare Hassbeweis des deutschen Linksterrorismus und -extremismus gegen Juden und, ja, Israel. Sagt jemand, dass Linksextremisten oder sowjetorientierte Linke gegen Judenhass immun wären? Wenn ja, sei an die judenmörderische Politik Stalins erinnert; an die zu zahlreichen Hinrichtungen führenden antijüdischen Schauprozesse im Ostblock, auch in der DDR; an die enge

Zusammenarbeit der DDR mit palästinensischen und anderen arabischen Terroristen.

Trotz allem und nach allem im „Dritten Reich“ sowie danach: Diese Bundesrepublik ist für mich ein gutes Deutschland, obwohl, neben anderen Defiziten, von einer Willkommenskultur gegenüber den wenigen deutschjüdischen Rückkehrern nach 1945 keine Rede sein konnte. Das erfuhr zum Beispiel der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, das erfuhr Richard Kornitzer, faktenbezogen, fiktional verdichtet, in Ursula Krechels Roman „Landgericht“, und seit 1949 auch mein Großvater Karl Wolffsohn.

Abgesehen von einer Ausnahme scheiterte er mit all seinen Rückgabe- und Entschädigungsbemühungen seinerzeit an der bundesdeutsch-braunen Justiz und starb, wörtlich, an gebrochenem Herzen. Meinem 1954 zurückgekehrten Vater erging es ähnlich. Er wurde schließlich depressiv.

Nach zwölf Prozessjahren verfügte der Bundesgerichtshof 1962, dass Max Wolffsohn der Dresdner Bank eine Ehrenerklärung zukommen lassen müsse. Sie hätte bei der „Arisierung“ der seinerzeit weltberühmten Varietés „Scala“ und „Plaza“, deren Mitbegründer und Miteigentümer Karl Wolffsohn gewesen war, nicht aus politischen, sprich: antisemitischen Motiven heraus gehandelt. Außerdem wurde mein Vater wegen „Rufmordes“ zu einer Strafzahlung von 30 000 DM an das Finanzinstitut verurteilt, und 1965 erlebte mein Vater die quasi zweite Arisierung des familiären Anwesens am Zehlendorfer Stölpchensee.

Wie unterschiedlich individuelle Erfahrungen mitunter sind, zeigt der erste Besuch meiner mütterlichen Großeltern in Bamberg 1951. Bei ihrer einstigen Pelzhändlerin wollten sie einfach so vorbeischaun. „Einen Moment, Frau Saalheimer“, sagte die mittelalte Dame und ging nach hinten. „Diesen Pelz haben Sie nicht abgeholt, bevor Sie nach Palästina flohen.“ Längst hatten meine Großeltern das wertvolle Stück vergessen.

Zum anderen: Als sie an ihrer vormaligen Wohnung klingelten, rief die Nachmieterin nach hinten: „Jesses, die Juden sind wieder da!“. Die Jüdische Weltgeschichte zeigt: Wo und wenn es Juden gut geht, geht es dem Land gut. Deutschland hatte bis 1933 die Wahl. Es entschied falsch, und es erging ihm schlecht. Es hatte ab 1949 wieder die Wahl – und entschied richtig. Deutschland ging es bestens. Heute steht Deutschland wieder vor der Wahl. Wie wird es entscheiden? So wie die zahlreichen echten Freunde, die Juden und Israel in Deutschland haben? Hoffen wir es. ▼

„Ein geplanter und gottlob missglückter, von den meisten längst vergessener deutsch-palästinensischer Terrorakt führt zum 9. November 1969.

Damals versuchten die „Tupamaros Westberlin“ ein Bombenattentat auf Heinz Galinski, den damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.“



Dr. Josef Schuster ist Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern.

Der Beitrag stammt aus der Broschüre „From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021.



Stellen Sie sich einmal folgende Situation vor: Im Kreis von Freunden kommt das Gespräch auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Manch einer wird eine Meinung dazu haben, andere werden vielleicht zugeben, dass sie keine aktuellen Infos darüber haben oder die Lage dort nicht wirklich einschätzen können. Ganz anders verläuft die Diskussion, wenn es um den Nahostkonflikt geht. Zu Israel gibt jeder ohne Zögern eine Meinung ab. Und ob politisch eher links oder eher konservativ – meistens wird Israel ganz klar als der Schuldige im Konflikt ausgemacht. Und schnell fallen Begriffe wie „Besatzer“, „Apartheid“ oder Vergleiche des Gazastreifens mit dem Warschauer Getto werden gezogen.

In einem besorgniserregenden Ausmaß hat sich in Deutschland eine ablehnende

Haltung gegenüber Israel breitgemacht, die häufig nichts anderes ist als verkappter Antisemitismus. Besonders beunruhigend ist dabei die Tatsache, dass die Menschen, die ihre überzogene Kritik an Israel äußern, ihren eigenen Antisemitismus gar nicht bemerken und den Vorwurf, sie äußerten sich antisemitisch, mit Empörung von sich weisen.

Dabei finden sich zwei Formen des Antisemitismus bezogen auf Israel immer wieder: Zum einen ein Schuldabwehr-Antisemitismus. Es ist zu spüren, dass nichtjüdische Deutsche sich häufig fast danach zu sehnen scheinen, dass man als Nachkomme der Täter den Nachkommen der Opfer endlich auch einmal Fehler vorhalten kann. So werden palästinensisch-arabische Terrorgruppen wie Hamas und Hisbollah

ausgeblendet, stattdessen werden die israelische Siedlungspolitik oder Einsätze der israelischen Armee als konfliktverschärfend oder -verursachend wahrgenommen. Israel wird der Bruch des Völkerrechts oder von UN-Konventionen vorgeworfen. Attentate von Palästinensern werden hingegen häufig fast entschuldigt. Seht, die Juden sind auch nicht besser als wir – diese Botschaft steckt häufig in Kritik von deutscher Seite.

Israel wird gesagt und Juden sind gemeint. Das gilt auch für die zweite Form des israelbezogenen Antisemitismus. Dabei wird die Politik Israels als Vorwand genommen, um gegen Juden überall auf der Welt zu hetzen. In jüngster Zeit haben wir das in Deutschland im Frühjahr 2021 beobachtet. Zahlreiche, vor allem arabischstämmige Menschen gingen auf die Straßen und demonstrierten gegen Israel. Sie riefen dabei judenfeindliche Parolen und verbrannten israelische Flaggen vor Synagogen.

Hier ist der Antisemitismus unübersehbar und wird auch schnell in der Öffentlichkeit einhellig verurteilt.

Doch wenn im Unterricht über Israel gesprochen wird und ein Schüler es wagt, für Israel Partei zu ergreifen und die einseitige Darstellung im Schulbuch kritisiert – was die wenigsten tun, weil ihnen die Kenntnisse fehlen –, dann muss dieser Schüler damit rechnen, Lehrer und Mitschüler gegen sich zu haben. Dann steht er meistens ganz alleine da.

Auch in einigen kirchlichen Gruppen hat sich eine einseitige und ablehnende Haltung gegenüber Israel etabliert. Auch hier sehen sich Menschen, die darauf hinweisen, dass Attentate der Hamas Auslöser für einen israelischen Armee-Einsatz waren, schnell einer geschlossenen Phalanx von sogenannten Israel-Kritikern gegenüber. Gerade in kirchlichen Gruppen stehen diese Israel-Kritiker häufig der BDS-Bewegung nahe.

Es hat seine Berechtigung, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu bezeichnen, wie es der Bundestag in seiner Resolution getan hat. Denn was sich unter dem Label „Boycott, Divestments and Sanctions“ abspielt, hat mit einer sachlich-kritischen und politisch legitimen Protestbewegung nicht mehr viel zu tun. Wenn die EU aufgerufen wird, israelische Forschungsprojekte nicht

„Es hat seine Berechtigung, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu bezeichnen, wie es der Bundestag in seiner Resolution getan hat. Denn was sich unter dem Label „Boycott, Divestments and Sanctions“ abspielt, hat mit einer sachlich-kritischen und politisch legitimen Protestbewegung nicht mehr viel zu tun.“

mehr zu fördern, oder wenn Künstler aufgefordert werden, an einem Festival nicht teilzunehmen, weil Israel es sponsert, dann ist dies eine pauschale Ablehnung Israels. Ebenso plädiert BDS für ein Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen – sie sind die einzige Gruppe, in der sich der Flüchtlingsstatus vererbt. Dies würde de facto das Ende des jüdischen Staates bedeuten. BDS trägt also mitnichten zu einer konstruktiven Lösung des Nahostkonflikts bei, sondern schürt eine israelfeindliche Stimmung und damit Antisemitismus.

Bei vielen Bürgern in Deutschland spüre ich inzwischen eine Verunsicherung. Was ist legitime Kritik an Israel, was ist Antisemitismus? Manchmal wird der Vorwurf laut, „man dürfe gar nichts mehr gegen Israel sagen“. Sicherlich gibt es Menschen, die sich ernsthaft um eine Differenzierung bemühen. Viel häufiger aber habe ich den Eindruck, dass den meisten im Grunde ihres Herzens bewusst ist, dass sie über das Ziel hinausschießen. Schon allein wenn sie sich ehrlich fragten, warum sie ausgerechnet bei Israel so extrem kritisch sind und sich ständig zu dem Land äußern, zu anderen Staaten aber nicht –, müsste ihnen auffallen, dass dies viel mit ihrer Einstellung zu Juden zu tun hat.

Ein wichtiger und notwendiger Schritt, um gegen diesen verkappten Antisemitismus vorzugehen, ist die Implementierung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Der bayerische Antisemitismus-Beauftragte Ludwig Spaenle hat dies auf vielen Ebenen im Freistaat vorangetrieben. Jetzt brauchen wir Fortbildungen für Polizisten und

im Öffentlichen Dienst, in der Justiz, in Vereinen und bei Multiplikatoren, damit in den Köpfen ankommt, was die IHRA-Definition eigentlich bedeutet.

Broschüren wie die vorliegende von RIAS Bayern sind ein wertvoller Baustein für Aufklärung und Fortbildung. Ich wünsche der Publikation viele Leser und bin zuversichtlich, dass wir mit vereinten Kräften auch den israelbezogenen Antisemitismus erheblich zurückdrängen können! ▼

Alexandra Dratva lebt als Lehrerin in München. Sie ist Vorstandsmitglied des Vereins für Aufklärung und Demokratie e. V. (VAD), Träger von RIAS Bayern.

Der Beitrag stammt aus der Broschüre „From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021

Brennende Israelflaggen, „Kindermörder Israel“-Rufe und Landkarten, auf denen „Palästina“ zu lesen ist und Israel nicht mehr existiert – all das gab es schon 2014 und ebenso wieder im Frühling 2021. Als ich das erste Mal von den Vorgängen um das Jerusalemer Stadtviertel Sheikh Jarrah hörte, wusste ich, dass die jüdische Community in Deutschland wieder für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht wird, egal ob man 12, 17 oder 40 Jahre alt ist. Es spielt auch keine Rolle, welchen Bezug man selbst zu Israel hat.

Da saß ich also und las englischsprachige oder hebräische Artikel, um mir eine fundierte Meinung zur Situation bilden zu können. Ein Mechanismus, den ich übrigens 2014 noch nicht besaß. Nachdem ich sowohl in meiner Schule einige Kolleg:innen

darüber informierte, was ich gestern erst gelesen hatte, als auch nichtjüdische Freunde, ärgerte ich mich über mich selbst, dass ich mich wieder in diese blöde Rolle begeben hatte.

Einige Tage später sah ich jedoch Aufnahmen aus Gelsenkirchen, in denen Menschen „Scheiß Juden“ vor der Synagoge riefen, und verstand, dass ich etwas tun musste. Ich konnte nicht wegschauen und ignorieren, was wieder auf den Straßen vor sich ging. Es gab mehr Polizeipräsenz auf den Demonstrationen, als ich erwartet hatte, dennoch kam es zu Entgleisungen wie 2014. Besonders aufgefallen und erstaunt hatte mich die Tatsache, dass mehr junge und aktivistische Menschen an den Demonstrationen teilnahmen. Dies wurde auch daran deutlich, dass es Überschneidungen zwischen

„Fridays for Future“- und „Black Lives Matter“-Aktivist:innen gab und auch auf Plakaten Parolen wie „We can't breathe since 1948“ zu lesen waren.

Eine besonders einprägende Erfahrung war für mich die Beobachtung einer antiisraelischen Demonstration. Diese wütende Stimmung, die unter den Demonstrant:innen vorherrschte, erschreckte mich. Vor allem die Tatsache, dass ich womöglich tagtäglich mit Menschen, die sich meinen Tod wünschen, gemeinsam einkaufen gehe, U-Bahn fahre oder auch vielleicht ihre Kinder unterrichte, beschäftigte mich ununterbrochen.

Ich fragte mich, wie es um die Sicherheit der israelischen Einrichtungen, Cafés oder Restaurants steht. Gibt es hier Polizeipräsenz? Wer beschützt sie vor eventuellen Übergriffen? Wie geht es anderen jüdischen Menschen in München? Gibt es Unterschiede zu anderen Städten?

Ich sprach viel mit Freunden und meiner Familie in Norddeutschland. Es ging eine Welle der Unsicherheit durch die jüdische Gesellschaft, man hielt stärker zusammen, man sprach mehr untereinander, und es schlichen sich auch bei Familienmitgliedern teilweise Phrasen oder Gedanken ein, die man lange nicht ausgesprochen hatte: „Was, wenn...“

In Newslettern der jüdischen Gemeinde wurde über die antiisraelischen Veranstaltungen informiert. Es wurde auch geraten, die Orte der Kundgebungen und Demonstrationen zu meiden. Wahrscheinlich gab es

das auch bei früheren Anlässen, trotzdem hatte ich ein sehr mulmiges Gefühl dabei, zu dieser Zeit einen bestimmten Ort meiden zu müssen.

Ein Phänomen, das nie verschwindet: Jeder Mensch hat eine Meinung zum Nahostkonflikt. Geht es um den Krieg in Syrien, die Situation der Uiguren in China oder auch die Entführungen von Kindern in Nigeria, besteht kaum Interesse. Kaum jemand spricht mit mir im Freundeskreis oder im Kollegium über diese Vorkommnisse. Schon gar nicht habe ich mitbekommen, dass sich jemand auf der Straße für die Menschenrechte der Betroffenen einsetzt. Kaum Interaktion auf Social Media, kaum Berichte in den Nachrichten. Geht es aber um die Situation in Israel, hat jeder eine klare Meinung: „Die Siedlungen sind unrechtmäßig!“

Sobald ich jedoch etwas näher nachfrage, kann mir kaum jemand eine Antwort geben, der Großteil weiß unter Umständen nicht einmal, wo das Westjordanland liegt. Oft kommen hier bloße Meinungen hervor, die nicht begründet werden können. Ein weiteres Phänomen ist die Tatsache, dass es so wirkt, als gäbe es nur eine „richtige“ Seite. Entweder du stehst für das Land Israel und sein Existenzrecht ein, oder du kämpfst dagegen an und setzt dich für Menschenrechte ein. Das halte ich für gefährlich.

Erfreulicherweise haben Kinder hierzu eine andere Einstellung, die es beizubehalten gilt. Mit meiner vierten Klasse schauen wir regelmäßig die Logo-Nachrichten des TV-Kinderkanals Kika. Hier kann man bezugnehmend

auf die aktuellen Ereignisse in der Welt verschiedenste Themen ansprechen und gemeinsam diskutieren. Ich hatte befürchtet, dass wir viel Zeit benötigen würden, um Schüler:innen über Falschinformationen über Israel aufzuklären. Das Gegenteil war der Fall! Es gab einige Äußerungen zum Thema, jedoch ausschließlich in die Richtung, dass den Menschen zuliebe möglich schnell eine gewaltfreie Lösung gefunden werden muss.

Lehrer:innen müssen aktuelle Themen in der Schule besprechen, auch wenn es unangenehm wird. Nur so können wir dafür sorgen, dass Schüler:innen mit antiisraelischen Meinungen diese ändern können. Unabhängig davon, ob sie diese zuhause oder in sozialen Netzwerken gebildet haben, braucht es in der Schule einen Ort, um sich austauschen und auch korrigieren zu können. Dafür muss die Ausbildung der Lehrer:innen einen Fokus auf die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus legen, damit wir gemeinsam Antisemitismus benennen und bekämpfen können. ▼

„Ein Phänomen, das nie verschwindet: Jeder Mensch hat eine Meinung zum Nahostkonflikt. Geht es um den Krieg in Syrien, die Situation der Uiguren in China oder auch die Entführungen von Kindern in Nigeria, besteht kaum Interesse.“

Sandra Simovich war von 2017 bis 2021 Generalkonsulin des Staates Israel in München, zuständig für die südlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland.

Der Beitrag stammt aus der Broschüre „From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021“



Die heftigen Reaktionen auf den Konflikt im Nahen Osten im Mai diesen Jahres haben bei uns Israelis und natürlich bei Jüdinnen und Juden in Deutschland ein Gefühl potenzieller Bedrohung ausgelöst. Wir mussten erleben, wie der Antisemitismus in Deutschland neuen Aufwind erfuhr und ganz öffentlich vieles sagbar zu sein schien, was lange Zeit als undenkbar galt.

Das Generalkonsulat erhielt in dieser Zeit hunderte Hassnachrichten über unsere Kanäle in den Sozialen Medien, man forderte unseren Tod und rief zur Gewalt gegen Israelis und jüdische Menschen weltweit auf. Insbesondere in den anonymen Weiten des Internets meinen viele, sie könnten ungehindert antisemitische Hetzparolen verbreiten und offen drohen. Vor einer Strafverfolgung scheint sich hier kaum jemand zu fürchten.

Auf deutschen Straßen, bei den sogenannten Solidaritätsbekundungen für Palästina, skandierten man in aller Öffentlichkeit und weitestgehend unbehelligt „Scheiß Juden“ oder „Kindermörder Israel“ und forderte die Vernichtung Israels. Dies ist keine legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung. Es ist blanker Hass gegen die israelische Bevölkerung; die Menschen, das Land, alle Juden und alles Jüdische. Die Situation in Israel hat nichts mit den jüdischen Gemeinden hier in Deutschland zu tun. Egal was in Israel passiert, es ist niemals eine Entschuldigung für Antisemitismus auf deutschen Straßen, nie ein Grund für aggressive Äußerungen oder Taten gegen die jüdische Nachbarin, den jüdischen Arbeitskollegen oder Mitschüler. Das darf nicht hingenommen werden, und es muss einen öffentlichen Aufschrei in der gesamten deutschen Gesellschaft geben.

Als israelisches Generalkonsulat suchen wir gezielt den Austausch mit jungen Menschen und gehen dafür an Schulen oder halten gemeinsame virtuelle Gesprächsrunden ab.

In jüngster Zeit kam es bei diesen Treffen vermehrt vor, dass die Frage gestellt wurde, ob der israelisch-palästinensische Konflikt mit dem Holocaust verglichen werden könne. Nicht wenige Schüler und Schülerinnen lassen keinen Zweifel daran, dass sie Israel als den alleinigen Aggressor im Konflikt mit den Palästinensern und anderen arabischen Staaten ansehen. So wird Israel bezichtigt, einen Völkermord an den Palästinensern zu begehen, ebenso wie die Nationalsozialisten einen Genozid an den europäischen Juden begingen. Für Israelis ist dieser Vergleich eine Schockerfahrung, vor allem da der/die Fragende oftmals gar nicht weiß, was der Begriff Holocaust bezeichnet. Das ist gleichermaßen enttäuschend wie tief verletzend. Auf die Nachfrage, ob man denn wisse, was während des Holocausts geschehen sei, antwortete eine Schülerin, dass Juden „ausgegrenzt wurden“. Wenn Deutsche offenbaren, dass sie unwissend und/oder uninteressiert an der Geschichte des Völkermordes an den europäischen Juden sind, so kommt dies für viele Israelis einer Diffamierung der Ermordeten gleich.

Oft muss bei den Gesprächen erklärt werden, dass der Vergleich und die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem nationalsozialistischen Genozid an den europäischen Juden die Schuld Deutschlands am Holocaust relativiert. Bei einem Gespräch führte diese Erklärung dazu, dass eine Schülerin sich für ihre Frage, wie der israelisch-palästinensische

Konflikt mit dem Holocaust zu vergleichen sei, entschuldigte. Es geht aber nicht darum, dass sie diese Frage stellte, sondern darum, warum sie diese Frage stellte.

Der Austausch mit jungen Leuten zeigt, dass das Interesse an Israel zwar sehr groß ist. Aber meist sind wir als Vertreter und Vertreterinnen des Generalkonsulats bei den Fragestunden vorwiegend damit beschäftigt, die Vorurteile gegenüber Israel zu widerlegen. Oft kommen wir gar nicht dazu, über das reale Israel zu sprechen: die Diversität der israelischen Bevölkerung (zu der auch 21% arabische Israelis gehören), die innovative wirtschaftliche Entwicklung, die vielschichtige und reiche Kulturlandschaft oder auch die erfolgreichen Friedensinitiativen, wie den Friedensschluss mit Ägypten, Jordanien oder erst kürzlich mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Israelis haben das Gefühl, dass ihr Land und seine Menschen jenseits des Konflikts unsichtbar und ungehört bleiben.

Als israelisches Generalkonsulat in Süddeutschland sehen wir uns als aktiver Teil der Gesellschaft und möchten gemeinsam mit unseren Partnern Wissen vermitteln und so gegen Antisemitismus und Israelhass angehen. Denn es geht uns alle an, und gemeinsam sind wir stärker. ▼

Michael Movchin ist Aktivist und seit Dezember 2019 Vorsitzender des Verbands Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB), dessen Vorstand er seit Dezember 2017 angehört. Er lebt in München.

Der Beitrag stammt aus der Broschüre „From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021“



Anschläge auf Synagogen, brennende Israelflaggen, Übergriffe auf offener Straße, Rufe wie „Tötet die Juden“, Hassbotschaften im Netz und Drohmails – antisemitische Vorfälle haben auch in Bayern deutlich zugenommen. Nachdem der bayerische Ministerpräsident auf Facebook erklärt hatte, dass man fest an der Seite der Israelis stehe, widersprachen zahlreiche Nutzer heftig. In den Postings war zum Beispiel vom „Terrorstaat Israel“ die Rede. Unter anderem wurde die israelische Politik mit dem Holocaust gleichgesetzt und das Existenzrecht Israels in Frage gestellt.

Oft greifen die Kommentierenden uns Jüdinnen und Juden sowie unsere Religion direkt an. Das Generalkonsulat des Staates Israel erhielt über die sozialen Netzwerke sogar eine Nachricht, in der die Ermordung von Jüdinnen und Juden angekündigt wurde.

Manche machen sich Sorgen darüber, ob wir in diesem Land weiterhin sicher sind. Diese Sorge kann ich leider nachvollziehen. Schlimm genug ist es schon, dass Jüdinnen und Juden sich diese Frage überhaupt stellen. Wir werden für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht. Es reicht schon, zum „falschen“ Zeitpunkt ein Urlaubsfoto aus Israel zu veröffentlichen, um öffentliche und hasserfüllte Kommentare über sich ergehen lassen zu müssen.

Doch insbesondere, wenn man öffentlich Position gegen Antisemitismus bezieht oder sich solidarisch mit Israel zeigt, erhält man immer wieder Hassnachrichten. Wenige Minuten nach der Ausstrahlung eines Beitrags von „Report München“ über zunehmende Angriffe auf jüdische Bürgerinnen und Bürger fand ich eine Nachricht in

meinem privaten Mailpostfach. Dort schrieb der Urheber unter anderem: „Wir wollen euch Juden hier [...] nicht.“ Aufgrund solcher Vorfälle trauen sich manche Jüdinnen und Juden nicht, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Manche antisemitischen Hetzer teilen Kontaktdaten jüdischer Bürgerinnen und Bürger im Internet, um sie weiteren Angriffen auszusetzen.

Die Situation im Nahen Osten ist für viele dieser Täter nur ein Anlass, um hier ihren Hass auf Juden auszuleben. Wer behauptet, gegen israelische Militäreinsätze protestieren zu wollen und sich dafür vor eine Synagoge stellt oder Jüdinnen und Juden angeht, zeigt vor allem eins: dass er ein Antisemit ist! Ist in diesem Kontext die verfassungsrechtlich geschützte, freie Religionsausübung weiterhin möglich?

Zahlreiche Politiker haben schärfere Gesetze gegen antisemitische Übergriffe und verbale Hasstiraden gefordert. Diesen Forderungen müssen entschiedene Taten und Beschlüsse folgen, denn bloße Forderungen reichen nicht mehr aus. Der Deutsche Bundestag hat am 18. Juni 2021 einen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität beschlossen. Die Anbieter der großen sozialen Netzwerke sind nun verpflichtet, strafbare Inhalte zu melden. Beim Bundeskriminalamt ist eine neue Stelle für die Ahndung eingerichtet. Beleidigungen, üble Nachrede sowie Verleumdung gegen kommunale Mandatsträger und Mandatsträgerinnen werden nun schärfer sanktioniert. Doch bei bestimmten volksverhetzenden Beleidigungen sind auch die

Gerichte bislang machtlos. Diese Lücke im Strafrecht soll bald geschlossen werden. Die Politik hat auch darüber hinaus noch viel zu tun: Den zahlreichen Forderungen müssen klare Beschlüsse folgen. ▼

„Doch insbesondere, wenn man öffentlich Position gegen Antisemitismus bezieht oder sich solidarisch mit Israel zeigt, erhält man immer wieder Hassnachrichten.“

Ilse Danziger ist Vorsitzende,
Dorina Kuzenko Sozialberaterin der
Jüdischen Gemeinde Regensburg.

Der Beitrag stammt aus der Broschüre
„From the river to the sea“ – Israelbezogener
Antisemitismus in Bayern 2021“

Das Judentum ist in Israel entstanden. Unsere heiligen Bücher sind in Hebräisch geschrieben. 45 Prozent aller Juden leben in Israel. Wir rufen uns „Nächstes Jahr in Jerusalem“ zu und beten: „Wenn ich deiner vergesse, oh Jerusalem, so möge mir die rechte Hand verdorren.“ Unsere Bindungen zu Israel sind sehr eng, unsere Beziehungen sind unverbrüchlich. „Der Kompass unserer Herzen zeigt immer nach Jerusalem.“ (Schalom Ben Chorin)

Andererseits liegt unsere jüdische Gemeinde in Regensburg, in Bayern, in Deutschland. Wir sind deutsche Juden. Keine Israelis. Unsere Mitglieder sind deutsche Staatsbürger. Wir sind kein Teil des Staates Israel.

Aber: Wir werden in Haftung genommen für die Politik einer Regierung in Israel, die wir

nicht wählen konnten. Der Zentralrat der Juden in Deutschland bekommt hasserfüllte Nachrichten, viele Medien und Politiker verharmlosen die Angriffe der Hamas – und die Situation in Deutschland. Auch wir in der Gemeinde werden meist mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert. Erschreckend viele Antisemiten kriechen aus ihren Löchern. Antisemiten vom linken Rand, von rechtsextremer Seite, aus muslimischen Kreisen und aus der scheinheiligen bürgerlichen Mitte – die „ehrbaren Antisemiten“, wie sie Jean Améry so treffend bezeichnet hatte.

Die Grenze zwischen erlaubter Israelkritik und Antisemitismus ist fließend und schwammig. Antisemitismus versteckt sich hinter Antizionismus. Wenn Israelkritik antisemitisch wird, wenn Doppelmoral angewendet wird, wenn doppelte Standards

gegenüber Israel gelten, wenn Israel delegitimiert und dämonisiert wird, dann wird auch für uns in den jüdischen Gemeinden höchste Zeit, dass wir uns einreihen in den gemeinsamen Kampf aller Menschen in der Zivilgesellschaft, die guten Willens sind. Gemeinsam den Antisemitismus, die Judenfeindschaft, in die Schranken weisen!

Dr. Martin Luther King – der große Held und Kämpfer für die Befreiung und Gleichberechtigung der Afro-Amerikaner in den USA – erkannte schon treffend, dass Antizionismus nichts anderes ist als Antisemitismus. Seinen Worten können wir nur zustimmen:

„Ich sehe Israel als einen der wunderbaren Vorposten der Demokratie in der Welt, als ein großartiges Beispiel dessen, was erreicht werden kann, wie die Wüste in eine Oase der Bruderschaft und Demokratie verwandelt werden kann.“

Hoffen wir in Regensburg, in Bayern und überall auf Solidarität der Zivilgesellschaft im gemeinsamen Kampf gegen jede Form von Antisemitismus! ▼

„Wenn Israelkritik antisemitisch wird, wenn Doppelmoral angewendet wird, wenn doppelte Standards gegenüber Israel gelten, wenn Israel delegitimiert und dämonisiert wird, dann wird auch für uns in den jüdischen Gemeinden höchste Zeit, dass wir uns einreihen in den gemeinsamen Kampf aller Menschen in der Zivilgesellschaft, die guten Willens sind. Gemeinsam den Antisemitismus, die Judenfeindschaft, in die Schranken weisen!“

Was ist israelbezogener Antisemitismus?

Historisches und Theoretisches

Die antisemitische Ablehnung des 1948 gegründeten jüdischen Staates ist älter als Israel selbst. Der NS-Ideologe Alfred Rosenberg formulierte bereits 1922 in *Der staatsfeindliche Zionismus* eines der zentralen Motive des Antizionismus: „Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.“¹ Und auch Adolf Hitler sagte, ‚der Jude‘ könnte „mangels eigener produktiver Fähigkeiten einen Staatsbau räumlich empfundener Art nicht durchführen“, weil er „als Unterlage seiner eigenen Existenz die Arbeit und schöpferischen Tätigkeiten anderer Nationen“ brauche. So sei die „Existenz des Juden selbst [...] parasitär“. Klassisch antisemitisch geht es weiter: „Das letzte Ziel des jüdischen Lebenskampfes“, wozu Hitler den Zionismus zählt, „ist dabei die Versklavung produktiv tätiger Völker“.² Hier deutet sich die auch heute noch gängige Sichtweise auf den sogenannten Nahostkonflikt an, der zufolge ‚die → Zionisten‘ → Landraub betrieben und die arabische Bevölkerung kolonialisiert und unterjocht hätten.

Die Idee des Zionismus als jüdische Nationalbewegung entstand Ende des 19. Jahrhunderts, insbesondere die Arbeiten von Theodor Herzl, Wladimir Zeev Jabotinski und früher noch Moses Hess sind damit verbunden. Bei allen religiösen, politischen und weltanschaulichen Unterschieden befürworten alle zionistischen Strömungen einen jüdischen Staat. Aus historischen und religiösen Gründen kam für die Mehrheit der Zionist:innen nur das britische Mandatsgebiet Palästina als Ort des aufzubauenden Staates in Frage. Ein solcher jüdischer Souverän ist eine Antwort auf den Antisemitismus und die jahrhundertelange Verfolgung von Juden und Jüdinnen in Europa. Diese sind in einem jüdischen Staat nicht mehr der Willkür der Staaten und deren Herrscher ausgesetzt, von denen sie häufig nicht nur nicht vor dem auch in der Bevölkerung weit verbreiteten Antisemitismus geschützt, sondern sogar aktiv verfolgt wurden.

Der heutige jüdische und demokratische Staat Israel setzte diesem Zustand ein Ende, und seine Schutzfunktion ist der Grund dafür, dass Juden und Jüdinnen weltweit jederzeit das Recht haben, nach Israel einzuwandern. Dies hat nicht nur den etwa 750.000 Juden und Jüdinnen das Leben gerettet, die in den 1940er und 1950er Jahren in vor allem arabischen Ländern verfolgt wurden, und nicht nur den zehntausenden äthiopischen Jüdinnen

und Juden, die in den 1980er Jahren in geheimen israelischen Militärationen aus dem Sudan ausgeflogen wurden. Sondern es ist für viele Juden und Jüdinnen weltweit bis heute eine Gewissheit, die auch das Leben in der Diaspora in relativer Sicherheit erst möglich macht.

Wer über Israel spricht, insbesondere außerhalb Israels, muss sich dieser Eigenschaft des jüdischen Staates bewusst sein. Wird gar das Ende Israels als jüdischer Staat gefordert, hat das zur Konsequenz, Juden und Jüdinnen dem Antisemitismus schutzlos auszuliefern. Wer dies befürwortet, nimmt den Tod von Jüdinnen und Juden in Kauf.

Die Geschichte des Antizionismus ist deutlich älter als der Staat Israel. Schon diese Tatsache zeigt, dass es dem Antizionismus nicht darum geht, was Israel konkret tut. Ebenso verhält es sich beim Antisemitismus, für den es keine Rolle spielt, wie sich Jüdinnen und Juden tatsächlich verhalten. Antisemitische und die meisten antizionistischen Motive entspringen dem antisemitischen Weltbild. Die Wahrnehmung und die Beschreibungen von Juden, Jüdinnen und Israel sowie die Vorwürfe ihnen gegenüber folgen dem, was die Antisemit:innen in ihre Bilder von Juden, Jüdinnen und Israel hineinprojizieren. Diese Motive sind abgespaltene Eigenschaften ihrer eigenen Persönlichkeiten, die in dieser Welt nicht akzeptabel erscheinen.

Die Gesellschaft ist so eingerichtet, dass es niemandem möglich ist, ein selbstbestimmtes und mit der Menschheit versöhntes Leben zu führen, und mit dieser Einrichtung der Welt gehen Anforderungen an die Subjekte einher: Konkurrenz, Leistung, sich beweisen müssen. Es ist nicht genug, Mensch zu sein, man muss sich und die eigene Existenz ständig legitimieren, indem man den vermeintlichen Nutzen der eigenen Person oder der eigenen Gruppe, die so erst entsteht, unter Beweis stellt. Dabei bleibt unverstanden, dass an dieser Einrichtung der Welt niemand unmittelbar Schuld hat, sondern sie vielmehr durch das ständige und für den Einzelnen notwendige Mitmachen aller so geworden ist und so bleibt. Würde das ver- und eingestanden, müsste die Erkenntnis sein, dass man selbst einen Anteil daran hat. Diese Erkenntnis aber muss abgewehrt werden, um ein positives Selbstbild aufrechterhalten und das eigene ständige Mitmachen, zu dem es keine Alternative gibt, rechtfertigen zu können. Gleichzeitig bleibt die langfristige Befriedigung aus, denn die Menschen ahnen, dass sie in ihren Funktionen jederzeit ersetzbar sind. Die Frage, wer daran Schuld hat, will in erster Linie mit „Ich nicht!“ beantwortet werden.

Dann aber muss jemand anders daran Schuld haben, und gleichzeitig sind menschliche Regungen, die nicht dem Funktionieren als konkurrenzhaftes Subjekt dienen, verpönt und müssen unterdrückt werden: Nichtidentität, Freiheit, Uneindeutigkeit, Müßiggang und bedingungsloses Glück. Diese Eigenschaften, die man an sich selbst verleugnen und sich versagen muss, werden abgespalten, auf andere projiziert und an ihnen verfolgt, insbesondere an ‚den Juden‘. Sie hätten, was einem selbst verwehrt bleibe, und trügen die Schuld an der Misere der Menschheit, indem sie diese unterdrückten.

Im Antisemitismus wird also beispielsweise die Notwendigkeit von Lohnarbeit und deren negativen Aspekte nicht auf die Logik der Ökonomie zurückgeführt, sondern auf den bösen Willen oder die Gier jüdischer Kapitalisten. Im Antizionismus werden Aspekte wie Gewalt, Grenzen und Ausgrenzung nicht als notwendige Eigenschaften aller Staaten verstanden, sondern als exklusive Eigenschaften Israels, eben weil es ein jüdischer Staat ist, der in dieser Logik nur besonders grausam sein kann. Die antisemitische ‚Kritik‘ der Ökonomie, die ökonomische Verhältnisse in der antisemitischen Figur des Juden personalisiert, findet in der antizionistischen ‚Kritik‘ der Politik ihr Pendant: Politische und auch Gewaltverhältnisse (etwa Landesverteidigung), die in jedem anderen Land als normal angesehen werden, werden dem jüdischen Staat vorgeworfen. Insofern sind der Antisemitismus und fast jeder Antizionismus nur zwei unterschiedliche Ausprägungen der gleichen Ideologie.

Dies gilt insbesondere nach der Schoah. Als der Zionismus entstand, war er unter Juden und Jüdinnen eine von drei prominenten Antworten auf den Antisemitismus. Die anderen beiden können beschrieben werden als die Hoffnung, dass durch Assimilation und Integration von Juden und Jüdinnen der Antisemitismus abnehmen würde, und als Hoffnung auf die kommunistische Weltrevolution, die eben auch den Antisemitismus aus der Welt schaffen würde. Vertreter:innen dieser beiden Weltsichten opponierten damals auch gegen den Zionismus als Idee – was noch nicht per se antisemitisch war. Die Schoah aber, der von NS-Deutschland staatlich geplante, organisierte und mit Hilfe von Verbündeten durchgeführte Massenmord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden, hat dem Zionismus auf schreckliche Weise Recht gegeben. Wenn auch die anderen beiden Antworten auf den Antisemitismus als Hoffnung nach wie vor vorhanden sind, ist deutlich geworden, dass staatliche Gewalt in jüdischer Hand notwendig ist, um Antisemit:innen möglichst daran zu hindern, das zu tun, was sie tun, wenn

sie nicht daran gehindert werden: Juden und Jüdinnen ermorden. Diese Gefahr besteht, wie der 7. Oktober 2023 zeigte, dennoch nach wie vor. Man möchte sich nicht eine Situation ausmalen, in der der jüdische Staat zu keiner Reaktion und Verteidigung fähig wäre.

Insbesondere nach Auschwitz ist deshalb jede Kritik, die auf Israels Ende zielt, antisemitisch, will sie doch die (Über-)Lebensversicherung von Jüdinnen und Juden gegen den Antisemitismus annullieren. All dies gilt umso mehr in Deutschland, der Nachfolgesellschaft des ‚Dritten Reichs‘, das den Vernichtungsantisemitismus in der Schoah auf beispiellose Weise zu seinem bisherigen Höhepunkt gebracht hat. Bei der Bezeichnung der Schoah als präzedenzlos geht es nicht darum, wie gerne von Kritiker:innen behauptet, die Schoah nicht mit anderen Verbrechen und Völkermorden vergleichen zu können, denn erst durch Vergleiche werden auch Unterschiede und Spezifika deutlich. Der Einwurf, dass man nicht von Singularität sprechen könne, da Ereignisse immer singulär seien, ist ebenso banal.

Yehuda Bauer hatte schon vor Jahren den Begriff ‚unprecedentedness‘ (was mit Präzedenzlosigkeit, Beispiellosigkeit oder Nie-dagewesen-Sein übersetzt werden kann) verwendet, nicht zuletzt in einer Rede im Bundestag am 27. Januar 1998. Die Schoah gelte aus mehreren Gründen als präzedenzlos, z. B. weil erstmals Menschen zum Tode verdammt wurden, deren Großeltern einer bestimmten Gruppe angehörten, in die sie hineingeboren wurden. Ihr ‚Vergehen‘ bestünde somit darin, geboren worden zu sein. Weiterhin sei es das erste Mal in der Geschichte, dass versucht wurde – sich selbst und mit der Hilfe kollaborierender Kräfte –, aller Juden und Jüdinnen überall habhaft zu werden und sie zu ermorden. Eine weitere Komponente der Präzedenzlosigkeit sah Yehuda Bauer darin, dass der nationalsozialistische Massenmord an den Jüdinnen und Juden ideologisch motiviert war. Es ging um eine Vernichtung um der Vernichtung willen. Erstmals in der Geschichte seien jegliche andere Motivationen – ob ökonomische, territoriale oder nationalistische – dahinter zurückgetreten. Yehuda Bauer hat betont, dass die Shoah wiederholt werden kann: „Die Shoah war präzedenzlos. Aber sie war ein Präzedenzfall.“³ Das heißt, sie kann wiederholt werden, nicht: Sie wiederholt sich, wo immer Massengewalt auftritt.

Israel und Zionismus als antisemitische Feindbilder

Vor diesem theoretischen und historischen Hintergrund nimmt der Antisemitismus unterschiedliche Ausprägungen an. Insbesondere nach 1945, seit mit dem militärischen Sieg der Alliierten über Nazideutschland der offene Antisemitismus gesellschaftlich größtenteils verpönt ist, äußert er sich oft auf Umwegen: Mit Codes wie „Ostküste“, „Rothschild“, „Soros“ oder „Illuminaten“ sind ‚die Juden‘ gemeint, Forderungen nach einem Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen stellen eine Schuldabwehr dar. Und wenn sich Menschen als Opfer „wie die Juden“ darstellen, etwa Abtreibungsgegner:innen, Coronaleugner:innen oder Islamophobieforscher:innen, um reale oder empfundene Probleme anzuprangern, wird die Schoah verharmlost.

Auch die ‚Israelkritik‘ ist oft zu begreifen als eine Form des Antisemitismus, die nicht mehr von ‚den Juden‘ spricht, weil kaum noch jemand Antisemit:in sein will. Allein das Wort ‚Israelkritik‘ sagt viel darüber aus, wie verbreitet und zielgerichtet sie ist, gibt es doch keine Entsprechungen dafür: ‚Schwedenkritik‘, ‚Japankritik‘, ‚Deutschlandkritik‘ oder Ähnliches sucht man im Duden vergeblich. Auch an anderer Stelle wird eine negative Sonderstellung Israels deutlich, die nur mit einer antijüdischen Obsession erklärt werden kann: Zwischen 2015 und 2022 hat die UN-Generalversammlung 140 Resolutionen gegen Israel verabschiedet. Gleichzeitig hat es 68 Beschlüsse zu anderen Ländern gegeben. Der UN-Menschenrechtsrat wiederum hat von 2006 bis 2022 insgesamt 99 Resolutionen gegen Israel verabschiedet. 41 weitere richteten sich in diesem Zeitraum gegen Syrien, 13 gegen den Iran, vier gegen Russland und drei gegen Venezuela.⁴ Dieses Verhalten sagt mehr über die Vereinten Nationen aus als über den jüdischen Staat.

Antizionismus und israelfeindliche Politik sind, das wird hier deutlich, in vielen Ländern dominant. Das reicht von symbolischer Politik wie der Ablehnung, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen über die Anerkennung eines palästinensischen Staates als Reaktion auf den 7. Oktober und die militärische Antwort Israels, ein gegen Israel gerichtetes Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen oder eine vermeintliche Äquidistanz zu Israel und seinen terroristischen Feinden – etwa, wenn „beide Seiten“ aufgefordert werden, Eskalationen zu beenden, die regelmäßig von Israels Feinden begonnen werden – bis zum eliminatorischen Antizionismus, der etwa das iranische Regime kennzeichnet. Dieses unterstützt nicht nur

Hamas und Hisbollah, sondern hat Israel nach dem 7. Oktober auch selbst militärisch angegriffen.

Seit der Islamischen Revolution 1979 findet sich im Iran kaum ein Vertreter der herrschenden Mullahs, der Israel noch nicht als „Krebsgeschwür“ bezeichnet hätte. Das Regime arbeitet außerdem an Massenvernichtungswaffen, um in die Lage zu kommen, seine Drohungen wahrzumachen und den „kleinen Satan“, wie es Israel bezeichnet, tatsächlich vernichten zu können.

Wenn die ‚Israelkritik‘ zurückgewiesen oder als Antisemitismus entlarvt wird, heißt es oft, man werde „Israel ja wohl noch kritisieren dürfen“. Hier scheint schon das projektive Denken durch, denn deutsche Medien sind voll von ‚israelkritischer‘ Berichterstattung und Meinungen. Die Behauptung, man dürfe nichts gegen Israel sagen, impliziert zudem, dass es eine machtvolle Instanz gibt, die die freie Meinungsäußerung über den jüdischen Staat in Deutschland einschränke. Nicht selten werden diesbezüglich in israelfeindlichen Kreisen Akteure wie eine angebliche „zionistische Lobby“ ausgemacht. Diese Larmoyanz verkennt etwas Wesentliches: Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass die eigenen Äußerungen von anderen nicht kritisiert werden dürfen und das eigene Handeln keine negativen Konsequenzen zeitigen kann.

Natürlich ist Kritik an israelischer Politik möglich. Wer dabei allerdings antisemitische Stereotype bedient, muss sich über Kritik nicht wundern. Als „Schnelltest“ für fragwürdige Aussagen über Israel hat der israelische Politiker und Autor Natan Sharansky den sogenannten „3D-Test“ entwickelt: Wenn Israel dämonisiert, delegitimiert oder mit doppelten Standards bemessen wird, sind die betreffenden Aussagen nach Sharansky antisemitisch. Mit Dämonisierung ist, analog zu klassischen antisemitischen Stereotypen, die Darstellung Israels als Inbegriff des Bösen gemeint, wie sie etwa durch NS-Gleichsetzungen erfolgt. Eine Delegitimierung liegt vor, wenn der Staat Israel als solcher in Frage gestellt und ihm seine Legitimität abgesprochen wird, etwa durch die Behauptung, seine Existenz sei ein rassistisches oder koloniales Unterfangen. Doppelstandards liegen nach Sharansky vor, wenn Israel anders als andere Staaten behandelt und selektiv für ein Verhalten kritisiert wird, das man bei anderen Staaten ignoriert. Dies ähnelt früherer Diskriminierung von Juden und Jüdinnen durch Gesetze der Mehrheitsgesellschaft.

Antisemitismus und Antizionismus haben ihren Weg in alle Welt gefunden. Nicht nur deutsche Neonazis sprechen vom „Terrorstaat Israel“, der Antizionismus ist viel weiter verbreitet: Unterstützte beispielsweise die Sowjetunion in den ersten Jahren Israel noch in seiner Existenz, fand bald eine antizionistische Wende statt. Nicht nur die Außenpolitik wurde offen antizionistisch, auch in der Sowjetunion selbst wurden Juden und Jüdinnen in antisemitischen Kampagnen als → „Zionisten“ verfolgt. Im Kontext des stalinistischen „Ärzteprozesses“ aufgrund einer angeblichen Verschwörung jüdischer Ärzte schrieb etwa das Staatsorgan Prawda: „Die Demaskierung einer Bande von Gift verabreichenden Ärzten stellt einen Schlag gegen die internationale jüdisch-zionistische Organisation dar.“⁵ ▼

Israelbezogener Antisemitismus von rechts

Nicht nur der historische Nationalsozialismus war, wie am Anfang des Kapitels gezeigt, antizionistisch. Der Antisemitismus ist integraler Bestandteil des Rechtsextremismus, insbesondere im deutschsprachigen Raum. Als Ideologie, die unter Rückgriff auf vermeintlich „natürliche Ordnungen“ Menschen in Gruppen einteilt und diese hierarchisiert, ist er genuin antiliberal und antiindividualistisch, er setzt stattdessen auf Formen von Gemeinschaft. Die Figur ‚des Juden‘ als antisemitisches Motiv sticht und fällt aus diesen Gemeinschaften, etwa Völkern, ‚Rassen‘ oder Kulturen, heraus. Juden und Jüdinnen gehören nicht nur nicht zum jeweils eigenen Kollektiv, sondern zu gar keinem. Sie werden zu einer als kosmopolitisch verhassten Macht stilisiert, die die Schicksale dieser „natürlichen Kollektive“ bestimme und die Welt ins Unglück stürzen wolle. Das könne diese Macht auch vollenden, wenn man sie daran nicht hindere, heißt es.

Die Kleinstpartei Die Rechte verklebte im EU-Wahlkampf 2019 Plakate mit der Parole „Israel ist unser Unglück. Schluss damit!“ – eine Adaption des Zitats „Die Juden sind unser Unglück“ von Heinrich von Treitschke, das auch auf jeder Titelseite der nationalsozialistischen Zeitung ‚Der Stürmer‘ prangte. 2018 forderte die NPD, Israel als „Terrorstaat“ einzustufen.

Solch eklatant antisemitischen Äußerungen von Rechtsextremen sind eindeutig. Aber auch von konservativer Seite wird Antisemitismus, wie in allen politischen Lagern, reproduziert, selbst wenn die Politik bestimmter konservativer Parteien und Personen positiv für Israel sein möge oder vorgibt, dies

zu sein. Der seinerzeitige Bundeskanzler Konrad Adenauer beispielsweise begründete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Deutschlands mit Israel unter anderem mit der Aussage: „Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.“⁶ Und Franz-Josef Strauß, der für Israel wichtige Waffenlieferungen organisierte, sagte: „Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden.“⁷

Nachdem man jahrelang zugesehen hatte, wie die rechtsextreme Wehrsportgruppe Hoffmann ihre Strukturen aufbaute, wurde sie im Januar 1980 verboten. Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß lehnte das Verbot ab. Am 26. September 1980 verübte ein Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest, am 19. Dezember 1980 wurden der Erlanger Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke von einem weiteren Mitglied der Gruppe ermordet. Die Öffentlichkeit erging sich danach in Spekulationen darüber, ob Lewin womöglich ein israelischer Agent gewesen sei. Derlei Vorwürfe, Juden seien Israel gegenüber loyaler als Deutschland, ziehen sich ebenso durch das Leben vieler deutscher Juden und Jüdinnen wie etwa Aufforderungen, sich zu Israel zu positionieren oder etwas zu „ihrer“ – gemeint ist die israelische – Regierung zu sagen.

Arabischer und islamischer Antisemitismus mit Israelbezug

In den Teilen der Welt, die als vornehmlich arabisch und/oder islamisch gelten, sind Antisemitismus und Antizionismus weit verbreitet, und zwar in nationalistischen, säkularen, panarabischen, islamischen und islamistischen Bewegungen. Häufig wird das Territorium, um das es geht, wenn von „Palästina“ die Rede ist, als „arabisch“ oder „islamisch“ verstanden, weil es einmal unter islamischer Herrschaft stand. Israel habe demgegenüber keine Existenzberechtigung. Je nach Prägung kommen offen antisemitische Verschwörungserzählungen dazu, in denen wiederum Klassiker des modernen Antisemitismus zitiert werden: Die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘, eine antisemitische Erfindung vermutlich des zaristischen Geheimdienstes vom Anfang des 20. Jahrhunderts, finden in der arabischen Welt wie auch in der Türkei und anderen Ländern bis heute massive Verbreitung. Der 2024

tödlich verunglückte Präsident der Islamischen Republik Iran, Ebrahim Raisi, zeichnete verantwortlich für eine Verfilmung der Protokolle in 50 Folgen.⁸ Mahmoud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, sagte am 23. Juni 2016 im EU-Parlament, israelische Rabbiner hätten die Regierung aufgefordert, palästinensisches Wasser zu vergiften, um Kinder zu töten.⁹ Er bediente damit zwei antisemitische Motive in einem Satz: die Legende von der Brunnenvergiftung durch Juden und die Mär von den Juden als Kindermörder. Für die Rede, die er „im Namen Allahs des Barmherzigen“ begann, erhielt Abbas von zahlreichen Parlamentarier:innen stehende Ovationen. Rund einen Monat vor dem 7. Oktober stellte Abbas vor führenden Fatah-Mitgliedern die These auf, dass „Europa die Juden gehasst hat, weil sie Juden waren. Die [Europäer] kämpften gegen diese Menschen wegen ihrer Rolle in der Gesellschaft, die mit Wucher, Geld und so weiter zu tun hatte.“ Hiermit rationalisierte Abbas unter Rückgriff auf das antisemitische Ressentiment des „Geldjuden“ die Schoah.¹⁰

Weitere personelle Beispiele für den weit verbreiteten Antizionismus und Antisemitismus wichtiger islamischer Akteure sind etwa der 2022 verstorbene Chefideologe der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, der die Schoah als Strafe Gottes für die Juden bezeichnete und Selbstmordanschläge auf israelische Zivilist:innen legitimierte¹¹; die jemenitischen Huthis, deren Slogan „Gott ist groß! Tod für Amerika, Tod für Israel, Verflucht seien die Juden, Sieg dem Islam!“¹² keine Zweifel an ihrer Gesinnung lässt; oder Louis Farrakhan, der Anführer der US-amerikanischen Organisation „Nation of Islam“: Unter seinen vielen antisemitischen Aussagen findet sich auch jene, die Anschläge vom 11. September 2001 seien „False flag“-Operationen, bei denen „viele Israelis und zionistische Juden“ Schlüsselrollen gespielt hätten.¹³ Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Auch wenn sich, gerade im Kontext des Nahen Ostens, säkular-nationalistischer, nicht selten auch pseudosozialistisch gefärbter und islamischer Antisemitismus in der Praxis mischen und besonders in der Feindschaft gegen Israel zusammenkommen, ist doch auf zwei unterschiedliche Ideengeschichten hinzuweisen: Der heutige islamisch legitimierte Antisemitismus, der sich auch gegen Israel richtet, vermischt Elemente des modernen, in Europa entstandenen Antisemitismus mit antijüdischen islamischen Elementen, etwa judenfeindlichen Suren, und hat sich in dieser Form seit der Gründung der Muslimbruderschaft 1928 in Ägypten mit dem politischen Islam verbreitet.

Der säkular-nationalistische Antisemitismus in arabischen, türkischen, kurdischen oder iranischen Bewegungen hingegen geht mit dem Islam gelegentlich strategische Bündnisse ein, mitunter gibt es aber auch eine offene Feindschaft gegenüber islamischen und islamistischen Gruppen. Auch der anti- oder nichtreligiöse Nationalismus, der Panarabismus, der Marxismus-Leninismus, die mitunter bestehende Bindung an Moskau und eine Mischung mit einem bestimmten Verständnis von Antimperialismus haben bis heute einflussreiche antizionistische und antisemitische Traditionen begründet.

In beiden Fällen ist dieser Antisemitismus und der Antizionismus in großen Teilen der Bevölkerung verbreitet, sowohl in stärker säkular geprägten Staaten wie Syrien als auch in religiöseren Gesellschaften. Gleichwohl bestehen zwischen Israel und einigen dieser Friedensverträge und Kooperationen, andere Länder stellen Israel aber aufgrund ihrer anhaltenden Feindseligkeiten und militärischen Ambitionen vor große Sicherheitsprobleme – allen voran das iranische Regime und seine Proxys, die Hisbollah im Libanon sowie die Terrororganisation der Hamas, die am 7. Oktober 2023 in Israel einfiel, 1200 Menschen ermordete und 240 Menschen in den Gazastreifen entführte. ▼

Linker und postmoderner israelbezogener Antisemitismus

Auch Antisemitismus in linken und sich als progressiv begreifenden Bewegungen drückt sich mit Vorliebe als israelbezogener Antisemitismus aus. In Deutschland wurde Israel in diesem Spektrum insbesondere nach dem Sechs-Tage-Krieg weniger als Staat der Schoah-Überlebenden und sozialistische Kibbuz-Utopie gesehen, sondern mehr und mehr als imperialistischer Aggressor. „Der Zionismus“ wurde immer mehr zum Feindbild. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatte die 68er-Bewegung.

Noch in ihrer Distanzierung vom antisemitischen Brandanschlag auf ein Wohnheim der Israelitischen Kultusgemeinde in der Münchner Reichenbachstraße im Februar 1970, bei dem sieben Menschen ermordet wurden, darunter Schoah-Überlebende, offenbarte die Gruppe Tupamaros München antisemitisches Verschwörungsdenken: Sie schrieb, der „Reichstagsbrand im Altersheim“ sei gelegt worden, um eine „Hexenjagd auf die Feinde

des US-zionistischen Imperialismus zu eröffnen“. In einer Zeitung namens ‚Kürbiskern‘ wurde spekuliert, ob das Gebäude in der Reichenbachstraße ein „Stützpunkt, wenn nicht sogar geheimes Hauptquartier“ einer jüdischen Jugendgruppe, einer „rechtszionistischen Organisation“, gewesen sei. Dieter Kunzelmann, der den Tupamaros West-Berlin angehörte und dem die Verantwortung für den Bombenanschlag auf das Berliner Gemeindezentrum am 9. November 1969 zugeschrieben wird, bezeichnete den Münchner Anschlag als „zionistisches Massaker“, das deutsche Juden zur Auswanderung nach Israel bewegen sollte.¹⁴

1976 brachte ein Kommando der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), darunter die bundesdeutschen Staatsbürger:innen Wilfried Böse (alias Mahmoud) und Brigitte Kuhlmann (alias Halimeh), beide Gründungsmitglieder der Revolutionären Zellen, ein Flugzeug der Air France auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris bei einem Zwischenstopp in Athen in ihre Gewalt und entführte die Maschine mit den Passagieren via Bengazi in Libyen nach Entebbe in Uganda. Dort separierten die Täter:innen die israelischen und einige der jüdischen Geiseln von den anderen. Sie wollten mit der Entführung unter anderem sechs RAF-Mitglieder aus deutschen Gefängnissen freipressen und auf den antiimperialistischen Kampf der PFLP im „besetzen Palästina“ aufmerksam machen.

Aber auch abseits von Terrorgruppen war in der Linken der israelbezogene Antisemitismus weit verbreitet. So wurde beispielsweise im Juni 1988 auf die Wand eines besetzten Hauses in der Hamburger Hafenstraße großflächig geschrieben: „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim und Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien!“¹⁵ In der Antiglobalisierungsbewegung der 1990er Jahre trat ein zunehmend verschwörungsideologisch argumentierender Antisemitismus in den Vordergrund, der häufig mit Codes wie „Globalisten“, „Zionisten“ oder „Ostküste“ operierte.

Ab den frühen 1990er Jahren gab es aber auch eine große innerlinke Spaltung, nachdem Teile der deutschsprachigen Linken diesen Antisemitismus und Antizionismus kritisierten. Diese Spaltung zeigt sich an unterschiedlichen Positionen, beispielsweise zum Golfkrieg 1991 und zum Irakkrieg, zur deutschen Wiedervereinigung, zur zweiten Intifada, zu den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, zum 7. Oktober oder zum Umgang mit dem iranischen Regime bis heute. Inzwischen gibt es in Deutschland und Österreich nicht wenige Linke, die sich explizit gegen jeden Antisemitismus stellen und zur Solidarität mit Israel bekennen.

In den neueren sozialen Bewegungen, die sich nicht in erster Linie als links, aber doch als fortschrittlich begreifen, ist wiederum der israelbezogene Antisemitismus stärker präsent. Bereits vor, während und nach der jüngsten Eskalation des Terrors gegen Israel am und seit dem 7. Oktober gab und gibt es eine Vielzahl von antiisraelischen Statements. Der internationale Instagram-Account von „Fridays for Future“ etwa hatte das dringende Bedürfnis, auf der vermeintlich richtigen, scheinbar pro-palästinensischen Seite zu stehen, während der deutsche Ableger einen entsprechenden Post nicht unterstützte.¹⁶ Auf einer Kundgebung anlässlich des internationalen Frauenkampftages am 8. März in München wurde jüdischen Teilnehmer:innen von einer Ordnerin gesagt, sie hätten hier nichts zu suchen, da sie den zionistischen Siedlungskolonialismus repräsentieren würden.

Antisemitismus unter „progressiven“ Vorzeichen gab es aber auch vor dem 7. Oktober: Die Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) hatte sich nach dem Mord am Afroamerikaner George Floyd dessen letzte Worte „I can't breathe!“ zu einer Hauptparole genommen. Seit antiisraelischen Protesten 2021 wird die Abwandlung „We can't breathe since 1948“ in Kombination mit der palästinensischen Flagge gegen Israel instrumentalisiert: 1948 wurde Israel gegründet, seitdem würden also die Palästinenser:innen von Israel am Atmen gehindert und wie Floyd aus rassistischen Gründen ermordet. Solche und ähnliche Motive finden großen Anklang, gerade auch in den sozialen Netzwerken.



◀ München
20. Mai 2021

Kritik an Israel kann als progressiv erscheinen, weil dadurch angeblich eine ‚ehrliche Wahrheit‘ der Unterdrückten gegen eine vermeintlich verlogene Übermacht artikuliert wird – Israel wird als machtvoller Unterdrückerstaat imaginiert, und ihm werden alle möglichen und unmöglichen Dinge vorgeworfen. Es ist aber eine wohlfeile und nur scheinbar kritische Haltung, im antiisraelischen Ressentiment ist man sich sehr einig. Diese Einigkeit wird noch dadurch befeuert, dass Israel der einzige Staat im Nahen Osten ist, in dem auch kritischer Aktivismus möglich ist und in dem bürgerliche und damit auch politische Freiheiten geschützt werden. Das darf nicht sein und muss abgewehrt werden, um die Rollenverteilung von Unterdrückten und Unterdrückern aufrechterhalten zu können. Der israelische Staat ist Projektionsfläche nicht nur vieler Linker für alles, was allen anderen Staaten nicht angelastet wird. Er ist „der kollektive Jude unter den Nationen“, wie es der israelische Historiker Jacob Leib Talmon 1976 formulierte.¹⁷ ▼

Israelfeindlichkeit als milieuübergreifendes Phänomen

Eine organisatorische Verbindung zwischen rechtem, linkem, arabischem und islamischem Antisemitismus mit Israelbezug zeigte sich besonders im Training für den ‚bewaffneten Kampf‘. Nachdem die rechtsextreme Wehrsportgruppe Hoffmann 1980 in der Bundesrepublik Deutschland verboten worden war, ging sie in ein Trainingslager der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Libanon. Bereits zehn Jahre zuvor waren die ersten Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) in einem Ausbildungscamp der Fatah, der stärksten Fraktion in der PLO, in Jordanien ausgebildet worden.

Eine antiisraelische Schlagseite zieht sich durch fast alle politischen und weltanschaulichen Milieus, auch bei Berufspolitiker:innen. Die Unions-Politiker Franz-Josef Strauß und Konrad Adenauer etwa wurden oben bereits zitiert. Hans-Christian Ströbele (Grüne) sagte 1991, die irakischen Scud-Raketen auf Tel Aviv, von denen lange nicht klar war, ob sie mit Giftgas bestückt sind, seien „die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels“. Sigmar Gabriel (SPD) bezeichnete 2012 die Situation in Hebron als → „Apartheid-Regime, für das es keinerlei Rechtfertigung“ gebe. Inge Höger, damals für die Partei Die Linke im Bundestag, war Passagierin auf der Mavi Marmara, einem Schiff der türkischen islamistischen Organisation IHH, das 2010 unter humanitärem Deckmantel versuchte, die israelische

Seeblockade des Gazastreifens, die gegen die Hamas errichtet wurde, zu durchbrechen. Jürgen Möllemann (FDP) schrieb, „die israelische Regierung“ bzw. „der Mossad“ habe gegenüber FDP-Parteichef Guido Westerwelle „seinen politischen Kopf verlang[t]“. Alexander Gauland (AfD) schrieb 2001, der Staat Israel sei ein „Fremdkörper“ in der arabischen Welt und 2003, dass „der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen wird, solange die Israelis arabisches Land besetzt halten“ – womit Israels Existenz die Schuld an der katastrophalen Lage in der Region zugewiesen wird. Derlei israelfeindliche Taten und Äußerungen, die nicht ohne ihren Bezug zum Antisemitismus erklärt werden können, zeigen sich auch bei Demonstrationen und medialer Berichterstattung immer wieder.

2006 etwa überschrieb der Focus einen Artikel zu „Irans Atomwaffen“, die in erster Linie Israel gefährden, mit: „Israel droht mit Selbstverteidigung“.¹⁸ 2014 berichtete der Spiegel: „Israel erwidert trotz neuer Waffenruhe Beschuss aus Gaza“,¹⁹ und im Mai 2021 titelte tagesschau.de: „Wiederaufbau in Gaza, Drohung aus Israel“²⁰. Das sind nur einige Beispiele einer häufig mindestens einseitigen, antiisraelischen Berichterstattung in deutschen Medien. Auch nach dem 7. Oktober 2023 war der Vorwurf des Genozids an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza in deutschen Talkshows häufig zu hören.

Ein grundlegendes Problem bleibt aber die vermeintliche Äquidistanz. In einer Instagram-Story schrieb die Tagesschau: „Israel und Gaza beschießen sich“.²¹ Was technisch gesehen zutreffen mag, verschweigt doch Wesentliches, nämlich die Motivationen und Ziele des Beschusses: Während aus dem Gazastreifen islamistische Terrororganisationen Raketen auf zivile israelische Infrastruktur – also Wohngebiete, Kindergärten, Krankenhäuser – schießen, nimmt Israel im Gazastreifen gezielt die terroristische Infrastruktur, von der diese Angriffe ausgehen, ins Visier. Die Hamas positioniert ihre Waffen häufig in der Nähe beispielsweise von UNWRA-Schulen²², um so israelische Angriffe zu verhindern. Wenn die israelische Luftwaffe die Terrorinfrastruktur dann doch unter Beschuss nimmt, bietet das der Terrororganisation die Gelegenheit, den jüdischen Staat eines Angriffs auf die Zivilbevölkerung zu beschuldigen.

Israel benutzt das Raketenabwehrsystem Iron Dome, um die Bevölkerung vor möglichst vielen der Raketenangriffe zu schützen. Die Hamas dagegen nutzt die Bevölkerung, um ihre Kämpfer, Waffen und Immobilien vor möglichst vielen israelischen Angriffen zu schützen. Sie missbraucht sie also als menschliche Schutzschilde. Wenn der Grundsatz einer ausgewogenen

Berichterstattung so falsch verstanden wird, dass solche grundlegenden Unterschiede verblassen oder keine Rolle spielen, ist diese „äquidistante“ Berichterstattung letztlich antiisraelisch.

Wenn die Situation in und um Israel eskaliert, wenn Israel etwa Terrororganisationen als Reaktion auf den größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Schoah angreift, wie zuletzt nach dem 7. Oktober, finden bundesweit regelmäßig antiisraelische Demonstrationen statt. Obwohl die Aggression nicht von Israel ausgeht, werden dort fast immer auch antisemitische Inhalte verbreitet. Wenn aber beispielsweise das syrische Assad-Regime im sogenannten Flüchtlingslager Yarmouk, einem Vorort von Damaskus, während des syrischen Bürgerkrieges palästinensische Zivilist:innen wiederholt gezielt angreift und diese dort ohne staatsbürgerliche Rechte leben müssen, bleibt das im Vergleich dazu nahezu unkommentiert. Auch die autoritären bis terroristischen Regime der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland und der Hamas im Gazastreifen, unter denen in erster Linie die palästinensische Bevölkerung leidet, werden auf Demonstrationen und Kundgebungen selten kritisiert. Unrecht gegenüber den Palästinenser:innen, das man nicht Israel in die Schuhe schieben kann, ist meist kein Thema für die ‚Israelkritiker‘. Stattdessen wurde auf Demonstrationen oft die Befreiung der palästinensischen „Geiseln“ in israelischer Haft gefordert. Damit sind vor allem verurteilte Terrorist:innen gemeint, von denen nicht wenige auch für Tote verantwortlich sind. Auch muss hier in Erinnerung bleiben, dass etwa Yahya Sinwar, heute Chef der Hamas und Drahtzieher des Terrorangriffs am 7. Oktober, im Zuge des Austauschs palästinensischer Häftlinge gegen den in den Gazastreifen entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit 2011 freigekommen war. Zu den israelischen tatsächlichen Geiseln hingegen wird auf den israelfeindlichen Demonstrationen meist kein Wort gesagt.

Dem sogenannten Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinenser:innen wird eine Aufmerksamkeit zuteil, die, vergleicht man ihn mit anderen Konflikten, anderer Unterdrückung und anderen Menschenrechtsverletzungen weltweit, nicht mit seinem Ausmaß oder seiner Intensität erklärt werden kann. Vielmehr scheint regelmäßig vor allem das antiisraelische und antisemitische Ressentiment die Motivation zu sein – und weitaus weniger der Einsatz für die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung.

All das bedeutet: Was Israel konkret tut, ist unwesentlich. Es steht in großen Teilen der Öffentlichkeit von vornherein fest, dass der jüdische Staat der Böse ist. Hier zeigt sich, dass der Antizionismus in seinen heutigen Formen ein Ausdruck des Antisemitismus ist und somit Teil einer geschlossenen Weltanschauung sein kann. Der psychische Nutzen dieser Imagination überwiegt gegenüber dem Interesse nach einer rationalen Auseinandersetzung mit der Empirie. Wer einem gefestigten antisemitischen und antizionistischen Weltbild anhängt, wird sich nicht davon abbringen lassen, nur weil er oder sie darauf aufmerksam gemacht wird, dass Juden und Jüdinnen und Araber:innen in Haifa gemeinsam einen Hummus-Laden betreiben, Israel der Palästinensischen Autonomiebehörde Covid-Impfstoff zur Verfügung gestellt hat, es in Israel staatlich finanzierte Scharia-Gerichte gibt oder Israel während aktiver Kampfhandlungen Hilfsgüter nach Gaza transportiert. Wie möglich oder unmöglich diese Art der Aufklärung jeweils ist, lässt sich aber nur im Einzelfall herausfinden. Je gefestigter das zugrundeliegende antisemitische Weltbild, desto weniger wird mit Fakten etwas zu erreichen sein. Man sollte es deshalb aber nicht unversucht lassen und muss bei jedem Gegenüber einschätzen, ob Fakten und Aufklärung fruchten können oder vergeblich sind.

- 1 Alfred Rosenberg: Der staatsfeindliche Zionismus, München (Zentralverlag der NSDAP) 1943 [1922], S. 86.
- 2 Adolf Hitler: Hitlers zweites Buch, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1961, S. 220.
- 3 Yehuda Bauer, On the Holocaust and Other Genocides. Joseph and Rebecca Meyerhoff Annual Lecture, 5 October 2006, S. 15, <https://collections.ushmm.org/search/catalog/bib125656>
- 4 Vgl. <https://unwatch.org/2022-2023-unga-resolutions-on-israel-vs-rest-of-the-world/> und https://www.ifo.de/DocDL/ifosd_2015_07_5.pdf
- 5 https://www.deutschlandfunkkultur.de/antisemitismus-in-der-udssr-was-plante-stalin-mit-den.1079.de.html?dram:article_id=407175
- 6 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/diplomatische-beziehungen-deutschland-israel-jubilaeum-100.html>
- 7 Godel Rosenberg: *Franz Josef Strauß und sein Jude. Erinnerungen zwischen München und Tel Aviv*, München (Allitera Verlag) 2015, S. 14.
- 8 <https://www.newsweek.com/irans-new-president-has-track-record-antisemitism-opinion-1604270>
- 9 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-8-2016-06-23-ITM-005_DE.html
- 10 <https://www.tagesschau.de/inland/steinmeier-kritik-abbas-rede-100.html>
- 11 <https://taz.de/Der-Fernseh-Mufti!/644928/>
- 12 <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/ndr/2014/jemen-102.html>
- 13 <https://www.adl.org/education/resources/reports/nation-of-islam-farrakhan-in-his-own-words>
- 14 <https://www.spiegel.de/geschichte/muenchen-1970-das-fast-vergessene-attentat-auf-das-juedische-gemeindehaus-a-fde4a5d9-4feb-41dc-8551-ac36b6176d3c>
- 15 <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/261664/bildstrecke-antisemitismus/>, Bild 15.
- 16 https://www.instagram.com/p/CPBwr2cH7w5/?utm_medium=copy_link
- 17 Jacob Leib Talmon: The New Anti-Semitism, in: *The New Republic*, 18. September 1976, S. 18–23.
- 18 https://www.focus.de/politik/ausland/israel-droht-mit-selbstverteidigung-atomstreit_id_1719779.html
- 19 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenruhe-zwischen-israel-und-hamas-verlaengert-a-986015.html>
- 20 Zit. n. https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf, S. 33
- 21 „Beschluss zwischen Palästinensern und Israel geht weiter“, titelte im Mai 2023 etwa die Rheinische Post. https://rp-online.de/politik/ausland/nahostkonflikt-beschuss-zwischen-palaestinensern-und-israel-geht-weiter_aid-90215575
- 22 Z. B.: <https://www.timesofisrael.com/photos-show-hamas-tunnel-dug-underneath-courtyard-of-unwra-school-in-gaza/> Bei solchen Angriffen werden häufig Zivilist:innen durch abgeworfene Flugblätter, Textnachrichten oder durch „knock-on-the-roof“-Beschluss vor dem bevorstehenden Angriff gewarnt, um sich in Sicherheit bringen zu können.

Glossar: Begriffe, Parolen und Symbole

Im Folgenden werden Begriffe, Parolen und Symbole beleuchtet, die im Kontext israelfeindlicher Mobilisierungen in Bayern dokumentiert wurden. Nicht alle sind für sich genommen nach RIAS-Kriterien antisemitisch, können aber in Verbindung mit bestimmten Anlässen und mit anderen Äußerungen und Bildern eine eindeutig antisemitische Bedeutung erlangen oder werden oft in antisemitischen Aussagen verwendet.

Viele dieser Begriffe, Symbole und Parolen dokumentierten wir bereits im Frühjahr 2021, es kamen und kommen jedoch seit dem 7. Oktober 2023 neue hinzu, die zum Teil eine klare und positive Bezugnahme auf den palästinensischen Terror zum Ausdruck bringen.

In diesem Glossar werden auch immer wieder einzelne, häufig exemplarische historische Fakten genannt, die in der Beschäftigung mit israelbezogenem Antisemitismus und seinen Ausdrucksweisen wichtig sind. Weil der Antisemitismus und damit der Antizionismus sich aber größtenteils nicht an Fakten orientieren, sondern Gefühlslagen derer folgen, die sie äußern, stößt die Aufklärung über den Antisemitismus mit solchen Fakten immer wieder an ihre Grenzen. Die Fakten zu kennen und zu versuchen, mit ihnen zu argumentieren, ist dennoch wichtig, wenn auch leider nicht immer von Erfolg gekrönt.

Al-Aqsa

S. 94

Apartheid, Rassismus

S. 97

**Boycott, Divestment
and Sanctions (BDS)**

S. 102

**Ethnische Säuberung,
Ethnic Cleansing,
Genocide, Völkermord**

S. 104

**„Free Palestine
from German Guilt“**

S. 106

**„From the River
to the Sea, Palestine
will be free“**

S. 107

**Gleichsetzungen der
israelischen Politik mit
der Schoah und dem
Nationalsozialismus**

S. 108

Gleitschirme, Paraglider

S. 109

Handala

S. 110

Indigene

S. 112

Intifada

S. 114

**„It didn't start on
October 7“**

S. 115

**Karten „schrumpfendes
Palästina“ und „ganz
Palästina“**

S. 115

**Khaybar, Khaybar ya
yahud**

S. 119

Kindermörder

S. 121

**Kolonialismus,
Siedlerkolonialismus,
Settler Colonialism**

S. 123

Konzentrationslager

S. 126

**Kufiyah, Keffiyeh,
„Palituch“**

S. 127

Landraub

S. 128

Märtyrer

S. 129

„Nie wieder gilt für alle“

S. 131

Rote Hände

S. 132

Rotes Hamas-Dreieck

S. 133

**Rückkehrrecht,
„We Will Return“,
Schlüsselsymbolik**

S. 134

Wassermelone

S. 136

Widerstand

S. 137

**„Zionisten“
als Chiffre**

S. 138

**Zionistisches
Regime/Gebilde**

S. 139

Al-Aqsa

Die Al-Aqsa-Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg (hebräisch: Har haBayit, arabisch: al-Haram ash-Sharif) steht immer wieder im Zentrum von Auseinandersetzungen und gewalttätigen Ausschreitungen. Hartnäckig wird seit Jahrzehnten das Gerücht verbreitet, Israel wolle die Moschee zerstören.

Die Al-Aqsa-Moschee gilt nach Mekka und Medina als drittheiligste Stätte im Islam, weil Mohammed von hier aus nach der Nachtreise von Mekka nach Jerusalem seine Himmelfahrt angetreten haben soll. Al-Aqsa wird häufig mit dem auch auf dem Tempelberg gelegenen Felsendom mit der goldenen Kuppel verwechselt, der ebenfalls religiöse Bedeutung hat. Sein Bild steht symbolisch für den Tempelberg, damit auch für die Al-Aqsa-Moschee und insbesondere in religiösen islamischen Kreisen für Jerusalem, das auf Arabisch al-Quds heißt. Auf dem Tempelberg standen zudem die ersten beiden jüdischen Tempel, der zweite wurde im Jahr 70 von den Römern zerstört.

Die Reste der Westmauer seines Fundaments, die Klagemauer, sind heute die wichtigste heilige Stätte im Judentum. Die islamische Expansion drang 637 in die Länder des östlichen Mittelmeers vor. Jerusalem gelangte nach einer mehrmonatigen Belagerung in den Besitz von Kalif Omar. Die Stadt wurde al-Quds (das Heiligtum) genannt, es wanderten vermehrt Araber:innen ein und der Islam breitete sich aus. Bedeutende islamische Gelehrte, darunter der amtierende Großmufti von Jerusalem, bestreiten die Existenz jüdischer Tempel auf dem Areal und bestehen darauf, dass es dort immer nur eine Moschee gegeben habe.

Kurz nachdem Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 die Jerusalemer Altstadt, wo der Tempelberg liegt, erobert hatte, wurde die Autorität über ihn an den Waqf übergeben, eine jordanische islamische Stiftung. Den Zugang zum Tempelberg sowie die Klagemauer kontrollieren hingegen israelische Sicherheitskräfte. Beten dürfen auf dem Tempelberg nur Muslim:innen, Juden und Jüdinnen wie auch Christ:innen usw. dürfen ihn zwar besuchen, aber keine religiösen Handlungen durchführen. Israel garantiert also islamische Religionsausübung auf dem Tempelberg, verhindert aber jüdische, die nur an der Klagemauer stattfinden darf. Doch bereits die Anwesenheit von Juden und Jüdinnen auf dem Tempelberg wird häufig unabhängig von der Intention als Provokation interpretiert.



Israel wird immer wieder vorgeworfen, die Al-Aqsa-Moschee zerstören zu wollen. Dabei wird auf jüdische Gruppen Bezug genommen, die einen dritten Tempel auf dem Tempelberg errichten wollen; manche von ihnen wollen dafür tatsächlich die Moschee abreißen. Das ist aber eine Minderheitenposition, und der israelische Staat verfolgt kein entsprechendes Interesse. Vielmehr schützt er auch die islamischen Heiligtümer. 1984 beispielsweise verhaftete der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet Personen aus dem Umfeld des sogenannten jüdischen Untergrundes, die den Plan hatten, den Felsendom zu zerstören. Ein australischer Christ, der 1969 einen Brandanschlag auf die Moschee verübt hatte, wurde aufgrund einer Erkrankung von einem israelischen Gericht in die Psychiatrie eingewiesen.

Immer wieder steht die Al-Aqsa-Moschee im Zentrum antiisraelischer und antisemitischer Ausschreitungen und wird beispielsweise als Rückzugsort bei Auseinandersetzung mit den israelischen Sicherheitskräften genutzt. Deshalb schreiten diese dort auch manchmal ein – einen Plan, die Moschee zu zerstören, haben sie allerdings nicht.

Der Symbolcharakter der Al-Aqsa-Moschee ist groß. Sie ist Bezugspunkt für viele, gerade muslimische Palästinenser:innen im Allgemeinen, aber auch für Terroristen. Die Hamas nannte die Massaker am 7. Oktober bezeichnenderweise „Al-Aqsa-Flut“. Nach der Moschee sind auch die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden (→ *Märtyrer*) benannt, eine Fatah-nahe Terrororganisation, die sich in der zweiten → *Intifada* gegründet hat und für dutzende (Selbst-)mord- und andere Anschläge auf Israelis, aber auch auf palästinensische Journalist:innen und Politiker:innen verantwortlich ist.

München, 30. Oktober 2023

Eine Frau entdeckte an einer Betonsäule in München-Riem die Zeichnung einer Moschee mit den Schriftzügen „al-Aqsa-Moschee“ sowie → „*We can't breathe since 1948*“. Der Slogan suggeriert, dass durch die Gründung Israels 1948 die palästinensische Bevölkerung unterdrückt werde und „nicht atmen“ könne. Der bekannte Ausspruch des Afroamerikaners George Floyd, der durch einen US-amerikanischen Polizisten aus rassistischen Motiven getötet wurde, suggeriert, dass die Existenz des Staates Israel Rassismus darstelle, weshalb dieser abgeschafft werden müsse.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus

Apartheid, Rassismus

Die Behauptung, Israel sei ein „Apartheidstaat“, war nahezu auf allen israel-feindlich Demonstrationen und Kundgebungen seit dem 7. Oktober in Bayern zu vernehmen. Zudem wird diese Behauptung als Parole massenhaft in Form von Aufklebern und Graffiti verbreitet. Mit ihr soll Israel dämonisiert und als jüdischer Staat delegitimiert werden.

Der Begriff Apartheid bezeichnet die ab 1948 gesetzlich verankerte Politik der sogenannten Rassentrennung in Südafrika. Mit der Apartheid wurden die südafrikanischen Staatsbürger:innen in vier ethnische Gruppen eingeteilt. An öffentlichen Orten war eine strikte Trennung von Weißen und Nichtweißen vorgeschrieben, Eheschließungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher ethnischer Gruppen waren verboten. 1950 wurde eine strikte Trennung der Wohngebiete festgeschrieben. Gesetzliche Apartheidbestimmungen erstreckten sich in jeden Bereich, von der Bildung über die Arbeitswelt und die Gesundheitsversorgung bis zu politischer Teilhabe. Somit bestimmte die rassistische Ordnung die Gesellschaft auf allen Ebenen.

Seit über 50 Jahren wird Israel mit Apartheid-Südafrika verglichen, seinen Ursprung hat dieser Vorwurf aber nicht bei schwarzen Südafrikaner:innen oder bei Palästinenser:innen, sondern in der Sowjetunion, die aus geopolitischen und ideologischen Gründen die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel unterstützte. 1975 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt und dementsprechend Südafrika in einem Atemzug mit Israel genannt wurde. Sie wurde 1991 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des realsozialistischen Staatenblocks zurückgenommen. Die Gleichsetzung ist aber nach wie vor präsent, zum Beispiel während der jährlich weltweit stattfindenden „Israel-Apartheid-Woche“ in Veranstaltungen etwa an Universitäten. Sie ist eines der zentralen Ideologeme der globalen Kampagne für den Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (→ BDS) gegen Israel.

Auf der dritten „Weltkonferenz gegen Rassismus“ der Vereinten Nationen im September 2001 sollte im südafrikanischen Durban über aktuelle Formen von Rassismus und Möglichkeiten seiner Überwindung diskutiert werden. Sie war jedoch, ebenso wie eine parallel stattfindende NGO-Konferenz, von Antisemitismus durchzogen. Israelische und jüdische Delegierte waren heftigen Beschimpfungen durch andere Konferenzteilnehmer:innen ausgesetzt, und es wurden etwa Flyer mit einem Foto Adolf Hitlers verteilt, unter dem



zu lesen war: „What if I had won? The good thing – There would be no Israel and no Palestinian’s blood shed“. („Was wäre, wenn ich gewonnen hätte? Das Gute daran: Es gäbe kein Israel und kein palästinensisches Blutvergießen“.)

Unter Protest verließen die Delegationen Israels und der USA die UN-Konferenz. Aus deren Abschlussdokument wurden manche der extremsten israelfeindlich Passagen gestrichen, aber auch solche über den Kampf gegen den Antisemitismus und die Leugnung der Schoah fanden sich am Ende nicht mehr darin. Die Abschlusserklärung der NGO-Konferenz hingegen dokumentierte die israelfeindlichen Positionen eines großen Teils der teilnehmenden Organisationen. In ihr wurde Israel mit dem rassistischen Apartheidregime Südafrikas gleichgesetzt und bezichtigt, „rassistische Verbrechen“ sowie → „Völkermord“ und → „ethnische Säuberungen“ zu verüben. Durban wird oft insbesondere von jüdischen Menschenrechtler:innen, die sich bei der Konferenz zunächst unter antirassistischen Verbündeten wählten, als massiver Einschnitt und antisemitischer Ausschluss betrachtet.² Bezeichnenderweise ist es allen voran die südafrikanische Regierung, die seit dem 7. Oktober auch auf der Ebene des internationalen Rechts versucht, gegen Israel vorzugehen.

Geschichte und Ausmaß der tatsächlichen historischen Apartheid Südafrikas sind in dieser Kürze nicht darstellbar. Auf Israel treffen die Kernmerkmale, die das rassistische Apartheidsystem kennzeichneten, jedenfalls schlicht nicht zu. Der Staat Israel verweigert seinen arabischen Bürger:innen keine formalen, demokratischen Grundrechte. Ehud Olmert beispielsweise, ehemaliger Ministerpräsident Israels und Jude, wurde unter dem Vorsitz eines arabischen Richters zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Muslimische, christliche, jüdische und andere Personen können selbstverständlich die gleichen Restaurants, Universitäten und Toiletten besuchen oder politische Vertreter:innen wählen und sich wählen lassen – alles Dinge, die in Südafrika unter dem Apartheidregime nicht möglich waren.

Landshut, 30. März 2024

Am 30. März entdeckte ein Passant, dass am städtisch geförderten *Haus International* in Landshut auf ein dort vorhandenes Schild mit der Aufschrift „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ das Wort „Zionismus“ eingefügt wurde. Der Buchstabe „Z“ wurde dabei in ein Hakenkreuz verwandelt. An einer der Fensterscheiben waren zusätzlich zwei Aufkleber angebracht: „Boycott Israeli Apartheid“ sowie ein Sticker, der Zionismus als „koloniale Ideologie, die das Judentum missbraucht“ bezeichnet. Der Vorfall wurde mehrfach gemeldet und war Teil einer massiven Welle an antisemitischen Stickern und Parolen im ganzen Innenstadtgebiet von Landshut, die auch bis zum Sommer 2024 immer wieder aufflackerte. Durch das Hakenkreuz wird der Zionismus mit der antisemitischen NS-Ideologie gleichgesetzt. Hierbei handelt es sich um eine Täter-Opfer Umkehr, entstand doch die zionistische Bewegung gerade vor dem Hintergrund der antisemitischen Gewalt in Europa – mit dem Ziel, eine sichere Heimstätte für das jüdische Volk zu schaffen. Die Gleichstellung stellt eine Dämonisierung des Staates Israel dar. Gleichzeitig relativiert sie die NS-Ideologie, deren zentrales Element der eliminatorische Antisemitismus war. Auch die Vorwürfe der Apartheid und des Kolonialismus dienen dazu, Israel zu delegitimieren, ihm also sein Existenzrecht abzuspochen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Selbstredend ist die israelische Gesellschaft, wie jede andere auch, nicht frei von Diskriminierungen und Rassismus. Es gibt aber keine juristisch verankerte, ethnisch diskriminierende Gesetzgebung. Bereits die Gründer Israels um David Ben-Gurion schrieben am 14. Mai 1948 in der

Unabhängigkeitserklärung, der neue Staat Israel werde „all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen“. Sie wandten sich auch „an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufruf, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen“.³ Diese Unabhängigkeitserklärung stellt bis heute eine der Grundlagen des israelischen Staates und der Rechtsprechung dar, die sich auch durch das sogenannte Nationalstaatsgesetz von 2018 nicht geändert haben.

Die palästinensischen Bewohner:innen des Westjordanlandes sowie des Gazastreifens besitzen aus komplexen historischen Gründen keine israelische Staatsbürgerschaft. Insbesondere in den Teilen der Westbank, die israelisch kontrolliert sind, unterliegen sie einem anderen Recht als Israelis. Auch Weigerungen der palästinensischen Seite, Angebote für einen Staat Palästina anzunehmen, waren ein Grund dafür, dass große Teile des Westjordanlandes nach wie vor unter israelischer Kontrolle stehen. Auch hier kann aber keinesfalls von Apartheid gesprochen werden: Es ist das Wesen jedes Nationalstaates, dass Menschen ohne die entsprechende Staatsbürgerschaft andere Rechte haben als die Staatsbürger:innen des Landes.

Auch der Begriff „Apartheidmauer“, mit dem häufig die Sperranlage zwischen Israel und dem Westjordanland bezeichnet wird, ist irreführend. Diese Anlage wurde in den 2000er-Jahren als Maßnahme gegen die Selbstmordanschläge errichtet, die von palästinensischen Terroristen aus der Westbank im israelischen Kernland verübt wurden und viele zivile Opfer auf israelischer Seite forderten (→ *Intifada*). Seit ihrem Bau hatten die Anschläge massiv abgenommen. Die „Mauer“ ist nur dort tatsächlich eine Mauer, wo sie auch Schutz gegen Scharfschützen bieten muss, ansonsten ist sie ein Zaun. An den Checkpoints kontrolliert das israelische Militär. Dabei kommt es auch zu Ungleichbehandlungen. Das ist, wie die gesamte Existenz der Sperranlage, kein begrüßenswerter Zustand, aber mit Blick auf Grenzkontrollen anderswo und im Allgemeinen wenig verwunderlich. Im Falle Israels ist die Situation aufgrund der Terrorbedrohung zudem noch einmal verschärft.

Die Forderung, Sperranlagen, etwa an der Grenze zum Gazastreifen, abzureißen, ignoriert völlig die Tatsache, dass sie Israel bis zu den Massakern vom 7. Oktober lange vor dem Terror schützten.

Die kontrafaktisch erhobenen Vorwürfe, Israel sei ein Apartheidstaat oder Zionismus sei Rassismus, reihen sich ein in die antisemitische Tradition, Israel als grundlegend rassistisch zu delegitimieren, mit dem Ziel, seine Existenz als jüdischen Staat zu beenden. Dies ist deshalb antisemitisch, weil Israel als jüdischer Souverän Juden und Jüdinnen vor den Folgen des Antisemitismus schützen will und muss.

Bamberg, 23. Februar 2024

Auf einer Kundgebung, organisiert von der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend), hieß es in einem Redebeitrag: „Warum steht dieser Staat fest an der Seite des Apartheidregimes? Die alltägliche Gewalt des Kolonialismus, das Leben [...] von illegalen Siedlern auf dem gestohlenen Land der eigenen Väter und Mütter ist von Deutschland nie erlebt worden.“ In der Rede wurden auch kommunale Politiker sowie ein Mitglied der jüdischen Gemeinde, das israelfeindlichen Akteuren Holocaustrelativierung vorwarf, namentlich erwähnt. Über das Gemeindeglied hieß es: „Die Meinung von Juden ist scheinbar nur zulässig oder erwähnenswert, wenn sie Apartheid und Genozid unterstützen.“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus

Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)

BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“ und beschreibt gleichzeitig die zentrale, wenn auch wenig erfolgreiche Strategie dieser transnationalen politischen Kampagne: Durch den Boykott israelischer Waren, Künstler:innen oder Wissenschaftler:innen, den Abzug von Investitionen in Israel und die Sanktionierung Israels durch die internationale Gemeinschaft sollen die Ziele von BDS erreicht werden.

Israel müsse demnach die „Okkupation und Kolonisierung allen arabischen Landes“ beenden sowie die „Mauer“ abreißen, das „Grundrecht seiner arabisch-palästinensischen Bürger auf volle Gleichheit“ anerkennen und „das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194 respektieren, schützen und fördern.“

Zwar wird im deutschen Aufruf von BDS spezifiziert, dass Israel die „Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes“ beenden solle, im internationalen Aufruf der Kampagne und insbesondere im islamischen und arabischen Kontext aber wird „alles arabische Land“ meist so verstanden, dass es auch das israelische Kernland einschließt. Damit wird Israel das Existenzrecht abgesprochen.

Die Durchsetzung des sogenannten → *Rückkehrrechts* der palästinensischen Flüchtlinge wiederum ist praktisch nicht umsetzbar, ohne Israel als jüdischen Staat abzuschaffen. Da sich der palästinensische Geflüchtetenstatus, was weltweit einzigartig ist, auf alle Folgegenerationen seit 1948 vererbt, solange die „Rückkehr“ aussteht, ist die Zahl der „Flüchtlinge“ auf über fünfeneinhalb Millionen Menschen angestiegen. Im israelischen Unabhängigkeitskrieg 1947/48 haben rund 750.000 Menschen das Land verlassen. Wenn Israel mit seinen rund sechs Millionen jüdischen Einwohner:innen alle diese Menschen aufnehme, wäre es faktisch kein jüdischer Staat mehr. Vor dem Hintergrund der historischen Verfolgung von Jüdinnen und Juden und des weiterhin weltweit fortbestehenden Antisemitismus, insbesondere auch in den arabischen Nachbarländern Israels, ist es jedoch notwendig, dass ein jüdischer Souverän existiert – denn Jüdinnen und Juden konnten sich nie auf den Schutz nichtjüdischer staatlicher Obrigkeit verlassen bzw. wurden von dieser verfolgt.

Die Forderung, arabische Israelis sollten gleiche Rechte in Israel erhalten, impliziert, es gebe dort gesetzlich verankerte rassistische Diskriminierung – was nicht zutrifft (→ *Apartheid*).

Über die zahlreichen Dämonisierungen Israels, die NS- und Apartheidgleichsetzungen durch prominente BDS-Vertreter:innen und die zentrale Beteiligung palästinensischer Terrororganisationen wie Hamas, PFLP oder Islamischer Dschihad an der BDS-Kampagne hinaus, zielt die Kernforderung von BDS, die → „Rückkehr“ der palästinensischen Flüchtlinge, auf das Ende des jüdischen Staates. Auch → *Handala*, eine bekannte palästinensische Comicfigur und unter anderem das Maskottchen von BDS, steht dafür. ▼

Nürnberg, 24. Februar, 2024 ▼



Ethnische Säuberung, Ethnic Cleansing, Genocide, Völkermord

Israel wird immer wieder vorgeworfen, „ethnische Säuberungen“ gegen die Palästinenser:innen vorzunehmen oder zu planen, sie also aus dem Staatsgebiet oder Teilen davon bzw. aus der Westbank vertreiben und dort Juden und Jüdinnen ansiedeln zu wollen. Gesteigert wird dieser Vorwurf, wenn Israel sogar ein „Genozid“ vorgeworfen wird, also ein Völkermord an den Palästinenser:innen.

Wie andere Vorwürfe (etwa → *Apartheid*, → *Kolonialismus*, → *Landraub* oder → *Gleichsetzungen israelischer Politik mit der Shoah und dem Nationalsozialismus*), die an Israel gerichtet werden, basiert auch der Vorwurf der „ethnischen Säuberungen“ nicht auf Fakten, sondern er soll Israel als möglichst böse erscheinen lassen. Durch diese Dämonisierung scheint es so, als stünden diejenigen, die diese Vorwürfe erheben, auf der „richtigen“ Seite. Schließlich sind die Taten, derer Israel fälschlicherweise bezichtigt wird, schrecklich und grausam.

Die Vorwürfe der „ethnischen Säuberung“ und des „Genozids“ sind zudem Projektionen. Man wirft Israel das vor, was seine Feinde tun, tun wollen oder taten: Die Hamas versuchte, am 7. Oktober ihr grundlegend genozidales Projekt umzusetzen. In vielen arabischen und islamischen Staaten leben kaum noch Juden und Jüdinnen, etwa 700.000 von ihnen wurden in den 1940er und 50er-Jahren vertrieben. Auch in den palästinensisch kontrollierten Teilen der Westbank oder dem Gazastreifen gibt es keine jüdische Bevölkerung mehr. 20,9 Prozent der Israelis aber waren im Jahr 2018 arabische Staatsbürger:innen unterschiedlicher Religion, die sich selbst auch häufig als Palästinenser:innen verstehen. Sie leben unter vollständiger formaler Gleichberechtigung in Israel (→ *Apartheid*).

Im dominanten palästinensischen Narrativ wird die israelische Staatsgründung von 1948 als „Nakba“ bezeichnet, als „Katastrophe“. Sie sei der Anfang der „ethnischen Säuberungen“ gewesen, die Israel bis heute vollziehe. Tatsächlich verließen im israelischen Unabhängigkeitskrieg etwa 750.000 Araber:innen das spätere Kernland Israels. Viele wurden vertrieben, viele flohen, und manche verließen das Land, um nach dem versprochenen Sieg der arabischen Armeen gegen „die Juden“ zurückzukehren. Der Krieg war allerdings von den Nachbarn Israels begonnen worden, um den jungen jüdischen Staat gleich wieder zu zerstören. Der arabische Sieg blieb aus,

und die heute über fünfzehn Millionen sogenannten palästinensischen Flüchtlinge (→ *Rückkehrrecht*) sind überwiegend die Nachfahren dieser 750.000 Menschen. In Israel, im Westjordanland und im Gazastreifen wächst die palästinensische Bevölkerung seit 1948 stetig – von einem Genozid kann schon deshalb nicht gesprochen werden.

Begriffe wie „ethnische Säuberung“ oder gar „Genozid“ sind keine treffenden Beschreibungen für Auseinandersetzungen um Wohngebäude oder Stadtviertel oder für Israels Militäreinsatz gegen die Hamas und andere Terrororganisationen. Vielmehr sollen sie Israel delegitimieren und dämonisieren, sie zielen auf das Ende seiner Existenz als jüdischer Staat. ▼

Unsere Publikation „Das Judasfeuer – ein antisemitischer Osterbrauch in Bayern“ kann wie unsere anderen Veröffentlichungen unter info@rias-bayern.de bestellt oder auf rias-bayern.de heruntergeladen werden.

https://report-antisemitism.de/documents/2020-04-02_rias-by_Judasfeuer-Osterbrauch.pdf



„Free Palestine from German Guilt“

Die Parole „Free Palestine from German guilt“ („Befreit Palästina von der deutschen Schuld“) taucht seit dem 7. Oktober vermehrt auf und reiht sich in die Angriffe auf die Erinnerung an die Schoah ein. Einerseits kann mit der Parole die staatliche Unterstützung Deutschlands gegenüber Israel gemeint sein. Das erwähnte deutsche „Schuldgefühl“ meint, dass Deutschland – angeblich ungerechtfertigterweise – aufgrund nationaler Schuldgefühle wegen der Schoah an der Seite Israels stünde und etwa Militärhilfe leiste. Leidtragender dieses „falschen Schuldgefühls“ sei Palästina.

Mit „German guilt“ kann auch ein breiteres, gesellschaftliches Schuldgefühl gemeint sein, das der antiisraelischen Agitation im Weg stünde. Demnach trauten sich deutsche Aktivist:innen aus Schuldgefühlen nicht, „die Wahrheit“ über Israel auszusprechen.

Die Parole ähnelt der Forderung nach einem Schlussstrich unter die deutsche NS-Vergangenheit. In „Free Palestine from German guilt“ wird dieser Schlussstrich gefordert, um die „Befreiung“ Palästinas zu ermöglichen. Die Parole wird deshalb auch als (postkoloniale) Schlussstrichforderung unter das Erinnern an den Nationalsozialismus und die Schoah aus sich progressiv wählenden israelfeindlichen Milieus verstanden. ▼

München, Juni 2024 ▼



„From the River to the Sea, Palestine will be free“

Eine häufig zu hörende Parole auf antiisraelischen Demonstrationen ist „From the River to the Sea – Palestine will be free!“, auf Deutsch: „Vom Fluß bis zum Meer – Palästina wird frei sein!“ Gemeint sind der Fluss Jordan und das Mittelmeer. Gefordert wird also ein Palästina, das sich über das gesamte Gebiet des heutigen Israel sowie der Westbank und des Gazastreifens erstreckt. Für einen jüdischen Staat bliebe da kein Platz, die Parole ist also als Wunsch nach dem Ende Israels zu verstehen. Die Parole wird bisweilen auch in arabischer Sprache vorgetragen, hier heißt es übersetzt allerdings „Vom Fluß bis zum Meer – Palästina wird arabisch sein!“

Auch eine Landkarte, die das Gebiet „From the River to the Sea“ zeigt, ist in diesem Kontext häufig zu sehen. Meist ist das gesamte Territorium in den Farben der palästinensischen Flagge gehalten, manchmal auch im Muster der → *Kufiyah* oder, bei sozialistischen Gruppen, in rot. Das heißt: „Ganz Palästina“ soll von „den Zionisten“ befreit werden, Israel soll aufhören zu existieren und durch einen palästinensischen Staat ersetzt werden. Denjenigen, die diese Parole rufen, geht es also nicht um eine Zwei-Staaten-Lösung, sondern um eine Kein-Staat-Israel-Lösung.

Israel, der jüdische Souverän und demokratische Staat, der alle seine Bürger:innen rechtlich gleichstellt, ist der Schutz der Juden und Jüdinnen vor dem Antisemitismus. Die Forderung nach dem Ende Israels bedeutet deshalb (mindestens), sie dem Antisemitismus, der auf ihre Vernichtung hinausläuft, ungeschützt ausgesetzt sehen zu wollen. Sie ist insbesondere nach dem Pogrom des 7. Oktober als Vernichtungsdrohung zu verstehen.

Das Schlagwort von der „Befreiung Palästinas“ findet sich sowohl im säkular-nationalistischen Kontext als auch bei religiös geprägten Kräften. Die Terrororganisationen Popular bzw. Democratic Front for the Liberation of Palestine (PFLP und DFLP) etwa tragen sie ebenso im Namen wie die PLO, die Palestinian Liberation Organisation. Und auch Ayatollah Ali Khamenei, der oberste geistliche Führer des iranischen Regimes, das regelmäßig die Vernichtung Israels ankündigt und danach trachtet, eine Atombombe zu bauen, schrieb etwa am 22. Mai 2020 auf Twitter: „The struggle to free #Palestine is #Jihad in the way of God.“ („Der Kampf für die Befreiung Palästinas ist der heilige Krieg nach Gottes Art.“)⁴ Und: „The struggle’s aim is to liberate entire #Palestine – from river to sea.“ („Das Ziel des Kampfes ist die Befreiung ganz Palästinas – vom Fluss bis zum Meer.“)⁵ ▼

Gleichsetzungen israelischer Politik mit der Schoah und dem Nationalsozialismus

Antisraelische Akteur:innen setzen immer wieder vermeintliche oder tatsächliche Handlungen des israelischen Staates mit dem Nationalsozialismus und der Schoah gleich. Bereits 1972 schrieb das RAF-Mitglied Ulrike Meinhof im Kontext des Münchner Olympiaanschlags auf israelische Sportler durch palästinensische Terroristen von „Israels Nazi-Faschismus“. Sie bezichtigte Israel einer „Ausrottungspolitik“ (→ „*ethnische Säuberungen*“, „*Genozid*“) und bezeichnete den damaligen israelischen Verteidigungsminister Mosche Dajan als „Himmler Israels“.

Israel betreibt keinen zweiten Holocaust. Es verschleppt nicht die Palästinenser:innen, derer es habhaft werden kann, in Vernichtungsfabriken, um die Welt vom „Palästinensertum“ zu erlösen, und plant dies auch nicht. Wer etwas anderes behauptet, versucht, die Schoah, die jüdische Erfahrung von Verfolgung und den Versuch totaler Vernichtung, gegen den jüdischen Staat in Stellung zu bringen. Der Nationalsozialismus und die Schoah werden hier instrumentalisiert, um Israel schlimmstmöglicher Verbrechen anzuklagen, die es nicht begangen hat und nicht begeht.

Davon verspricht man sich Verständnis und Unterstützung für die eigene Situation – selbst wenn man der Angreifer ist. Dies ist eine für den Post-Schoah-Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr, mit der zudem der Nationalsozialismus und die Schoah relativiert und verharmlost werden. Wenn Israel als antisemitische Chiffre für „die Juden“ als Wiedergänger des Nationalsozialismus imaginiert wird, „darf“, ja, „muss“ man Israel und Israelis hassen. So lassen sich antisemitische Gefühle ausleben, ohne sie sich selbst eingestehen zu müssen. Zudem sind antisemitische Ressentiments, die sich hinter vermeintlich harmloser ‚Israelkritik‘ verbergen, gesellschaftlich kaum verpönt, während etwa plumper Rassenantisemitismus nationalsozialistischer Prägung viel stärker sanktioniert wird.

Im Antisemitismus werden unerwünschte Anteile des Selbst – Gefühle, Wünsche, Ängste – auf ‚die Juden‘ projiziert. Das antisemitische Bild von ‚den Juden‘ sagt deshalb immer etwas über die Antisemit:innen selbst aus. Wenn also auf antiisraelischen Kundgebungen Israel als neues Nazideutschland imaginiert wird, spiegelt das nicht die tatsächliche Situation im Nahen Osten wider, sondern zeugt vielmehr vom Vernichtungswunsch derer, die so etwas behaupten. ▼

Gleitschirme, Paragliders

Am 7. Oktober haben Hamas-Terroristen unter anderem mit Gleitschirmen und Paragliden die Grenze nach Israel überwunden, wo sie rund 1.200 Menschen ermordeten, über 5.400 verletzten und 240 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppten. Gleitschirme finden sich seitdem als Symbol der „Befreiung“ oder des → „Widerstandes“ etwa im israelfeindlichen Social Media und stehen für eine Verherrlichung des Terrors vom 7. Oktober.

Die Gruppe „Palästina Spricht München“ bejubelte das Hamas-Massaker auf Instagram als „Dekolonisierung“ und „Gefängnisausbruch“ und forderte dazu auf, diesen „historischen Moment zu feiern“. Illustriert waren diese Postings unter anderem mit Gleitschirmen und Bulldozern. ▼

München, 7. und 8. Oktober 2023 ▼



Handala

Der kleine Junge Handala, der stets nur von hinten zu sehen ist, ist eine bekannte Comicfigur in der arabischen Welt und wird auf antiisraelischen Demonstrationen immer wieder gezeigt. Handalas Kleidung ist zerschlissen und geflickt, auf seinem Kopf sprießen nur spärlich die Haare. Sein Schöpfer, Naji al-Ali, floh während des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948 im Alter von zehn Jahren mit seiner Familie nach Syrien und wurde später Cartoonist. Er bestand Zeit seines Lebens auf einer „Lösung“ des sogenannten Nahostkonflikts, die das gesamte Land zwischen Jordan und Mittelmeer (→ *From the river to the sea*) palästinensisch machen sollte. Für Israel gäbe es da keinen Platz, es dürfte in den Augen von al-Ali also nicht existieren.

Während al-Ali in seinen Cartoons auch arabische Politiker kritisiert – sie werden als Schnecken dargestellt, die nichts für die „palästinensische Sache“ täten –, gilt sein Hauptaugenmerk Israel und den USA. Israelische Soldaten werden stets in antisemitischer Weise gezeichnet, haben etwa große Nasen oder werden als „Spinne im Netz“ dargestellt. Handala ist meist passiver Beobachter, manchmal aber wird er auch aktiv, etwa um eine israelische Flagge anzuzünden.

Auch in Bezug auf die Geschlechter bedienen die Comics antisemitische Motive: Einer traditionell gekleideten Frau, die als „Mutter Palästina“ das Land darstellt, wird von einem der arabischen Führer (einer Schnecke) ein kurzes, „unzüchtiges“ Kleidungsstück hingehalten, auf dem Davidsterne aufgedruckt sind: Palästina wird von der arabischen Marionette im Dienst des Juden ‚judaisiert‘ und dazu verführt, Moral und Tradition aufzugeben. In einem anderen Cartoon ist eine spärlich bekleidete Erotiktänzerin zu sehen, die eine palästinensische Kuffiyah, ein traditionell von Männern getragenes Kopftuch in der arabischen Welt, um ihre Hüften gebunden hat. Auf ihrem Kopf balanciert sie ein Tablett mit dem abgetrennten Kopf eines palästinensischen Kämpfers. Ein lüstern dreinschauender Jude mit Hakennase sieht ihr dabei zu.

Dass Handala immer nur von hinten zu sehen ist, soll anzeigen, dass er der Welt den Rücken zuwendet, bis eine Rückkehr aller sogenannten Flüchtlinge (→ *Rückkehrrecht*) möglich ist. Zusätzlich verweist diese Darstellung auf eine an Gemeinschaft orientierte Grundidee, in der das individuelle Gesicht nicht relevant ist. Handala soll jeder Palästinenser sein können. Dieser Fokus auf Gemeinschaft wird dann auch – wie im erwähnten Beispiel der

„Mutter Palästina“ – einem ‚verjudeten‘ und verwestlichten Individualismus entgegengesetzt. Die Figur ist nach einer bitter schmeckenden, resistenten und tief wurzelnden Pflanze benannt, die in der Gegend wächst, und versinnbildlicht so die ideologisch aufgeladene, vermeintlich natürliche Verbindung zwischen Land und Menschen. Sie verkörpert den palästinensischen → „Widerstand“ gegen Israel. Handala wird zehn Jahre alt bleiben, bis alle Palästinenser:innen „zurückkehren“ dürfen, deshalb wird er bisweilen mit einem großen Schlüssel dargestellt (→ *Schlüsselsymbolik*).

Handala wurde spätestens seit den 1980er Jahren von linken antiimperialistischen Gruppen auch in Deutschland als Symbol der Solidarität mit dem sogenannten palästinensischen Befreiungskampf verwendet. Die Figur ist zudem das Maskottchen der antisemitischen → BDS-Kampagne, die seit 2005 zum Boykott Israels aufruft und in deren Rahmen es immer wieder auch zu offen antisemitischen Aktivitäten kommt. Eine der drei Kernforderungen von BDS ist wiederum das sogenannte → *Recht auf Rückkehr*. Handala passt also als Maskottchen bestens zu einer Kampagne, die auf das Ende Israels als jüdischer Staat zielt und zu deren „Nationalkomitee“ unter anderem die Palestinian National and Islamic Forces gehören, in denen auch palästinensische Terrororganisationen wie die Hamas, der Palästinensische Islamische Djihaad und die PFLP vertreten sind. Nach außen tritt Handala meist gewaltfrei auf, obwohl er manchmal auch eine Schusswaffe oder eine Steinschleuder in den Händen hält. Handala ist ein Symbol für die Zerstörung Israels, und die Cartoons seines Schöpfers sind durchgezogen von antisemitischen Stereotypen. ▼

Würzburg, 9. März, 2024 ▼



Indigene

Von israelfeindlicher Seite wird die palästinensische Bevölkerung oft als „indigen“ bezeichnet. Indigene bedeutet „Eingeborene“ oder „Einheimische“. Laut UN-Definition seien indigene Bevölkerungsgruppen solche, die sich als Nachkommen der Bewohner eines bestimmten räumlichen Gebietes betrachten und die bereits vor der Eroberung, Kolonisierung oder Staatsgründung durch Fremde dort lebten. Außerdem sollen sie über eine enge (emotionale, wirtschaftliche und/oder spirituelle) Bindung an ihren Lebensraum und über eine ausgeprägte ethnisch-kulturelle Identität als Gemeinschaft mit eigenen soziopolitischen und kulturellen Traditionen verfügen.⁶

Welche Gruppen als indigen bezeichnet werden, hängt von vielen Faktoren ab. Es wird bei der Bestimmung von „Indigenen“ immer auch nur ein bestimmter historischer Ausschnitt betrachtet. Es bleibt unklar bzw. ist vom vorherrschenden Verständnis von (De-)Kolonialisierung abhängig, welche Gruppen (und ab wann) als Eroberer oder als Fremde betrachtet werden.

Die im Bezug auf Israel ausschließliche Anwendung des Begriffs „Indigene“ auf die sich heute als Palästinenser:innen betrachtende arabische Bevölkerung behauptet zunächst vor allem, dass Jüdinnen und Juden nicht einheimisch, sondern fremd seien. Das ignoriert die jahrtausendelange jüdische Siedlungsgeschichte in diesem Gebiet. Viele israelische Juden wurden etwa als Palästinenser:innen geboren, nämlich im Mandatsgebiet Palästina vor 1948. Auch arabische Juden kommen in diesem Weltbild nicht als „Indigene“ vor. Unsichtbar wird hier auch die Geschichte islamisch-arabischer Eroberungen und osmanischer Herrschaft.

Da „indigen“ im vorherrschenden akademischen Postkolonialismus untrennbar verbunden ist mit dem Konzept von → *Kolonialismus*, ist die Behauptung einer exklusiv palästinensischen Indigenität ein Schlüssel zur Ablehnung jüdischer Souveränität. Es ist zum anderen ein unabdingbares Instrument zur Integration des „palästinensischen Widerstands“ in weltweite Bewegungen.

München, 30. Januar 2024

Eine Münchnerin, die für ihr Engagement gegen Antisemitismus und für Israel bekannt ist, erhielt auf Instagram in Reaktion auf eine Story, in der sie einen Tagesschaubeitrag über „neue Vorwürfe“ gegen die UNRWA geteilt hatte, eine antisemitische Direktnachricht: „Die zionistische

Kriegspropaganda eines israelischen Flüchtlingskindes unkritisch übernehmen und 7 Mio. durch den Apartheidsstaat Israel vertriebene indigene Palästinenser kollektiv bestrafen, während eine ganze Nation, die gerade einen bestialischen Genozid begeht, dafür gefeiert wird. Dreckszionismus ist Terror. Möget ihr alle Dreckszionisten eure Liebsten verlieren.“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – israelbezogener Antisemitismus, antisemitisches Othering

München, 2. Dezember 2024 ▾



Intifada

Das Wort „Intifada“ bezeichnet im Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts palästinensische Aufstände gegen Israel. Der Begriff kommt aus dem Arabischen und bedeutet so viel wie „sich erheben“, „loswerden“, „abschütteln“, womit die sogenannte israelische Besatzung gemeint ist.

Historisch wird zwischen der ersten Intifada (1987–1993) und der zweiten Intifada (2000–2005) unterschieden. Bei der zweiten Intifada verübten Palästinenser:innen zahlreiche Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung, über 700 israelische Zivilist:innen wurden getötet. Auch Palästinenser:innen wurden aufgrund vermeintlicher Kollaboration mit Israel ermordet. An der zweiten Intifada waren auch Sicherheitskräfte der in den 1990er Jahren im Rahmen der Friedensverträge von Oslo aufgebauten Palästinensischen Autonomiebehörde beteiligt. Es gab seither mehrere weitere Gewaltausbrüche gegen jüdische Israelis, die manchmal auch als Intifadas bezeichnet werden, etwa die „Messer-Intifada“ von 2015, bei der häufig arabische Jugendliche mit Messern Soldat:innen und Zivilist:innen angriffen, oder die „TikTok-Intifada“ vom Frühjahr 2021, bei der arabische Jugendliche Videos in den sozialen Netzwerken teilten, in denen zu sehen war, wie sie jüdische Jugendliche drangsalierten.

München, 2. Dezember 2023

Beim „Großmarsch für Palästina“ – „United for Palestine“ von „Palästina spricht München“ forderte die marxistisch-trotzkistische Gruppe „Der Funke“ auf einem Transparent eine „Intifada bis zum Sieg.“

Der Begriff Intifada ist auch als Aufruf zur Gewalt und zur Zerstörung des israelischen Staates zu verstehen. Wenn etwa von einer „Intifada bis zum Sieg“ die Rede ist, bezieht sich das auf die „israelische Besatzung“. Damit ist jedoch selten der Rückzug des israelischen Militärs nur aus den umstrittenen Gebieten und die Anerkennung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels gemeint, sondern vielmehr die Zerstörung des jüdischen Staates an sich.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus

„It didn't start on October 7“

Die Parole „It didn't start on October 7“ („es begann nicht am 7. Oktober“) soll den Angriff der Hamas rechtfertigen: Zwar wird nicht genauer ausgeführt, was vor dem 7. Oktober passiert sei, impliziert wird jedoch, dass Israel nicht ohne Grund angegriffen, sondern von palästinensischer Seite nur auf israelische Aggressionen reagiert worden sei. Israel habe sich also die Massaker selbst zuzuschreiben.

Karten „schrumpfendes Palästina“ und „ganz Palästina“

Ein im israelfeindlichen Kontext häufig anzutreffendes Motiv besteht aus vier, manchmal auch fünf Landkarten, die illustrieren sollen, dass Palästina schrumpfe und Israel sich ausdehne. Auf den Karten ist das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu sehen. Diese Karten sind irreführend.

Die erste Karte ist mit „1946“ beschriftet und soll vermutlich privaten Landbesitz zeigen. Ein angebliches Palästina (hier in Grün) und jüdische Siedlungen (hier in Gelb) stehen sich gegenüber, wobei alles, was nicht in



jüdischem Besitz war, einfach „Palästina“ genannt wird. Tatsächlich stand das Land zwischen Jordan und Mittelmeer (und darüber hinaus) bis 1947 mit einem Mandat des Völkerbundes unter britischer Kontrolle, die Landeigentumsverhältnisse waren kompliziert. Ein Großteil des Landes hatte keine Besitzer, sondern wurde von den Briten verwaltet. Einen eigenen Staat Palästina gab es weder damals, noch gibt es ihn heute. Vor dem britischen Mandat war das Land jahrhundertlang Teil des Osmanischen Reiches.

Die zweite Karte, hier beschriftet mit „UN-Teilungsplan 1947“, zeigt den Plan der Vereinten Nationen, wie nach dem Ende des Völkerbundmandats das Land zwischen Jordan und Mittelmeer in einen arabischen und einen jüdischen Staat aufgeteilt werden sollte. Hierbei wird allerdings durch die nur leicht andere Farbgebung lediglich sehr dezent darauf hingewiesen, dass Jerusalem und Bethlehem unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten. Es wirkt auf der Karte so, als ob beide Städte einem zukünftigen Staat Palästina zugeschlagen worden wären. Zudem wurde dieser Plan zwar von der UN-Vollversammlung angenommen, aber nie umgesetzt: Die arabischen und einige andere Staaten lehnten ihn im November 1947 ab, weil sie keinen jüdischen Staat gleich welcher Größe und keine jüdische Souveränität akzeptierten.

Als Israel im Mai 1948 seine Unabhängigkeit erklärte, griffen die Nachbarländer Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten sowie der Irak den jüdischen Staat an, um ihn gleich wieder von der Landkarte zu tilgen. Dadurch wurde der Bürgerkrieg zu einem Krieg, in dem das angegriffene Israel seine Existenz verteidigte und größere Gebiete eroberte, als es im Teilungsplan vorgesehen war. So entstanden die vielzitierten Grenzen von 1967 vor dem Sechs-Tage-Krieg, die in der dritten Karte gezeigt werden sollen – es handelt sich dabei um die Waffenstillstandslinien von 1949. Allerdings wurde nach dem Krieg von 1948/49 die Westbank von Jordanien annektiert, Gaza stand unter ägyptischer Kontrolle. Beide sind hier grün gekennzeichnet, wie vorher „Palästina“ – das es nach wie vor nicht gab.

Zwischen der Karte „1967“ und der Karte „now“ fehlen einige Schritte: Im Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967, den Israel präventiv gegen die sich zum Vernichtungsangriff in Stellung bringenden syrischen, ägyptischen und jordanischen Armeen begann, eroberte die israelische Armee das Westjordanland, den Gazastreifen, den Sinai und die Golanhöhen. Israel annektierte 1981 den Golan, der Sinai wurde 1982 im Zuge des ersten israelischen Friedensvertrages mit einem arabischen Land an Ägypten zurückgegeben, Gaza stand bis 2005 unter israelischer Kontrolle. Dann zog sich Israel komplett

aus dem Gazastreifen zurück, in der Folge übernahm die Hamas die Macht und errichtete eine islamistische Diktatur. Diese ist auf der vierten Karte mit der Farbe Grün als palästinensisch gekennzeichnet. Von der Westbank sind hier nur noch Teile grün eingefärbt, also palästinensisch, wobei die Verhältnisse wiederum komplizierter sind.

Im Zuge des Osloer Friedensprozesses wurde 1994 die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) gegründet, die sukzessive die Kontrolle über mehr Land erhalten sollte. Dieser Prozess hätte schließlich in einem Staat Palästina münden können. Es entstanden drei Gebiete (A, B und C), in denen sich Israel und die PA die zivile und die Sicherheitsverwaltung unterschiedlich aufteilen. Auf der vierten Karte sind nur die A-Gebiete der Westbank als „Palästina“ gekennzeichnet. Sie stehen bereits vollständig unter palästinensischer Kontrolle. Weitaus größere Gebiete werden aber ebenfalls von der PA kontrolliert, wenn auch nur in zivilen Angelegenheiten. Durch die Verträge von Oslo und mit israelischer Zustimmung gab es also erstmals in der Geschichte eine autonome palästinensische Einheit und palästinensisch verwaltetes Land, das zum Staat werden sollte.

Als im Jahr 2000 nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Camp David unter Führung der USA aber die zweite → *Intifada* begann, in der palästinensische Selbstmordattentäter:innen hunderte israelische Zivilist:innen töteten und an der sich auch Sicherheitskräfte der jungen Palästinensischen Autonomiebehörde beteiligten, kam der Friedensprozess von Oslo und damit die Übergabe von Land an die PA immer mehr zum Erliegen. In mehreren weiteren Verhandlungsrunden und -versuchen, etwa 2002/03, 2007/08, 2010, 2013 und 2014, wurde keine Einigung erzielt. Auch wenn die Lage kompliziert ist, liegt einer der wesentlichen Gründe dafür in der Ablehnung selbst sehr weitgehender Angebote Israels durch die palästinensische Führung. Der damalige israelische Premierminister Ehud Barak beispielsweise hatte in Camp David für einen palästinensischen Staat mehr Fläche als Westbank und Gazastreifen zusammen, Ostjerusalem als Hauptstadt sowie eine symbolische Anerkennung des sogenannten → *Rückkehrrechts* angeboten. Doch der seinerzeitige palästinensische Präsident Jassir Arafat hielt an seinem Vorhaben der „Befreiung ganz Palästinas“ – also der Zerstörung Israels – fest.

Die auch geografisch komplexe Geschichte kann in vier Karten sicherlich nicht detailliert dargestellt werden.⁷ Die hier diskutierten Karten aber verzerren die Realität absichtlich, um den Eindruck erwecken zu können, Palästina schrumpfe und Israel dehne sich immer weiter aus. Israel sei daran schuld, also illegitim und ein → *kolonialer* Staat.

Häufig wird auch insbesondere auf Aufklebern eine Karte gezeigt, die „ganz Palästina“ darstellen soll. Dabei handelt es sich meist um ein Gebiet, welches den heutigen Staat Israel miteinschließt und das oft in den Nationalfarben Palästinas gehalten ist. Die Botschaft dieser Karte entspricht der Parole → „*From the river to the sea, Palestine will be free*“: Vom Fluss Jordan bis zum Mittelmeer gibt es nur Palästina, für einen jüdischen Staat ist dort kein Platz. Die Karte richtet sich somit gegen die Existenz Israels. ▼

▼ München, 4. April 2024



Khaybar, Khaybar, ya yahud

Nürnberg, 13. Mai 2021

Am Nachmittag versammelten sich auf dem Jakobsplatz bis zu 350 Menschen unter dem Motto „#SaveSheikhJarrah“. Zu Beginn der Versammlung wollten Kundgebungsteilnehmer:innen die arabische Parole „Khaybar, Khaybar, ya yahud, jaish Muhammad sayud“ („Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder!“) rufen. Während die Parole angestimmt wurde, schritten andere Personen ein und unterbanden die Sprechchöre.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Khaybar war der islamischen Überlieferung nach eine von Juden besiedelte Oase auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, die im Jahr 628 von Mohammed und seiner Armee erobert wurde. Viele der Bewohner:innen wurden massakriert, viele Frauen und Kinder wurden versklavt. Die Überlebenden mussten als Schutzgeld die Hälfte dessen, was sie produzierten, an die Eroberer abgeben.

München, 13. Oktober 2023

Bei der Kundgebung der rechten „Bürgerbewegung Pax Europa“ mit dem Titel „Solidarität mit Israel – Gegen den politischen Islam“ auf dem Münchner Stachus wurden aus dem Publikum, das der Kundgebung zum großen Teil feindlich und konfrontativ gegenüberstand, auch antisemitische Parolen gerufen. Darunter war zu hören: „Khaybar khaybar ya yahud“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Israelbezogener Antisemitismus arbeitet oft mit Chiffren, da diese eine Abgrenzung vom „klassischen“ Antisemitismus ermöglichen: Es ist meist nicht von „den Juden“, sondern „den Israelis“ oder „den Zionisten“ die Rede, während die antisemitischen Denkmuster beibehalten werden. Bei „Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder!“ ist die Identifizierung Israels mit ‚den Juden‘ offenkundig. Es handelt sich um eine offene Gewaltandrohung gegenüber Juden als Juden. Diese Eindeutigkeit ist bei deutschsprachigen Parolen meist nicht gegeben.

Passau, 22. Mai 2021

Auf einer Versammlung mit bis zu 100 Teilnehmer:innen wurde über die Lautsprecheranlage einmal die arabische Parole „Khaybar, Khaybar, ya yahud, Falestin raah Tauod“ („Juden, erinnert euch an Khaybar, Palästina kommt zurück!“) gerufen, die von den Teilnehmer:innen wiederholt wurde. Nach der ersten Durchgabe der Parole wurde der Redner am Mikrofon von einem anderen Teilnehmer angewiesen, diese nicht mehr zu rufen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

In den genannten Fällen in Nürnberg und Passau sind Kundgebungsteilnehmer:innen eingeschritten. Ihnen dürfte bewusst gewesen sein, dass derartige Äußerungen in Deutschland strafbar sein können, oder sie wollten dem allzu offenen Antisemitismus mit islamischem Bezug keinen Raum geben. RIAS Bayern hat einige weitere arabische Parolen dokumentiert, in denen → *Märtyrertum*, Islam und Militanz stärker im Vordergrund stehen als etwa bei deutschsprachigen Parolen. So wurden in Nürnberg die Parolen „Unser Blut, unser Leben wird für dich geopfert, → *al-Aqsa*“, „Nach al-Quds gehen wir, Märtyrer in Millionen“, „Du, → *al-Aqsa*, wir sind mit dir bis zum Tod“ oder „Palästina bleibt arabisch“ gerufen. ▼

Kindermörder

Der Vorwurf, Israel oder israelische Politiker:innen seien „Kindermörder“, ist zunächst einmal falsch. Das Ziel israelischer Militärschläge ist nicht das Töten von Kindern, auch wenn bei israelischen Militärschlägen unter Umständen Kinder sterben – etwa, wenn die Hamas Zivilist:innen in Schulen oder Krankenhäusern als menschliche Schutzschilde für ihre militärischen Stellungen missbraucht.

Das Motiv des kindermordenden Israel geht zurück auf die mittelalterliche antisemitische Ritualmordlegende, nach der Juden Kinder ermorden, um deren Blut für rituelle Zwecke zu verwenden. Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ zeigt deutlich, wie antisemitische Stereotype auf Israel angewandt werden, das so zum „kollektiven Juden“ wird. Auch die Darstellung etwa von israelischen Politikern oder Soldaten als blutrünstige Bestien steht oft in dieser Tradition.

Nürnberg, 15. Mai 2021

Auf einer Versammlung zeigte eine Frau ein Schild, auf dem eine aus dem Zirkus bekannte „Messerwerfershow“ abgebildet ist. Auf der Zielscheibe ist eine verhüllte muslimische Frau fixiert, die von Messern durchbohrt ist. Neben ihr ist der Messerwerfer zu sehen, der sich vor dem applaudierenden Publikum verbeugt und mit einer israelischen Flagge als Armbinde gekennzeichnet ist. Ein Mann im Publikum trägt eine Kippa. Überschieden ist die Zeichnung mit dem Satz „The horror show called Israel“. Hier wird Israel als frauenmordender „Horrorstaat“ dämonisiert, der zum Lustgewinn der jüdischen Bevölkerung Muslim:innen quält. Die Darstellung als Zirkusshow ähnelt einer rituellen Handlung, wie sie in der Ritualmordlegende prominent enthalten ist.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Die Ritualmordlegende führte beispielsweise kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen zu einem Pogrom, bei dem 42 Schoah-Überlebende ermordet wurden.

Bilder von getöteten Kindern lösen bei Menschen verständlicherweise empörte Reaktionen aus. Sie werden unter anderem von Terrororganisationen gezielt eingesetzt, um zu simplifizieren und zu emotionalisieren und so neue Mitglieder zu rekrutieren oder zumindest Zustimmung zu ihren

terroristischen Handlungen zu erzeugen. Immer wieder werden aber auch Fotos von Kindern gezeigt, die das israelische Militär getötet haben soll, mit deren Tod Israel aber gar nichts zu tun hat, sondern die in ganz anderen Zusammenhängen bzw. in anderen Konflikten gestorben sind. ▼

Nürnberg, 1. Mai 2024 ▼



Kolonialismus, Siedlerkolonialismus, Settler Colonialism

Israel werden nicht nur → *Apartheid*, → *Landraub* und → *ethnische Säuberungen* zur Last gelegt, sondern immer wieder auch „Kolonialismus“ oder „Siedlerkolonialismus“. Auch dieser Vorwurf ist dadurch motiviert, Israel als möglichst böse darzustellen. All diese Bezeichnungen zielen nicht darauf, konkrete Handlungen des jüdischen Staates und seiner Armee zu kritisieren, sondern Israel per se als rassistisch und somit illegitim darzustellen.

Oft impliziert der Vorwurf des Kolonialismus, dass Israel als europäische Kolonie auf arabischem Boden entstanden und auf Kosten der → „*indigenen*“ Bevölkerung, der Palästinenser:innen, errichtet worden sei. Das ist aber aus mehreren Gründen falsch. Zwar stand das Territorium, um das es heute geht, zwischen dem Ersten Weltkrieg und der israelischen Staatsgründung 1948 unter britischem Völkerbundsmandat. Aber die britische Mandatsmacht hat nicht einseitig auf die Errichtung eines jüdischen Staates hingearbeitet – im Gegenteil, das sogenannte White Paper von 1939 beispielsweise beschränkte die jüdische Einwanderung nach Palästina stark. Deshalb kämpften vor der Staatsgründung einige jüdische Milizen sowohl gegen arabische Kräfte als auch gegen die britische Mandatsmacht. Um Israel als koloniales Projekt bezeichnen zu können, fehlt schlicht das koloniale Mutterland – diese Rolle erfüllten die Briten in keiner Weise. Eine Kolonie ist ein auswärtiges abhängiges Gebiet ohne eigene politische und wirtschaftliche Macht. Auch dies trifft auf Israel nicht zu.

Im Zusammenhang mit den israelischen Siedlungen, die es heute nur noch im Westjordanland gibt, weil der Gazastreifen 2005 von Israel geräumt wurde, wird ebenfalls manchmal der Vorwurf des Kolonialismus, speziell des „Siedlerkolonialismus“ erhoben. Die Entscheidung, in Siedlungen im Westjordanland zu leben oder nicht, treffen Israelis aus persönlichen und sehr unterschiedlichen Motivationen. Für manche Menschen, die in den entsprechenden Gebieten jenseits der sogenannten Grünen Linie leben, die die Waffenstillstandslinien von 1949 markiert, ist es beispielsweise schlicht billiger und praktischer, dort zu leben, andere folgen damit einer religiösen Überzeugung. Diese nationalreligiösen Einstellungen entstanden erst ab den 1950er Jahren, und die entsprechenden Siedlerorganisationen liefern sich bis heute immer wieder auch heftige Auseinandersetzungen mit dem Staat.

Das Westjordanland ist einer der wesentlichen Verhandlungsgegenstände zwischen Israel und den Palästinenser:innen. Bislang allerdings hat die palästinensische Führung selbst die weitestgehenden israelischen Angebote ausgeschlagen. So bot im Jahr 2008 der damalige israelische Premierminister Ehud Barak dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, für einen zukünftigen palästinensischen Staat sogar 20 Quadratkilometer mehr Land an, als die gesamte Fläche des Westjordanlandes und des Gazastreifens beträgt. Abbas lehnte dennoch ab. Dass es heute teilweise große israelische Siedlungen im Westjordanland gibt, ist keine Folge einer „kolonialen“ Politik des Staates Israel, sondern ergab sich insbesondere aus innen- und sicherheitspolitischen israelischen Gegebenheiten sowie aus der dominanten palästinensischen bzw. früherer jordanischer Position der vergangenen rund 50 Jahre, die eine wirkliche Lösung nach dem Motto „Land für Frieden“ verhinderte. „Land für Frieden“ war nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 die israelische Doktrin, mit der versucht wurde, die eroberten Gebiete im Zuge von Friedensverträgen zurückzugeben. Ab 1980 gelang dies mit dem Sinai, eine Folge des Friedensschlusses zwischen Israel und Ägypten im Jahr zuvor. Im Übrigen lässt sich die Frage, warum im Westjordanland heute oder in einem zukünftigen palästinensischen Staat keine Jüdinnen und Juden leben sollten, nicht ohne antisemitische Motive beantworten.

Der Vorwurf des Kolonialismus gegenüber Israel ist, wie auch jener der → *Apartheid* und des Rassismus, nicht neu. Mit der Entstehung neuer sozialer Bewegungen wie Black Lives Matter, die sich auch als „antikolonial“ verstehen, wurde er aber in jüngster Zeit prominenter. Das scheint auch eine Folge davon zu sein, dass solche Bewegungen insbesondere im angloamerikanischen Raum entstanden und dann mit Verzögerung in Deutschland angekommen sind. Während in Deutschland das Schlimmste, womit man Israel vergleichen kann, der Nationalsozialismus ist (→ *Gleichsetzungen israelischer Politik mit der Shoah und dem Nationalsozialismus*), nehmen eine vergleichbare Stellung in der Geschichtsschreibung von Großbritannien und den USA häufig der Kolonialismus und der Rassismus ein. Beide Vorwürfe an Israel sind also auch als Entlastungsantisemitismus zu deuten. Es wird behauptet, die Juden und Jüdinnen, also die früheren Opfer, täten das Gleiche, was die eigenen Vorfahren getan haben. So wird der Kampf gegen den jüdischen Staat bei einigen auch zur Abwehr der eigenen Geschichte.

Als Kolonialmächte, die in der heutigen Region Israel und palästinensische Gebiete herrschten, wären zu nennen das Römische Reich, das Byzantinische Reich, das Osmanische Reich und das Britische Empire. Der jüdische Staat ist kein Kolonialstaat und seine Entstehung ist nicht zuletzt mit dem Befreiungskampf gegen die britische Mandatsmacht verbunden.

München, 14. März 2024 ▾



Konzentrationslager

Die jahrzehntealte falsche Bezeichnung hauptsächlich Gazas als „Konzentrationslager“ soll Israel in eine Nähe zum Nationalsozialismus und der Schoah rücken (→ *Gleichsetzungen israelischer Politik mit der Schoah und dem Nationalsozialismus*). Wenn Gaza nach dieser Logik ein Konzentrationslager ist, dann handelt es sich bei den „Tätern“ – den Israelis, eine Chiffre für „die Juden“ – um Nazis. Aus den „Opfern von damals“ sind demnach die „Täter von heute geworden“ – eine Verharmlosung der Schoah sowie eine Täter-Opfer-Umkehr.

München, 14. Juni 2024

Im israelfeindlichen Protestcamp vor der Ludwig-Maximilians-Universität fand ein Vortrag via Videocall mit Norman Finkelstein statt. Dabei verurteilte dieser zwar die Taten des 7. Oktober, äußerte aber Verständnis für die Täter selbst und verglich Gaza mit einem Konzentrationslager. So sagte er: „And, however, even as I condemn what was done, the horrors of October 7, I will not condemn those who perpetrated the horror. [...] I cannot predict what I would have done if I had been born in a concentration camp, lived in it and was destined to die in it, I can't predict what I will have done on October 7“.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten – Versammlung,
Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Kufiyah, Keffiyeh, „Palituch“

Die Kufiyah (oder Keffiyeh) hat zahlreiche weitere Namen. Es handelt sich um ein Baumwolltuch, das viele Variationen und lange Tradition hat. Das Tuch wird in allen abrahamitischen religiösen Texten erwähnt und wurde und wird meist von Männern getragen, unter anderem von Kurden, jemenitischen Juden, Yesiden und Saudis. Es hat meist ein farbiges Muster auf weißem Stoff.

Am bekanntesten wurde das Tuch in der schwarz-weißen Variante, die Yassir Arafat, der Mitbegründer und Anführer der Fatah, der stärksten Fraktion innerhalb der PLO (Palestine Liberation Organization, gegründet im Mai 1964 auf Initiative des damaligen ägyptischen Präsidenten Nasser). Arafat war von 1969 bis zu seinem Tod 2004 Vorsitzender der PLO und hat die Idee einer palästinensischen Nation wie auch den arabischen Terror gegen Israel entscheidend geprägt. 1948 hatte sich Arafat mit 19 Jahren der Muslimbruderschaft angeschlossen und den neu entstehenden Staat Israel bewaffnet bekämpft.

Er hat das nun weltweit als „Palästinensertuch“ bekannte Stoffstück erst zu dem Symbol für palästinensischen Nationalismus und letztlich Terrorismus gemacht, unter anderem durch Besuche in den ehemaligen Ostblockstaaten seit den 1960ern, dann zunehmend auch in westlichen Ländern. Im Westen konnte man sich unterdessen nicht sicher sein, ob die Keffiyeh als politisches Statement getragen wurde oder als hippestes Modeaccessoire. Seit dem 7. Oktober hat sich dies recht eindeutig verschoben und weltweit, etwa an Universitäten, tragen israeliefeindliche Aktivist:innen das Tuch in Solidarität mit dem, was sie → „Widerstand“ nennen. In vielen Aufrufen zu Kundgebungen und Demonstrationen nach dem 7. Oktober war zu lesen, die Teilnehmer:innen sollten „Flaggen und Keffiyeh“ mitbringen. Auch hier wurde deutlich, dass das Tuch als Nationalsymbol betrachtet wird wie die Flagge der palästinensischen Autonomiegebiete.

Das schwarz-weiße Keffiyeh-Muster wird häufig auch als Musterung für die Landkarte von → *Karten „ganz Palästina“*, die das gesamte israelische Staatsgebiet miteinschließt und damit den jüdischen Staat bildlich von der Landkarte tilgt, genutzt.

Landraub

Israel wird immer wieder pauschal des Landraubs beschuldigt (→ Karten „*schrumpfendes Palästina*“). „Die Zionisten“, so der Vorwurf, hätten erstens grundsätzlich „den Palästinensern“ seit Beginn der jüdischen Immigration nach Palästina Land gestohlen, zweitens täten sie das bis heute, insbesondere in den Siedlungen.

Der zuerst genannte Vorwurf ist deshalb unzutreffend, weil zu Beginn der jüdischen Immigration nach Palästina Ende des 19. Jahrhunderts, als das Gebiet noch Teil des Osmanischen Reiches war, die Umstände, unter denen Land in jüdischen Besitz gelangte, so vielfältig waren wie die Eigentumsverhältnisse. Große Flächen wurden ihren meist arabischen Besitzer:innen abgekauft, oder es wurde auf Land, das keine privaten Besitzer:innen hatte, neue jüdische Siedlungen errichtet.

Der Fall der heutigen Siedlungen ist komplex, da sich im Westjordanland osmanisches, britisches, jordanisches und israelisches Recht überlagern. Sogenannte Außenposten, in denen jüdische Siedlungen auf Land von Palästinenser:innen erbaut werden, erachten aber auch israelische Gerichte regelmäßig als illegal. Jüdische Bewohner:innen von Außenposten werden immer wieder von israelischen Sicherheitskräften geräumt, Wohnungen werden abgerissen. Solche Auseinandersetzungen können lange andauern und nationalreligiöse Kräfte in Israel betreiben häufig einen enormen Aufwand, um weitere Siedlungen im Westjordanland zu errichten und zu halten.

Auch der Vorwurf des „Landraubs“ soll Israel als jüdischen Staat per se delegitimieren. Die Implikation, dass Juden und Jüdinnen als „Fremde“ in das Land gekommen seien und es den → „*indigenen*“ Palästinenser:innen gestohlen hätten, ist schlicht falsch. Das Wort „Palästinenser“ bezeichnet erst seit den 1960er Jahren ausschließlich die arabische Bevölkerung in diesem Gebiet, vorher wurden auch und vor allem die dort lebenden Juden und Jüdinnen so genannt, die an einigen Orten seit mehreren tausend Jahren gelebt hatten.

Märtyrer

Als Märtyrer, zu Deutsch Zeuge oder Blutzeuge, werden Menschen bezeichnet, die um ihres Glaubensbekenntnisses willen leiden und dafür den Tod erdulden. In der christlichen Geschichte gab es Märtyrer:innen zu verschiedenen Epochen und im Kontext unterschiedlicher Denominationen und Kontinente.

In der islamischen Welt hat der arabische Begriff *Schahīd* die gleiche Bedeutung. Der Begriff *Schahāda*, der das islamische Glaubensbekenntnis bezeichnet, entspringt derselben Begriffswurzel. Als Märtyrer:innen gelten Muslim:innen, die im Krieg oder bei einem Überfall, bei der Verteidigung ihres Eigentums, ihres Lebens oder ihres Gewissens sterben oder beim Versuch, andere Muslim:innen oder unter muslimischem Schutz stehende Nichtmuslim:innen zu verteidigen, sowie auch Muslim:innen, die an den Folgen des Kampfes, beim Gebären, durch Ertrinken, durch Verbrennungen, durch Unfälle, beim Erlernen einer Wissenschaft oder zu Unrecht beim Handel umkommen.

Auf einer Kundgebung auf der Münchner Theresienwiese am 22. Mai 2021 wurde auf Arabisch folgende Parole gerufen: „→ *Al-Aqsa* Tür ist aus Eisen, und diese kann nur ein Märtyrer öffnen. Du, Märtyrer, öffne die Tür, und wir kämpfen weiter. Aus *al-Aqsa* kam die Entscheidung. Intifada und Sieg.“ → *Al-Aqsa* bezeichnet die *Al-Aqsa*-Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg (→ *Intifada*).

Auf einer Kundgebung auf dem Nürnberger Jakobsplatz am 13. Mai 2021 wurde auf Arabisch die Parole „Nach *al-Quds* gehen wir, Märtyrer in Millionen“ gerufen. *Al-Quds* ist der arabische Name Jerusalems.

Als Märtyrer werden im Krieg gegen Israel explizit auch (Selbstmord-)Attentäter:innen verstanden, die israelische Zivilist:innen ermorden. Sie werden als Held:innen verehrt. Die Palästinensische Autonomiebehörde gewährt Hinterbliebenen von Attentäter:innen, sogenannten Märtyrerfamilien, sogar lebenslange monatliche Zuwendungen. Die auf bayerischen Versammlungen dokumentierten Parolen, die „Märtyrern“ huldigen, zeugen mindestens von einer militanten Grundeinstellung – diese kann bis zum Gutheißen von Morden an Israelis reichen.

Am 20. Mai 2021 wurden auf einer Kundgebung in Regensburg auf Arabisch folgende Parolen skandiert, die das Märtyrertum und die Bereitschaft zum eigenen Tod für Palästina glorifizieren: „Unser Leben, unser Blut wird für dich geopfert, → *al-Aqsa*“, „Hoch deine Stimme, sterben anstatt gedemütigt zu werden!“ sowie „Wir sterben, und Palästina lebt.“

Diese martialischen Inhalte zeugen von Militanz sowie von Gewalt- und Opferbereitschaft für die „islamische“ oder „nationale Sache“. Der Konflikt wird als Kampf auf Leben und Tod imaginiert, bei dem nur eine Partei gewinnen kann und der eigene Tod als Märtyrertum verklärt wird. Auch Selbstmordanschläge außerhalb Israels werden auf diese Weise legitimiert.

Leihen sie gebührenfrei die Wanderausstellung „Antisemitismus in Bayern – Judenhass heute“ von RIAS Bayern aus!



Die kompakten und leicht aufstellbaren Tafeln können Ihre Arbeit gegen Antisemitismus mit relativ geringem Aufwand bereichern. Eine digitale Erweiterung ermöglicht den Besuchern weiterführende Einblicke und ergänzt die Ausstellung um multimediale Elemente.

Was ist Antisemitismus? Welche unterschiedlichen Erscheinungsformen gibt es? Wie groß ist das Problem in Bayern? Welche Auswirkungen hat das auf Betroffene? Diesen Fragen geht die Wanderausstellung niedrigschwellig nach.



Fragen Sie die Wanderausstellung
über info@rias-bayern.de an.

„Nie wieder gilt für alle“

Nach dem 7. Oktober hat RIAS Bayern häufig Aussagen wie „Nie wieder ist jetzt“ oder „Nie wieder gilt für alle“ dokumentiert, die ein vermeintliches Verhalten Israels anprangern sollen. „Nie wieder“ bezieht sich normalerweise auf den Nationalsozialismus/Faschismus im Allgemeinen oder die Schoah im Besonderen. Der israelische Militäreinsatz im Gazastreifen nach dem 7. Oktober wird hiermit bewusst gleichgesetzt. Die Palästinenser:innen werden so als „neue Juden“ dargestellt, denen von den zu Tätern gewordenen Juden das angetan würde, was jenen selbst widerfahren ist: ein Holocaust. Dies soll den jüdischen Staat bzw. das jüdische Volk als das absolut Böse dämonisieren (→ *Gleichsetzungen israelischer Politik mit der Schoah und dem Nationalsozialismus*). „Nie wieder ist jetzt“ wird aber auch in israel-solidarischer Absicht und beim Einsatz gegen Antisemitismus verwendet. In diesem Kontext ist es als Warnung davor gemeint, dass die Welle des Antisemitismus seit dem 7. Oktober eine nach dem Nationalsozialismus ungekannte Dimension erreicht habe.



Rote Hände

Rote Farbe soll bei Protesten üblicherweise darstellen, dass jemand „Blut an den Händen“ habe, also Gräueltaten begehen würde. Bei den aktuellen antiisraelischen Manifestationen tauchen auch häufiger blutrote Handabdrücke auf.

Jüdische Israelis wie auch Jüdinnen und Juden in der Diaspora assoziieren die roten Hände seit dem Oktober 2000 insbesondere mit dem brutalen Lynchmord an zwei jungen israelischen Männern, Vadim Nurzhitz und Yossi Avrahami, in Ramallah im Westjordanland. Die beiden wurden am 12. Oktober 2000 wegen eines Verkehrsdelikts von der palästinensischen Polizei festgenommen, woraufhin ein bewaffneter Mob von rund 1000 Palästinenser:innen zum Polizeirevier zog. Einige stürmten das Gebäude und ermordeten die beiden Israelis. Auch einer der Polizisten war an den Morden beteiligt. Die Leichen wurden aus dem Fenster geworfen und in einem Triumphzug durch die Straßen von Ramallah geschleift. Ein italienisches Fernseherteam dokumentierte die Vorgänge, obwohl die Palästinensische Autonomiebehörde versuchte, jegliche Aufnahmen zu verhindern. Einer der Mörder reckte der jubelnden Menge vor dem Polizeirevier triumphierend seine blutigen Hände entgegen. Das Foto ging um die Welt und rote Hände wurden zum Symbol für die Ermordung von zwei Juden und für den Aufruf zu antisemitischer Gewalt. Das Foto steht auch für den Beginn der zweiten → *Intifada*, in deren Verlauf rund 1000 Israelis getötet wurden, davon etwa die Hälfte durch Selbstmordanschläge.

Diese Bedeutung ist wohl nicht allen israelfeindlichen Demonstrant:innen bekannt bzw. wird sie nicht als Drohung intendiert. Dennoch ist es auffällig, dass gerade Israel etwa nach dem 7. Oktober eine besondere Grausamkeit attestiert wird, während die Hamas und auch palästinensische Zivilist:innen buchstäblich „Blut an den Händen“ im Zuge ihres antisemitischen Mordens hatten.



Rotes Hamas-Dreieck

Anfang November 2023 tauchte das mit der Spitze nach unten zeigende rote Dreieck als Symbol im Kontext der Unterstützung des „Widerstandes“ gegen Israel auf. Es wird sowohl offline als auch online verwendet, etwa in Form eines Emojis.

Das Symbol entstammt Propagandavideos der al-Qassam-Brigaden, dem sogenannten „militärischen Arm“ der Hamas. Hier wurden Aufnahmen von Hamas-Terroristen gezeigt, die israelische Panzer und Soldat:innen angriffen, die mit dem umgekehrten roten Dreieck wie mit einem Zielpfeil gekennzeichnet sind.

Diese Markierung kommt aus dem Gaming. Man kann in Kriegsspielen einen entdeckten „Feind“ damit markieren, um ihn zum Abschießen ins Visier zu nehmen.

Unterdessen wird das rote Dreieck in vielen israelfeindlichen und antisemitischen Grafiken verwendet, um den Terror der Hamas zu verherrlichen. So wird es etwa als Markierung von jüdischen oder israelfreundlichen Personen genutzt. Offline taucht es als Graffito oder auf Flyern und Transparenten auf. Das Symbol ist eine Feindmarkierung und damit im Grunde ein sprichwörtliches „zum Abschuss freigeben“.

Mittlerweile wird das Symbol vor allem online ähnlich wie eine → *Wassermelone*, → *Kufiyah* und Palästinaflagge verwendet. Regelmäßig wird behauptet, das Dreieck stehe nicht für die Hamas und die Vernichtungsandrohung durch Feindmarkierung, sondern beziehe sich auf das rote Dreieck, das Teil der palästinensischen Flagge ist. Allerdings war das Symbol vor seiner Verwendung durch die Hamas in israelfeindlichen Kreisen nicht verbreitet.

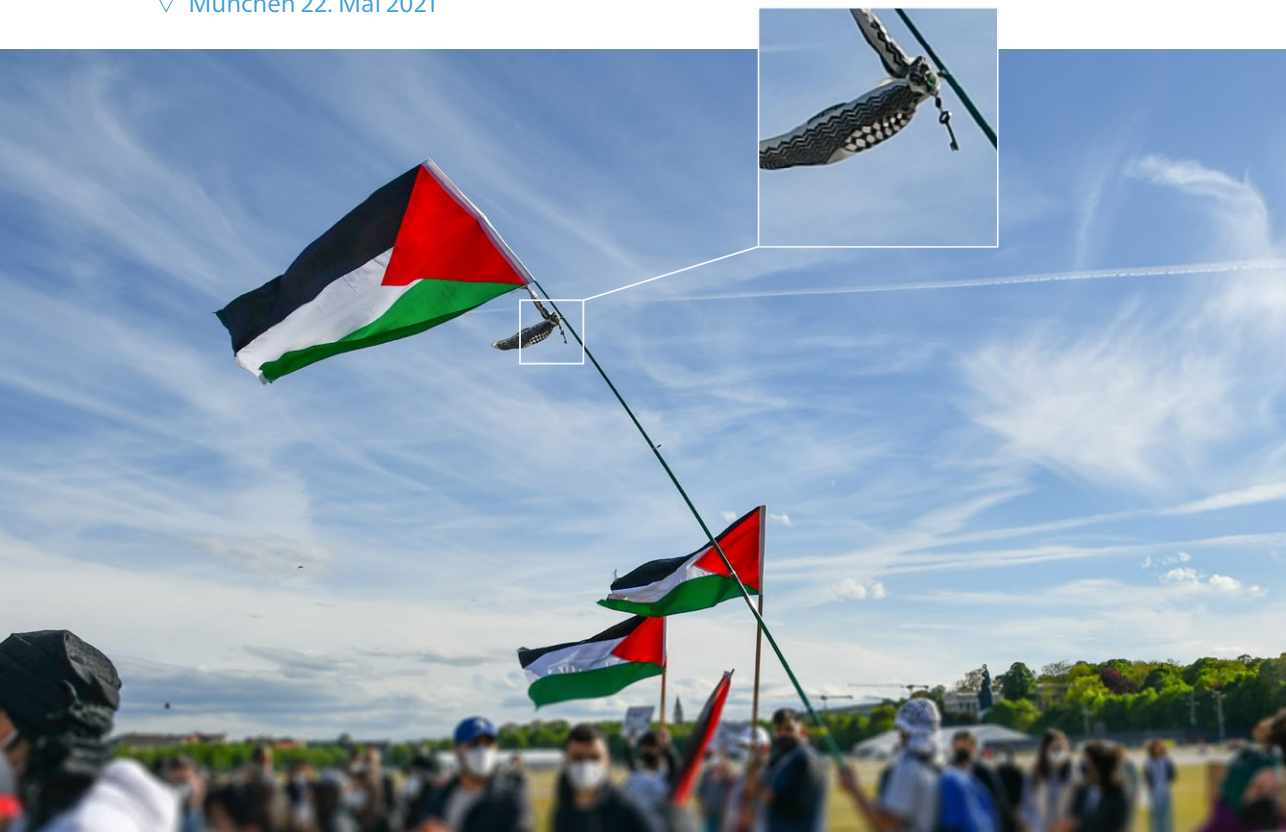
Rückkehrrecht, „We will return“

Auf israelfeindlichen Kundgebungen wird immer wieder ein Rückkehrrecht für die arabischen Flüchtlinge, die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges (1947–1949) das heutige Israel verließen oder vertrieben wurden, gefordert bzw. beschworen. Das Symbol hierfür ist ein Schlüssel, der für den Zugang zu den Häusern der arabischen Flüchtlinge steht. Diese Schlüssel behielten viele der Geflüchteten in der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr.

So forderte am 9. Juni 2021 in München ein Redner „das Rückkehrrecht aller Palästinenser in der Diaspora“ und sagte: „Unsere Schlüsselbänder um unsere Hälse haben tiefe, tiefe Abdrücke hinterlassen.“ Auf einer Versammlung am 22. Mai 2021 auf der Münchner Theresienwiese hing an einer Fahne ein Schlüssel, das Symbol für das vermeintliche Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge.

Das umstrittene Rückkehrrecht der Palästinenser:innen ist weltweit einmalig. Als palästinensische Flüchtlinge gelten diejenigen Menschen, die beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (United Nations

▽ [München 22. Mai 2021](#)



Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNRWA) als solche registriert sind. Der Status als Flüchtling vererbt sich dabei in männlicher Linie bis heute. So wurden aus den etwa 750.000 Menschen, die Israel 1948 verließen, über fünfeneinhalb Millionen sogenannte palästinensische Flüchtlinge, von denen die weitaus meisten das Land, für das ihr „Rückkehrrecht“ gefordert wird, noch nie gesehen haben.

Die UNRWA ist einzig für die vermeintlichen und tatsächlichen palästinensischen Flüchtlinge zuständig, alle anderen Geflüchteten weltweit fallen ins Ressort des UNHCR, des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen. Der UNHCR hat die Aufgabe, Geflüchteten eine Neuansiedlung in anderen Ländern zu ermöglichen, die UNRWA ist für das genaue Gegenteil da: die „Rückkehr“ in das heutige Israel. Das ist für sie die alleinige Option, eine Integration der Palästinenser:innen in jenen Ländern, in denen sie leben, wird nicht unterstützt. Die UNRWA steht seit geraumer Zeit in der Kritik, weil ein nicht geringer Teil ihres Personals von rund 30.000 Mitarbeiter:innen, vor allem im Bildungsbereich, Verbindungen zur Hamas haben bzw. deren Mitglieder sein soll.

Nach dem 7. Oktober stellte sich heraus, dass die Hamas in verschiedenen Gebäuden der UNWRA wie auch in einem Tunnel direkt unter ihrer Zentrale Waffen gelagert hatte. Zudem waren UNWRA-Mitarbeiter unmittelbar an den Massakern beteiligt. Die israelischen Streitkräfte veröffentlichten Anfang März 2024 Telefonaufnahmen, in denen ein Hamas-Terrorist, der bei einer UNWRA-Schule angestellt war, in einem Anruf sagte, er habe weibliche Geiseln gefangen genommen. Eine befreite israelische Geisel berichtete etwa, 50 Tage bei einem bei der UNWRA angestellten Lehrer festgehalten worden zu sein. Deutschland stellte nach dem 7. Oktober nur vorübergehend seine Zahlungen an die UNWRA ein.

Der Flüchtlingsstatus vererbt sich bei den Palästinenser:innen als einziger Bevölkerungsgruppe von Generation zu Generation, solange die „Rückkehr“ nicht vollzogen ist. Das Rückkehrrecht ist dabei keineswegs völkerrechtlich verbrieft, auch nicht in der Resolution 194 der UN-Generalversammlung, die meist als vermeintliche Grundlage für dieses angebliche Recht genannt wird.

Ließe Israel sich auf die „Rückkehr“ von mehr als fünfeneinhalb Millionen Palästinenser:innen ein, dann würde das den jüdischen Charakter des Staates zerstören. Israel wurde als Staat mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit aus der Erkenntnis gegründet, dass Jüdinnen und Juden als Minderheit in einem nichtjüdischen Staat sich nicht auf dessen Schutz verlassen können.

Wassermelone, Watermelon

Seit dem 7. Oktober tauchen in israelfeindlichen Kontexten vermehrt Wassermelonen(stücke) etwa als Motive auf Plakaten, Aufklebern und T-Shirts, aber auch online als Emoji auf. Die Wassermelone steht mit seinen Farben rot (Fruchtfleisch), grün (Schale) und schwarz (Kern) als Platzhalter für die Flagge Palästinas. Die Wassermelone wird symbolisch aufgeladen als Ausdruck von palästinensischem → *Widerstand*.

Das Symbol ist nicht neu: Nach dem Sechstagekrieg 1967 verbot die israelische Regierung die Verwendung der palästinensischen Flagge in den besetzten Gebieten. Um dieses Verbot zu umgehen, sollen Palästinenser:innen aufgeschnittene Wassermelonen herumgetragen haben. Auch von Künstler:innen wurde die Wassermelone vermehrt verwendet.

Israel hob das Verbot der Flagge im Rahmen des Osloer Friedenprozesses ab 1993 auf. Die Flagge blieb das Symbol für die Palästinensische Autonomiebehörde, die den Gazastreifen und das Westjordanland verwalten sollte.

▽ München, 21. Januar 2024



Widerstand

Als „Widerstand“ wird im israelfeindlichen Kontext der Kampf gegen Israel verstanden. Der Begriff vereint sehr unterschiedliche Fraktionen des Antizionismus. Eine der bekanntesten dürfte die islamistische und antisemitische Terrororganisation Hamas sein, die für das antisemitische Morden am 7. Oktober im Süden Israels verantwortlich ist. Sie gewann 2006 die Wahlen für die palästinensischen Autonomiegebiete und beherrscht seit 2007 den Gazastreifen diktatorisch. Zu Redaktionsschluss hält die israelische Militäroperation gegen die Hamas im Gazastreifen an.

Die Hamas trägt den Begriff Widerstand schon im Namen: Hamas ist ein Akronym von „Harakat al-muqāwama al-islāmiyya“, auf Deutsch „Islamische Widerstandsbewegung“. Gleichzeitig bedeutet das arabische Wort „Hamas“ Eifer oder Kampfgeist. Die Organisation ist der palästinensische Ableger der Muslimbruderschaft und will nicht nur erklärtermaßen Israel vernichten, sondern alle Juden und Jüdinnen. In ihrer Charta begründet sie ihre Position unter anderem mit den antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion“. Diese sollten Anfang des 20. Jahrhunderts eine jüdische Weltverschwörung belegen, schon sehr früh wurde jedoch bekannt, dass sie eine Fälschung sind. In Artikel 32 der Hamas-Charta heißt es: „Die Pläne der Zionisten sind in den ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ nachzulesen, und ihre derzeitigen Taten belegen bestens, was wir hier sagen.“

Auch die schiitische Terrororganisation Hisbollah nennt sich selbst „Islamischer Widerstand im Libanon“. Deshalb werden beide Organisationen, insbesondere von Personen, die ihnen nahestehen, häufig kurz als „der Widerstand“ bezeichnet.

Der Begriff ist aber auch in weniger spezifischer Bedeutung geläufig für alle Aktivitäten, die sich gegen Israel richten, und soll diese als gerecht legitimieren. Beides findet sich sowohl international als auch in Bayern, der Ausdruck „Widerstand gegen die Besatzung“ ist eine Konstante im israelfeindlichen Kontext. Ähnlich wie „Widerstand“ werden auch Begriffe wie „Befreiung“ (→ „*From the river to the sea*“) oder „Verteidigung“ verwendet. Das ist auch trotz der von palästinensischen Terrororganisationen und zivilen Mitläufer:innen verübten Gräueltaten am 7. Oktober der Fall.

München, 9. Oktober 2023

Zwei Tage nach dem beispiellosen terroristischen Angriff der Hamas auf Israel fand auf dem Marienplatz eine israelfeindliche Kundgebung der lokalen Gruppe der Organisation „Palästina spricht“ statt.

Ein Redner sagte: „Wir stehen daher heute hier in voller Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand in seiner kompletten Vielfalt: [...] Und auch dem bewaffneten Widerstand.“

Ein weiterer Redner erklärte: „Viele Medien kommen auf uns zu: ‚Was haltet ihr denn vom bewaffneten Widerstand?‘ Ich sage euch, hier in Deutschland führen wir einen anderen Widerstand.“ Aber „wenn unsere Geschwister vor Ort es als nötig halten, nicht mit Blumen gegen Unterdrücker zu kämpfen, dann stehen wir hinter ihnen!“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus

„Zionisten“ als Chiffre

Der moderne Antisemitismus umfasst verschwörungsideologische Motive wie die Vorstellung, „die Juden“ hätten insgeheim „die Fäden in der Hand“ oder kontrollierten die Medien. Ihnen wird dabei eine politische oder ökonomische Übermacht zugeschrieben. Der moderne Antisemitismus artikuliert sich häufig codiert und chiffriert: Es wird selten offen von „den Juden“ gesprochen, oft treten an ihre Stelle antisemitische Feindbilder wie etwa „die Rothschilds“, „die Illuminaten“, „die Globalisten“ oder auch „die Zionisten“.

Israelbezogener Antisemitismus arbeitet oft mit Chiffren, da diese eine Abgrenzung vom „klassischen“ Antisemitismus, den insbesondere sich progressiv dünkende Menschen von sich weisen, ermöglichen: Es ist meist nicht von „den Juden“, sondern „den Israelis“ oder „den Zionisten“ die Rede, während die antisemitischen Denkmuster beibehalten werden.

Erlangen, 6. April 2024

Am Hugenottenplatz wurde unter dem Motto „Palästina & ‚Nie wieder?‘“ ein Infostand aufgestellt, im Rahmen einer Kundgebung wurden später auch Redebeiträge gehalten. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Gruppierungen „Olivemovement Erlangen“ und „Mission → *Watermelon*“. Im Rahmen eines Redebeitrages wurde unter anderem

„Zionisten sind der Krebs unserer Gesellschaft“ gesagt. Außerdem hieß es: „Also Zionisten dürfen eigentlich nicht an unserer Uni sprechen. [...] das ist, als würde man Nazis zulassen.“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung, israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus

Zionistisches Regime/Gebilde

In israelfeindlichen Kreisen, insbesondere den arabisch geprägten, wird oft statt von Israel vom „zionistischen Regime“ oder „zionistischen Gebilde“ gesprochen. Auch im Iran ist der Begriff eine Standardvokabel der herrschenden schiitischen Mullahs.

München, 23. Mai 2021

Auf einer Kundgebung auf dem Marienplatz wurde ein Plakat mit einem brennenden Davidstern auf einem an die israelische Fahne angelehnten Hintergrund gezeigt. Darunter stand: „Zionist Ragime [sic!] will not exist in the next 25 years“, gekennzeichnet als Zitat des iranischen



Machthabers Ali Khamenei vom 9. September 2015. Wiederum darunter sieht man einen Mann mit einem traditionellen palästinensischen Kopftuch, der vor einem brennenden Autoreifen einen Stein wirft.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus

Regelmäßig wird Israel von Vertretern des iranischen Regimes als „zionistisches Regime“ bezeichnet. Seit der Islamischen Revolution 1979 nennt sich der Iran „Islamische Republik“ und ist tatsächlich ein Unrechtsstaat, der seine Bevölkerung unterdrückt, in der Region eine starke Militärpräsenz ausübt und als eines seiner Ziele die Vernichtung Israels ausgibt. Auf dem Palästinaplatz in Teheran steht seit 2015 eine Uhr, die bis zur vom iranischen Regime für das Jahr 2040 angekündigten Zerstörung Israels herunterzählt. Seit den 1990er Jahren arbeitet das iranische Regime zudem an einer Atombombe, die für diesen Zweck der Zerstörung des „kleinen Satans“ oder „Krebsgeschwürs“, wie Israel von Regimevertretern auch genannt wird, bestimmt ist. Terrororganisationen wie Hisbollah, Hamas und Palästinensischer Islamischer Dschihad werden von Teheran unterstützt und teilweise gesteuert. Mit Milizen versucht der Iran immer wieder, sich an der israelischen Grenze in Syrien festzusetzen. Die Bedrohung durch den Iran ist für Israel die größte militärische Gefahr.

Nürnberg, 14. Mai 2021

Auf einer Kundgebung in Nürnberg sagte ein Redner, die Palästinenser:innen lebten „seit der Gründung des zionistischen Regimes“ als friedliches Volk mitten im Krieg. Ein weiterer Redner unterstellte dem „diktatorischen zionistischen Regime“ Staatsterrorismus und forderte eine internationale Verurteilung der „Verbrechen gegen die Menschenrechte durch das zionistische Regime“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten – Versammlung,
israelbezogener Antisemitismus

Mit dem Begriff soll Israel als „illegitimes Gebilde“ gebrandmarkt werden, das kein „organischer“, „richtiger“ Staat und damit abzuschaffen sei. Für Antizionist:innen ist Israel im Ganzen eine illegale Besetzung des ‚eigentlichen‘ Staates Palästina. Der Begriff soll die Akzeptanz Israels als souveränen Staat in der internationalen Staatengemeinschaft schwächen.

- 1 Vgl. https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf
- 2 Alex Feuerherdt, Florian Markl: Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass im neuen Gewand, Leipzig (Hentrich & Hentrich) 2020, S. 57.
- 3 https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/Dokumente%20Land%20und%20Leute/Die_Unabhaengigkeitserklaerung_des_Staates_Israel.pdf
- 4 https://x.com/khamenei_ir/status/1263742339891298304
- 5 https://x.com/khamenei_ir/status/1263744109400993793
- 6 <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/indigene-voelker-57208>
- 7 Zum Weiterlesen: <https://katapult-magazin.de/de/artikel/wie-eine-karte-die-geschichte-des-israel-palaestina-konfliktes-verfaelscht>

Report Antisemitism!

Contact us if you are **affected** by **antisemitism** or are a **witness** to **antisemitic incidents**!

Our service is **confidential**, **anonymizing**, and we stand unequivocally **at the side of those affected**.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы **столкнулись с антисемитизмом** или являетесь **свидетелем антисемитских инцидентов**!

Наша работа **конфиденциальна**, **анонимна** и мы **на стороне потерпевших**.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von **Antisemitismus betroffen** oder **Zeuge von antisemitischen Vorfällen** sind!

Wir arbeiten **vertraulich**, **anonymisierend** und **parteilich**.



tel. **089 1 22 23 40 60**
rias-bayern.de
info@rias-bayern.de

RIAS Bayern befindet sich in
der Trägerschaft des

VEREIN FÜR **AUFKLÄRUNG**
UND DEMOKRATIE E.V. 

gefördert vom



**Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales**

Die Veröffentlichungen stellen
keine Meinungsäußerung
des StMAS dar. Für inhaltliche
Aussagen tragen die
Autor:innen
die Verantwortung.

RIAS Bayern

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Bayern

unsere Angebote

Vertrauliche Annahme von Meldungen

antisemitischer Vorfälle

Unterstützung bei Anzeigenstellung

**Vermittlung von weitergehenden Unterstützungs-
angeboten** (juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenenberatung)

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation

der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen,

Gruppen und Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.rias-bayern.de oder die Telefonnummer 089 122234060 mitteilen.

f [facebook.com/RIASBayern](https://www.facebook.com/RIASBayern) **@** [instagram.com/rias_bayern](https://www.instagram.com/rias_bayern)
X twitter.com/Report_Antisem (Account des Bundesverbands)